

Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der **8./9. (Klima-)Sitzung** des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2019/2020 vom 8. Juli 2019

von 17.00 bis 19.15 Uhr und von 20.00 bis 22.45 Uhr

Vorsitz: A. Geering (CVP)

Protokoll: A. Fatzer

Entschuldigt: 8./9. Sitzung: M. Reinhard (SVP), D. Berger (AL), T. Brütsch (SVP),
Th. Leemann (FDP), S. Gyax (GLP)

Traktanden

Trakt. Nr.	Ge- sch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1.*	19.68 (DSU)	Dringliche Interpellation R. Heuberger (FDP) und L. Banholzer (EVP) betr. Information der Bevölkerung betr. Auswirkungen des persönlichen Verhaltens auf die Natur	
2.*	19.69 (DSU)	Dringliche Interpellation M. Nater (GLP), P. Schoch (SP), F. Heer (Grüne), B. Huizinga-Kauer (EVP) und U. Bänziger (FDP) betr. Winterthurer Tag des CO ₂ freien Verkehrs oder Winterthurer Klimatag	
3.*	19.70 (DSU)	Begründung des Postulats N. Wenger (Grüne), P. Schoch (SP), U. Glättli (GLP) und S. Müller (EVP) betr. Klimanotstand – auch in Winterthur	
4.*	19.72 (DSU)	Begründung des Postulats I. Kuster (CVP), B. Zäch (SP), M. Zehnder (GLP) und R. Diener (Grüne) betr. Nettoüberschuss aus Parkgebühren zur Förderung des ÖV für die Winterthurer Bevölkerung	
5.*	19.73 (DSU)	Begründung des Postulats I. Kuster (CVP), Z. Dähler (EDU) und M. Bänninger (EVP) betr. Klimapartnerschaft	
6.*	19.82 (DSU)	Begründung der Motion S. Kocher (GLP), R. Diener (Grüne), L. Jacot-Descombes (SP) und S. Müller (EVP) betr. Netto Null Tonnen CO ₂ bis 2050	
7.*	19.41 (DB)	Begründung der Motion R. Heuberger (FDP), I. Kuster (CVP) und H.R. Hofer (SVP) betr. Nutzungsplanung: 1. Änderung von Art. 8 Bauordnung: Solaranlagen in Kernzonen und 2. Ergänzung der Bauordnung durch neu Art. 38a: Solaranlagen in Quartiererhaltungszonen	

- | | | |
|------|----------------|--|
| 8.* | 19.74
(DB) | Begründung des Postulats M. Gross (SVP), U. Hofer (FDP), M. Nater (GLP), Z. Dähler (EDU) und B. Huizinga (EVP) betr. wärmetechnische Gebäudesanierungen attraktiver machen |
| 9.* | 19.76
(DB) | Begründung des Postulats B. Zäch (SP), K. Frei Glowatz (Grüne), L. Banholzer (EVP) und U. Glättli (GLP) betr. kommunaler Energieplan und Schaffung von Energiezonen gemäss Planungs- und Baugesetz (PBG) |
| 10.* | 19.79
(DB) | Begründung des Postulats R. Diener (Grüne), F. Landolt (SP), A. Steiner (GLP), M. Bänninger (EVP) und A. Zuraikat (CVP) betr. mehr PV-Anlagen auf privaten und gewerblichen Dächern |
| 11.* | 19.81
(DSS) | Begründung des Postulats M. Bänninger (EVP), B. Zäch (SP), F. Heer (Grüne), M. Nater (GLP), U. Hofer (FDP), I. Kuster (CVP) und M. Gross (SVP) betr. Beschaffungsstrategie von Fahrzeugen mit Antrieben mit erneuerbarer Energie für die Stadtverwaltung |
| 12.* | 19.78
(DKD) | Begründung des Postulats M. Wäckerlin (PP) betr. Dienstfahrten nur mit öffentlichem Verkehr |
| 13.* | 19.80
(DKD) | Begründung des Postulats M. Wäckerlin (PP) betr. enger sitzen für das Klima |
| 14.* | 19.71
(DTB) | Begründung des Postulats U. Glättli (GLP), Z. Dähler (EDU), M. Gross (SVP) und U. Hofer (FDP) betr. mehr Power für Winterthur |
| 15.* | 19.75
(DTB) | Begründung des Postulats G. Stritt (SP), Ch. Griesser (Grüne), B. Huizinga (EVP) und S. Gygax-Matter (GLP) betr. keine Investitionen der Pensionskasse Stadt Winterthur in fossile Energien |
| 16.* | 19.77
(DFI) | Begründung des Postulats U. Bänziger (FDP), M. Bänninger (EVP) und K. Cometta (GLP) betr. Einrichtung eines städtischen Klimafonds bei Nichterreichung der CO ₂ -Ziele und Investition in Projekte zum Klimaschutz aus diesem Fonds |

** an dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

Ratspräsident A. Geering: Ich begrüsse ganz herzlich zur 8. und 9. Sitzung des Amtsjahres 2019/2020 des Grossen Gemeinderates der Stadt Winterthur.

Am 15. April 2019 haben 45 Ratsmitglieder aus allen Fraktionen ein schriftliches Begehren eingereicht, in dem sie eine zusätzliche Sitzung vom Grossen Gemeinderat zum Klimawandel verlangten. Diese Sitzung führen wir heute durch. Das Ziel der Ratsmitglieder, die dieses Begehren einreichten, war, dass man heute Vorstösse einreichen kann zum Klimawandel, zum Klimaschutz. Und da es Sinn macht, dass die Vorstösse, die eingereicht wurden, heute Abend überweisen kann und nicht nur einen Teil davon verzögert wird, weil sie heute nicht drankommen, ist diese Sitzung heute open end geplant.

Besonders begrüssen zur heutigen Sitzung möchte ich unsere zahlreichen Gäste. Wir haben natürlich Personen von der Klimabewegung hier, wir haben von der Stadtverwaltung Gäste hier und wir haben 3. Lehrjahr-Lernende aus der Stadtverwaltung hier. Herzlich willkommen. Ich möchte an diesem Moment darauf hinweisen, dass es wie üblich in den Ratssitzungen nicht vorgesehen ist, dass man Ton- und Bildaufnahmen macht, ausser es sei mir angekündigt worden. Ich möchte in dem Sinne bitten, dass das Handy auf die Seite gelegt wird und man sich daran hält. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass sowohl Applaus wie auch Un-

mutsbekundungen im Rat nicht vorgesehen sind. Von der Geschäftsordnung her ist auch vorgesehen, dass der Ratspräsident jemanden aus dem Ratssaal verweisen könnte. Ich gehe nicht davon aus, dass das heute Abend nötig werden wird.

Ich möchte der Stadtpolizei danken, dass Ihr heute Abend präsent seid. Vor der Sitzung, dass Ihr heute Abend hier seid. Es war auch mein persönlicher Wunsch. Es war absehbar, dass die Klimajugend hier sein wird. Es ist auch absehbar, dass heute die Meinungen aufeinanderprallen werden. Und deshalb fand ich es richtig, dass die Polizei im Sinn von «Dein Freund und Helfer» da ist und schaut, dass alles im geordneten Rahmen abläuft.

Dann möchte ich Herrn Kaspar Bopp begrüßen, der gestern als Stadtrat gewählt wurde. Willkommen im Saal, heute noch als Gast. Auch von meiner Seite herzliche Gratulation zu Deiner Wahl. *(Applaus)*

Dann möchte ich auch speziell begrüßen Davide Pezzotta, der neu wieder bei uns ist in der SVP-Fraktion, der aufgrund des zurückgetretenen Franco Albanese neu wieder im Rat ist. Herzlich willkommen, Davide. Ich wünsche Dir ein gutes und zufriedenes Arbeiten im Grossen Gemeinderat.

Ich komme zu den Entschuldigungen: Entschuldigt für beide Sitzungen des heutigen Abends sind Thomas Leemann, Markus Reinhard, Tobias Brütsch und David Berger. Etwas später kommen Carola Etter-Gick und Stadtpräsident Michael Künzle.

Dann haben wir heute drei Verabschiedungen aus unseren Reihen vorzunehmen.

Ich fange an mit Lilian Banholzer von der EVP. Lilian Banholzer war vom 19. Mai 2008 bis am 31. Juli 2019 Mitglied des Grossen Gemeinderates. Sie hatte vom 19. Mai 2008 bis am 9. Mai 2016 Einsitz in der Sachkommission Bau und Betriebe. Vom 25. August 2014 bis am 31. Juli 2019 war sie Fraktionspräsidentin der EVP. Vom 21. September 2015 bis am 26. Februar 2018 war sie Mitglied der Spezialkommission «Verselbständigung Stadtwerk». Und vom 14. Mai 2018 bis am 31. Juli 2019 war sie Mitglied der Sachkommission Bildung, Sport und Kultur. Lilian, komm doch bitte kurz nach vorne.

Ich darf Dir heute zum einen diese Urkunde überreichen und zum anderen dieses Bild. Du bist lange im Rat gewesen und wirst jetzt herausfinden müssen, was Du mit der wiedergewonnenen Freizeit machen wirst. Ich danke Dir ganz herzlich für Deinen Einsatz und wünsche Dir alles Gute. *(Applaus)*

Ebenfalls verabschieden müssen wir Katrin Cometta-Müller von der GLP. Katrin Cometta war vom 10. Mai 2010 bis am 31. Juli 2019 Mitglied des Grossen Gemeinderates Winterthur. Sie war vom 10. Mai 2010 bis am 22. Mai 2017 Mitglied der Sachkommission Soziales und Sicherheit. Vom 8. Mai 2017 bis am 12. Mai 2019 war sie Fraktionspräsidentin der GLP. Vom 22. Mai 2017 bis am 26. Februar 2018 war sie Mitglied der Spezialkommission «Verselbständigung Stadtwerk». Und vom 29. Februar 2016 bis am 27. Mai 2019 war sie Mitglied des Zweckverbandes Regionalplanung Winterthur und Umgebung. Katrin, komm bitte kurz nach vorne.

Ich danke Dir ganz herzlich für Deinen Einsatz für Winterthur. Bei Dir wissen wir, wie Du die neu gewonnene Zeit einsetzen wirst. Du wirst diese im Kantonsrat verwenden, weiterhin politisch. Ich wünsche Dir alles Gute und überreiche Dir diese Urkunde plus dieses Bild. Die Bilder, die ausgesucht wurden, sieht man übrigens jeweils auf der Folie. Ich wünsche Dir alles Gute. *(Applaus)*

K. Cometta (GLP): Ich möchte die Gelegenheit trotzdem nutzen, mich ganz herzlich zu bedanken. Ich hatte neun coole Jahre, ich habe es mega genossen. Ich gehe wirklich mit einem weinenden Auge. Ich möchte mich bei Euch, liebe Gemeinderatsmitglieder, bedanken. Auch wenn wir manchmal politisch ein bisschen andere Ansichten haben, habe ich doch die Grundhaltung, dass wir alle ein gemeinsames Interesse haben. Wir wollen alle das Beste für diese

Stadt und ich habe auch fast mit jedem von Euch einen gemeinsamen Nenner gefunden, irgendwo. Manchmal einen grösseren, manchmal einen kleineren. Aber wir konnten so viele lässige Sachen anstossen. Dafür möchte ich danken.

Und ich möchte auch dem Stadtrat danken, denn die müssen nachher umsetzen, was wir irgendwie sagen. Manchmal finden sie es eine blöde Idee, manchmal finden sie es einen super Steilpass. Aber danke vielmals, und natürlich allen Mitarbeitenden in der Stadtverwaltung und dem Parlamentsdienst, insbesondere an Jürg Bachmann, der mir heute das letzte Mal in einer Notfallübung aus der Patsche geholfen hat. Er war wirklich meine gute Seele hier.

Es kommt ja nachher noch Felix dran. Wir drei - Lilian, Felix und ich – möchten Euch nachher gerne noch ins Bloom einladen zu einem Apéro. Das gehört auch zu den gemeinsamen Interessen, dass man es gemeinsam gut hat. Das kann natürlich nur stattfinden, wenn wir vor Beizenschluss fertig sind. In dem Sinn ein doppelter Anreiz, um ein bisschen Gas zu geben.

(Applaus)

Ratspräsident A. Geering: Dann müssen wir Felix Steger von der SP verabschieden. Felix Steger war vom 14. Mai 2018 bis am 21. Juli 2019 im Rat als Mitglied einer grossen Fraktion. Sie haben es so organisiert, dass er als Parteipräsident nicht in einer Kommission ist, aber so, als Parteipräsident und Fraktionsmitglied, sicher eine tragende Rolle gespielt hat für die Fraktion im vergangenen Jahr. Felix, bitte.

Du verlässt uns, weil Du ins Ausland gehst. Ich verabschiede mich von Dir. Wir danken Dir ganz herzlich für die Zeit, die Du für unsere Stadt eingesetzt hast, im Rat, aber auch hinter den Kulissen. Ich darf Dir da Deine Urkunde überreichen und dieses Bild, das Du Dir ausgesucht hast. Das wirst Du mitnehmen, nehme ich an, und irgendwo aufhängen, wo Du es siehst, damit Du Dich an die Zeit in Winterthur erinnern wirst, wenn Du dann in der Wärme schwitzt und denkst: Ja, wäre es doch nicht schön in einem klimatisierten Ratssaal...

Ich wünsche Dir alles Gute für Deine Auswanderungspläne, dass die so kommen, wie Du Dir das vorgestellt hast. Alles Gute. *(Applaus)*

F. Steger (SP): Ich möchte auch ganz kurz etwas sagen. Ich möchte Euch natürlich auch herzlich danken für das Jahr Zusammenarbeit. Es war ein sehr interessantes Jahr und ich hätte gerne noch ein paar Jahre angehängt. Andreas hat es aber gesagt: Ich werde die Schweiz verlassen, ich werde nach Taiwan auswandern. Ich verlasse diesen ehrwürdigen Ort der Lokalpolitik und gehe an einen Ort, an dem es spannende Geopolitik gibt. Im Land Taiwan, zwischen den chinesischen Interessen usw. – das wird sicher eine spannende Zeit. Wen es interessiert, was ich dort erlebe: Ich werde einen Podcast machen. Es wird ein Blatt zirkulieren. Wer sich dafür interessiert, soll auf dem Blatt seine E-Mail-Adresse angeben, dann wird er von mir beliefert mit diesem Podcast. Ich wünsche gute Diskussionen auch weiterhin und danke vielmals. *(Applaus)*

Ratspräsident A. Geering: Dann wurde mir noch bekannt gemacht, dass ebenfalls Silvia Gygax entschuldigt und heute nicht hier ist.

Mitteilungen

Ratspräsident A. Geering: Ich komme zu den Mitteilungen. Am 1. Juli haben der Parlamentsdienst und die Stadtverwaltung ein Schreiben bekommen per E-Mail. Darin hat uns die Klimabewegung ihre Forderungen kundgetan, die sie mit dem Klimastreik auch haben in Winterthur. Wir haben dieses Schreiben per Mail an alle Ratsmitglieder verschickt. Ich denke, die zwei Forderungen, die in Punkt 1 und Punkt 2 sind, werde ich in ganz kurzer Form zusammenfassen. Das eine ist, dass man auch in Winterthur den Klimanotstand ausrufen soll, und das andere ist, dass man auch Netto Null Treibhausgasemissionen bis 2030 anstreben möchte. Ihr habt dieses Schreiben erhalten und ich gehe fast davon aus, dass diese Ziele heute nochmals Thema sein werden, auch wenn man die Traktandenliste anschaut.

Dann weise ich nochmals darauf hin, dass die Essenspause heute um 19.15 Uhr beginnt und um 20 Uhr schon wieder aufhört, damit wir abends hintenheraus früher fertig werden als wir sonst würden. Für die Gemeinderäte, die Stadtratsmitglieder und die Presse gibt es ein Lunch-Dinner im unteren Stock, im Festsaal, das wahrscheinlich nicht klimaneutral sein wird. Dann weise ich darauf hin, dass die heutige Sitzung open end ist, ich habe das schon gesagt. Wie immer hat Marc Wäckerlin angekündigt, dass er seine eigenen Voten, sich selber, aufnehmen wird, also ein Video machen wird von seinen eigenen Voten, von sich. Und dann möchte ich alle Ratsmitglieder wieder einmal darauf hinweisen, einmal pro Amtsjahr ist das sicher gut, dass Ihr laute und deutliche Voten haltet. Gerade heute, wo wir viele Gäste haben. Denkt daran, Ihr haltet diese Voten nicht nur für uns, sondern auch für die Gäste. Und Eure Botschaft soll doch von den Gästen auch verstanden werden und ankommen.

Fraktionserklärungen

Ratspräsident A. Geering: Wir haben zuerst eine Non-Klima-Fraktionserklärung von der EVP. Lilian Banholzer bitte.

L. Banholzer (EVP): Mit meinem Rücktritt wird ja auch das Fraktionspräsidium der EVP-Fraktion frei. In Zukunft wird das Michael Bänninger übernehmen. Obwohl ich noch bis am 31. Juli offiziell im Amt bin, bitte ich Euch aber, in Fraktionsangelegenheiten ab sofort Michael Bänninger zu kontaktieren. Danke.

Ratspräsident A. Geering: Vielen Dank. Dann haben wir eine persönliche Erklärung von Michael Bänninger.

M. Bänninger (EVP): Geschätzte Lilian, herzlichen Dank für diese Stabübergabe. Und vor allem herzlichen Dank für Deinen langjährigen Einsatz in der Winterthur Politik. Du hast Dich in den vergangenen 11 Jahren in 49 Vorstössen sachlich, lösungsorientiert und mit Herzblut zum Wohl für die Winterthurer Bevölkerung eingesetzt. Du hast Dich immer mit sehr viel Engagement für die Anliegen aus der Raumplanung, Energie- und Verkehrspolitik, wie auch für soziale Themen engagiert. Es war Dir wichtig, dass es ein umweltverträgliches Miteinander gibt zu einem bezahlbaren Preis. Du hast bei allen Themen immer einen guten Blick für das Ganze behalten, auch wenn Du Deinen Lebensort Töss manchmal ins Rampenlicht gerückt hast. Es ist mir eine grosse Ehre, Dir heute an dieser Klima-Sondersitzung Danke zu sagen, da Du – und ich glaube, ich darf in diesem Fall für alle Politikerinnen und Politiker sprechen – sehr viel zum guten Klima im Winterthurer Politik-Alltag beigetragen hast. Herzlichen Dank und alles Gute.

Ratspräsident A. Geering: Gibt es Fraktionserklärungen, die nicht zum Klima gehen? Dann kommen wir um 17.15 Uhr zu den Fraktionserklärungen, die zum Klima-Thema gehen. Wir haben knapp 20 Minuten Vorspann gehabt, das ist der übliche Rahmen, den wir jeweils haben an den Gemeinderatssitzungen. Ich habe drei Fraktionserklärungen, die schon angemeldet wurden, und werde diese zuerst nehmen. Die weiteren bitte ich aufzustrecken, damit wir Euch auch auf die Liste nehmen können. Für die Fraktionserklärung der Grünen/AL bitte ich Reto Diener.

R. Diener (Grüne/AL): Wir haben es schon gehört im Vortrag, diejenigen, die schon vorher hier waren. Seit der viel zitierten Konferenz in Paris 2015 wissen wir es noch eindringlicher als zuvor: Es steht schlecht um unseren Planeten. Wir haben ihm mächtig zugesetzt, die Menschheit ist daran, das Klimageschehen auf dieser Welt massiv durcheinander zu würfeln und durcheinander zu wirbeln, in einer Art, wie es das vorher noch nie gab. Innerhalb weniger

Jahren hat sich die Mitteltemperatur der Erde um ein ganzes Grad erhöht, in einem Tempo, wie es noch nie in der Vergangenheit, in der erdgeschichtlichen Zeit, jemals stattgefunden hat. Ein Tempo, das auch beim Schmelzen der Gletscher, beim Ansteigen des Meeresspiegels oder auch beim Verlust der Primärwälder wiedergespiegelt werden kann und bei dem wir jetzt immer mehr und dramatischer sehen, wie es sich entwickelt. Das alles ist in vollem Gange. Wir haben das vorhin gehört, von den Wissenschaftlern präsentiert. Und es wird, wir wissen das, weltweit von der absolut grossen Mehrheit der Wissenschaftler auch so zitiert: Wir müssen damit rechnen, dass es noch länger in diesem Stil weitergeht. Dass also diese Wärme weiter zunehmen wird und dass es noch mehr von diesen Problemen geben wird, die heute schon angezeigt sind und aufgezeigt worden sind. Ein grosses Risiko, dass wir in der Schweiz beispielsweise innerhalb von wenigen Jahrzehnten nur noch einen kümmerlichen Rest der Gletscher haben werden, die der Stolz unseres Alpenlandes waren.

Wenn wir ein bisschen zurückschauen, vor 2015: Nicht umsonst hatte bereits damals ganz ein wichtiger Klimawissenschaftler, Herr Schellnhuber, ein Buch geschrieben mit dem Titel "Die Selbstverbrennung". Damit hat er natürlich angespielt auf das, was wir sogenannten zivilisierte Nationen mit dieser Erde heute anstellen. Er hat eindringlich bereits vor dieser Konferenz vor der 2°-Latte, die wir nicht überschreiten sollten. Ansonsten gehen wir ein grosses Risiko ein, dass noch viel Schlimmeres passiert. Unterdessen, bald 4 Jahre später, wissen wir – wir wissen es noch eindringlicher als vorher – dass es so ist. Wir erleben es am eigenen Leib. Eben wurde bekannt (gemäss allerneuesten Mitteilungen), dass die Methanvorkommen, die in den Polarregionen eingefroren sind, dass diese jetzt viel schneller und viel früher als bisher vorausgesagt, anfangen aufzutauen und in die Atmosphäre zu entweichen. Ein extrem dramatischer Effekt, der dazu führt, dass der Prozess der Erwärmung sich noch mehr beschleunigt. Die Folgen könnten nicht dramatischer sein.

Weltweit Netto-Null CO₂ bis 2050 ist das Ziel, das wir seit Paris 2015 wissen, kennen und immer wieder gehört haben. Wir werden das heute Abend auch diskutieren. Wenn wir das nicht erreichen, das wurde indirekt auch schon gesagt, ich möchte es gerne nochmals betonen: Wenn wir das nicht erreichen, werden wir mit sogenannten Kippeffekten konfrontiert werden, die diese Beschleunigung, die ich jetzt mit den paar Beispielen gezeigt habe, noch stärker in Gang setzen werden. Kippeffekte, die tatsächlich bis Ende Jahrhundert zu einer echten «Heisszeit» führen könnten. Eine «Heisszeit», wie es sie seit Jahrhunderttausenden auf dieser Welt nie mehr gegeben hat. Auch bei dieser Aussage gibt es eigentlich weltweit keinen echten Zweifel mehr.

Die entwickelten Länder (und damit auch wir hier in der Schweiz und auch wir hier in Winterthur) haben an diesem Prozess und an dieser Entwicklung ganz grosse Verantwortung. Wir waren es, welche mit dem überbordenden Konsum von fossilen Energien (Kohle, Öl, Gas) diesen Prozess richtiggehend angeheizt haben, angeworfen und beschleunigt. Wir befeuerten damit zwar einen grossen Wohlstand, den wir erreicht haben (da sind wir irgendwo auch stolz darauf), aber wir haben gleichzeitig auch in einem unglaublichen Ausmass unseren ökologischen Fussabdruck hinaufgeschraubt und hinaufgeschraubt und noch weiter hinaufgeschraubt. Wir riskieren, wie es bereits gesagt wurde, eine Heisszeit, wie es sie nie gegeben hat, seit wir uns auf dieser Erde, seit es sie gibt, irgendwie nur bewegen als Menschen. Für die Menschen und die Natur wäre dies eine Disruption, die durchaus vergleichbar ist mit dem Einschlag jenes Asteroiden ist, welcher vor Jahrmillionen zum Aussterben der Dinosaurier führte.

Obwohl dies alles längst bekannt ist (ich komme allmählich zum Schluss), scheint es bis anhin kaum jemanden interessiert zu haben. Die grosse Mehrheit fand, das sei nicht so schlimm, man müsse nichts machen, das löst sich schon einmal. Viele haben sogar behauptet, es sei gar nicht von uns verursacht.

Zwei Sachen haben das in der letzten Zeit massiv verändert und in Entwicklung gebracht. Zuerst, das wurde erwähnt, der Rekordsommer, den wir letztes Jahr hatten. Den wir auch hier, da in der Schweiz, massiv gespürt und erlebt haben. Und das Zweite ist, dass wir Ende letztes Jahr diese Klimabewegung erlebt haben, wie sie entstanden ist, wie sie gewachsen ist und wie sie ausgegangen ist von dieser mutigen, kleinen Greta Thunberg in Schweden. Und jetzt in die ganze Welt ausstrahlt. Und endlich, endlich wird es wahrgenommen. Endlich, bin

ich versucht zu sagen (es tut mir leid, es ist für uns halt ein sehr wichtiges Thema), endlich wird realisiert und immer mehr Menschen wahrgenommen, dass wir handeln müssen. Dass wir aktiv werden müssen und dass es bereits deutlich mehr als fünf nach zwölf ist.

Niemand konnte das so gut auf den Punkt bringen, wie eben Greta Thunberg selbst, welche am Anfang dieses Jahres überall in den Medien zitiert wurde und an vielen internationalen Konferenzen aufgetreten ist. Das Wichtigste, das sie immer wieder sagte (und das möchte ich nochmals zitieren), eine einzige, simple kleine Frage: "Unser Haus, in dem wir alle wohnen, brennt und Ihr.... Ihr gerät nicht mal in Panik?"

Der vergangene Juni hat es nochmals gezeigt. Wir haben es hier auch wieder erlebt. Wir haben den heissesten Juni gehabt, der jemals auf dieser Welt gemessen wurde. Ich meine, es ist wirklich dringend Zeit zum Handeln. Ich hoffe und wünsche mir weise Entschlüsse für die kommende Sitzung.

Danke für die Aufmerksamkeit.

Ratspräsident A. Geering: Katrin Cometta von der GLP.

K. Cometta (GLP): Ich gestehe zuerst ein kleines Handicap. Ich spreche für Silvia Gygax, die krank ist. Ich habe gerade vorhin ihr Votum erhalten und es wird deshalb vielleicht nicht ganz so geschliffen vorgetragen. Aber nichtsdestotrotz, die Message kann ich sehr gut.

Wir Grünliberalen sehen den Klimawandel als eine sehr ernste Bedrohung – eine Bedrohung für uns alle auf diesem Planeten. Und da der Klimawandel grösstenteils hausgemacht ist, ist es auch an uns, diese Probleme zu lösen. Das sind wir uns, aber vor allem auch unseren Nachkommen (also Euren Kindern und Kindeskindern) einfach schuldig. Allen Lebewesen sind wir es schuldig – sogar der Wald hat heiss.

Die Schweiz hat das Klimaabkommen von Paris unterzeichnet und jetzt brauchen wir die ökologische Trendwende. Wir sind sicher, dass dies auch möglich ist. Die Schweiz soll Vorreiterin beim Klimaschutz und ein erstklassiger Cleantech-Standort werden. Das ist nämlich auch wieder eine Chance für unsere Wirtschaft und schafft Arbeitsplätze. Und dafür braucht es auf nationaler Ebene endlich einen Befreiungsschlag beim CO₂-Gesetz, es braucht ein sinnvolles Inlandziel, Qualitätssicherung bei der CO₂-Kompensation im Ausland und es braucht griffige Massnahmen beim Strassen- und v.a. auch beim Flugverkehr.

Aber auch auf lokaler Ebene gewichten wir den Klimawandel stark. Man kann auch hier tätig werden. Bereits 2011 haben wir einen Vorstoss zum Klimawandel in Winterthur eingereicht. Und heute haben wir ganz viele Vorstösse. Das Thema ist auf grosse Resonanz gestossen k Reto hat das auch schon erläutert. Wir bringen heute Abend «Netto Null Tonnen CO₂», wir bringen den «Tag des CO₂ freien Verkehrs» und auch einen Masterplan zur Nutzung verbliebener Energiepotenziale der KVA und der ARA. Und es ist uns bewusst: Wir können noch viel mehr machen. Man muss auch bei Biodiversität, bei energetischen Gebäudesanierungen, beim Schutz der Gartenstadt bzw. beim Ausbau (wir wollen mehr Bäume in Winterthur), wir wollen Fassadenbegrünung etc. Das sind alles Themen, an denen wir dran sind und bei denen wir das Gefühl haben, da kann man mehr tun und da wollen wir auch mehr tun.

Wir Grünliberalen sind aber auch der festen Überzeugung, dass wir nur gemeinsam nachhaltige Lösungen im Kampf gegen die Klimaerwärmung finden. Es ist uns deshalb extrem wichtig, dass wir mit allen Parteien zusammenarbeiten. Wir werden Vorstösse mit der Ratslinken aber auch mit der Ratsrechten einreichen. Denn: Wer wirklich daran interessiert ist, dem Klimawandel entgegen zu treten, der betreibt heute Abend nicht Parteigeplänkel.

Wir haben die Vorstösse, welche wir heute Abend behandeln, auf ihre Wirksamkeit geprüft. Wir unterstützen die Vorstösse, die konkrete Massnahmen zur Reduktion von CO₂ bringen oder die innovativ sind und eine gewisse systemische Relevanz haben. Das werden 11 von 16 Vorstössen sein. Und bei 3 davon sind wir Erstunterzeichnende.

Uns ist es ernst mit dem Kampf gegen den Klimawandel – wir haben uns in der Vergangenheit und werden uns auch in Zukunft dafür im Gemeinderat von Winterthur (aber auch auf anderen Ebenen) einsetzen. Wir sehen es als unsere Pflicht, treuhänderisch mit unseren natürlichen Ressourcen umzugehen und unseren Nachkommen eine einigermaßen intakte Le-

bensgrundlage zu hinterlassen. Weil, Ihr sagt es richtig: Wir haben keinen Planeten B. In diesem Sinn setzen wir grosse Erwartungen in den heutigen Abend. Ich hoffe, wir können ein paar Pflöcke einschlagen, weil handeln tut Not, das haben wir gehört. Vielen Dank an alle für den gemeinsamen Einsatz und viel Erfolg.

Ratspräsident A. Geering: Simon Büchi für die SVP.

S. Büchi (SVP): Die Schweiz macht rund 1 Promille der globalen CO₂-Emissionen aus. Winterthur hat einen Bevölkerungsanteil von rund 1,4% der Schweizer Bevölkerung. Also man kann sagen, dass Winterthur für rund 0,0014% der globalen CO₂-Emissionen verantwortlich ist. Was heisst das? Das heisst nicht, dass man nichts machen soll. Genauso, wie wir über das Sparen und über die Finanzen diskutieren, jede Einsparung, auch über nur 10 Fr., ist eine sinnvolle Einsparung. Und auch wenn das nur ein paar Promille eines Budgets ausmacht, so ist eine Einsparung trotzdem richtig. Jeden unnötigen Franken soll man einsparen - und genauso soll man jedes unnötige CO₂ einsparen.

Aber die Relationen sind aber doch wichtig. Denn in den grossen Reden von linker Seite, bei den Klimastreiks, wird so getan, als könnten wir da die Welt retten. Wir haben relativ enge Grenzen. Wir können entweder jeden Motor abschalten, jeden Stecker ziehen und dann erlahmt die ganze Wirtschaft und wir haben maximal 0,0014% herausgeholt. Oder wir setzen auf unsere bewährten Stärken und schaffen einen Standort, an dem gut ausgebildete Leute (Klammerbemerkung: Die nicht nur am Freitag in die Schule gehen) Wertschöpfung generieren und mit modernen Technologien die Umweltprobleme in den Griff bekommen.

Herr Ratspräsident, ich muss mich nicht an die roten Karten richten? Gut.

Die Vergangenheit beweist: Nur Länder in einer freien Wirtschaft, in einer freien Gesellschaft, haben der Umwelt gut geschaut. Dort gibt es reine Flüsse, die Luft ist sauber und die Abgase sind gefiltert. Was wir im Moment erleben, ist eine Bewegung, die mit sozialistischen Mitteln etwas schaffen will, an dem der Sozialismus bereits etliche Male gescheitert ist. Ausnahmslos jedes sozialistische Land hat ein endloses Sündenregister an Umweltkatastrophen.

Ja, es herrscht ein Alarmismus. Man sollte sofort alles machen. Das ist ein bisschen der Tenor. Wir teilen von der SVP diesen Alarmismus nicht. Aber was mich doch immer wieder erstaunt, ist, wenn man sagt, man muss sofort alles unternehmen. Und dann kommen die Massnahmen und die Massnahmen betreffen eben meistens doch den normalen Durchschnittsbürger, den unbescholtenen Bürger.

Man kann ja bei sich selbst anfangen. Und damit meine ich nicht, dass man die Coladosen nicht wegwerfen soll, sondern uns Politiker. Und zuoberst in der Stadt steht der Stadtrat. Also lieber Stadtrat, liebe Vertreter und Vertreterinnen des Stadtrates: Wie wäre es, wenn Ihr mit gutem Beispiel vorangeht und Rechenschaft über Eure Energiebilanz abliefern? Wie viele CO₂-Emissionen werden durch Euer Einkommen von rund 250'000 Franken generiert? Ihr habt ja mit grosser Begeisterung das Energiekonzept 2050 plus die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft zementiert.

Da eine kleine Randbemerkung: 2000-Watt-Gesellschaft ist ja laut ETH bereits wieder ein bisschen veraltet, dieses Konzept. Man spricht jetzt lieber von Netto Null CO₂ bis 2050. Gut, richten wir uns danach.

Also, wie kommen wir dorthin? Wenn wir ja nicht durch reine Zwangsmassnahmen Netto-Null erreichen wollen, dann kommt es auch auf das persönliche Engagement an. Also die Bereitschaft jedes Einzelnen, auf Energie zu verzichten und Energie zu sparen. Ihr Stadträtinnen und Stadträte könntet mit gutem Beispiel vorangehen. Ihr könnt zeigen, dass ein solches Leben machbar ist. Und damit meine ich nicht, dass man beim Mittagessen auf ein Steak verzichtet oder den Avocado-Tofu und stattdessen ein Rüeblli isst. Sondern die ganz grundsätzliche Frage: Ihr gehört zu denen mit einem Einkommen, das zu den höchsten gehört in der Stadt. Das mag Euch vergönnt sein, das ist ja politisch so gewollt. Aber natürlich: Ein hohes Einkommen, ein hoher Wohlstand, impliziert immer auch, dass man Energie verbraucht, Energie produziert, Emissionen schafft.

Stadträtin Y. Beutler: Wir spenden das Meiste in Form von Steuern wieder der Stadt.

S. Büchi (SVP): In der letzten Sparrunde, Yvonne, daran magst auch Du Dich noch erinnern, hat der Stadtrat auf einen Teil seines Lohnes verzichtet. Das war prozentual bei den ganzen Sparanstrengungen nur ein kleiner Teil, aber es war ein Symbol, ein Zeichen, dass auch die oberste politische Führung bereit ist, den Kurs, den politischen Kurs, mitzutragen. In diesem Sinne wäre es jetzt nur richtig, wenn Ihr als oberstes politisches Organ diesen Klimakurs mitträgt. Und nur, um das anzuführen: Das ist ein Wunsch, eine Forderung, die wir nicht in einem Vorstoss bringen. Denn das schlussendlich ist das Euer Einkommen und Ihr habt genauso wie alle anderen Bürgerinnen und Bürger auch das Recht auf Datenschutz und Privatsphäre, selbstverständlich. Auch deshalb formulieren wir das als Wunsch, als Aufruf an Euch, doch freiwillig diesen Weg zu beschreiten. Zeigt, dass man auch mit einem sehr hohen Einkommen den Pfad von Netto-Null gehen kann – und geht doch mit gutem Vorbild voran. Danke.

Ratspräsident A. Geering: Vor dem nächsten Redner ein Wort an die Tribüne, an die Gäste: Wir haben alle die grünen und die roten Karten gesehen. Wenn diese am Schluss eines Votums kommen, dann bin ich bereit, auf Weiteres zuzuschauen, um abzuwarten, wie es sich entwickelt. Aber wenn sie während dem Votum kommen, so als Zwischenrufe zu einzelnen Aussagen, dann sind sie definitiv störend und ich bitte das zu unterlassen. Das nächste Wort geht an Sämi Müller von der EVP.

S. Müller (EVP): «Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut». Ich bin Euch dankbar, dass Ihr heute jetzt nicht so laut, aber hier seid. Denn das, dass wir da eine Sondersitzung haben dürfen, das begrüssen wir als EVP sehr – und das war der Vorlauf. Vieles ist in Bewegung gekommen. Wenn Jugendliche so auf die Strasse gehen, dann ist das definitiv nicht ein normaler Alltagszustand.

Und wie wir wissen: Besondere Zeiten brauchen bekanntlich auch besondere Massnahmen. Aber eben, mit den Massnahmen haben wir gerade ein Musterchen mitbekommen, da gehen die Meinungen dann sehr schnell auseinander. Schon nur, was denn die Gründe sind für diesen Klimawandel. Alles nur Panikmache, hat es schon immer gegeben, diese Schwankungen – das sagen die einen. Und die anderen sagen: Nein, alles selber gemacht, jetzt müssen wir Hand anlegen. Diesen Linien entlang gehen dann auch die Massnahmen und davon werden wir heute Abend noch einiges hören, da bin ich sicher.

Als EVP ist es uns seit der Gründung der Partei (notabene vor 100 Jahren) wichtig, dass wir als Erstes sorgfältig mit den Menschen umgehen, und dann auch mit diesem Planeten und den Ressourcen. Und in diesem ganzheitlichen Sinne verstehen wir auch die ganze Klima-Debatte. Und deshalb ist es uns auch wichtig, das am Anfang zu sagen, dass es nicht nur um CO₂-Senkung geht und nicht nur um Klimaerwärmung, wie wir es vorhin im Vortrag gehört haben, sondern ganz allgemein auch um soziale Gerechtigkeit. Klimawandel verstärkt Hunger und Armut! Und das schon jetzt, da müssen wir nicht warten. Und das finde ich einen Steilpass, Simon Büchi. Wie Du vorhin gesagt hast: Wir haben Wohlstand hier. Und wir Schweizer gehören zum reichsten Land. Und dann ist es an uns, dass wir mit gutem Vorbild vorangehen. Denn gerade in der südlichen Hemisphäre, dort, wo eben nicht so viel Wohlstand ist, dort ist man direkt vom Wetter abhängig. Dann hat man nicht ein Bewässerungssystem. Man hat vielleicht nicht irgendwie Wassertanks, die man füllen kann, während der Dürrezeit. Und die Saat, die man ausgesät hat, das wächst auf – und bevor man es ernten kann, verdorrt es. Und das ist lebensexistenziell, das ist die Grundlage. Das sind Kleinbauernfamilien, die jetzt schon deftig leiden an den ganzen Klimaauswirkungen, die wir haben. Und das ist uns wichtig, dass wir das am Anfang dieser Klima-Debatte einfach auch nicht vergessen.

Ich weiss, ich bin mir bewusst, wir sind hier im lokalen Parlament. Unser Handlungsspielraum gegenüber diesen Sozialgerechtigkeitsfragen ist eingeschränkt. Aber ich möchte Euch sehr bitten und wünsche uns allen, dass wir das im Hinterkopf behalten. Das ist eigentlich die Grundsituation, die wir haben. Es geht vielen viel schlechter als uns. Und diesen zu sagen:

«Ja, unser Beitrag nützt halt nicht so viel, lassen wir es.» Das ist einfach nicht haltbar. Wir können das nicht unterstützen und wollen das darum am Anfang hier sagen. Wir wünschen uns eine Debatte im Sinne von «think global – act local».

Ratspräsident A. Geering: Urs Hofer von der FDP.

U. Hofer (FDP): Mein Vorteil ist, dass ich die roten und gelben Karten gar nicht sehe...

Dass sich heute Abend die Gemeinderatssitzung wirklich ausschliesslich dem Klima und der Klimafrage widmet, ist für mich einerseits wirklich wunderbar und hoch erfreulich; andererseits löst es ehrlicherweise auch ein bisschen Stirnrunzeln aus.

Es ist wunderbar, weil man feststellen kann, dass eigentlich alle Parteien, vielleicht mit Ausnahme der Piratenpartei, dieses Anliegen unterstützt haben und auch konstruktiv beigetragen haben. Die meisten hier drinnen, und ich glaube, das werden wir nachher auch beim Abstimmungsverhalten sehen, haben eigentlich auch ein gemeinsames Ziel und nehmen die Anliegen der Klimastreikenden ernst. Wir können also hoffen, dass wir alle am gleichen Strick ziehen. Vielleicht unterschiedlich stark, mit Nuancierungen, mit unterschiedlichen Graden. Aber grundsätzlich in die gleiche Richtung. Und auch wir von der FDP nehmen das Thema sehr ernst.

Ich hatte selber das Privileg, in den letzten zwei Wochen eine SAC-Hütte mit Holz per Militärhelikopter versorgen zu dürfen. In der Hütte hatte es ein Bild von der Situation früher. Und das Bild, das war deprimierend und machte mich sehr betroffen, wenn man hinausschaut, wie die Situation jetzt ist. Aber gerade mein Beispiel zeigt einfach den Kern des Problems: Ich fliege dort Holz hinauf, damit naturverbundene Alpinisten warm haben und warmes Essen haben. Oder – der Interessenskonflikt wird noch klarer – bin Such- und Rettungsflieger. Also die Frage ist nicht, ob wir den CO₂-Ausstoss reduzieren wollen, sondern: Auf was sind wir bereit zu verzichten? Und diese Interessensabwägung ist die schwierige.

Die FDP-Fraktion hat für die heutige Sitzung drei eigene Vorstösse eingereicht, wird vier weitere miteinreichen und wird weitere unterstützen. Wir beweisen damit, dass wir gewillt sind, konstruktive und lösungsorientierte Umweltpolitik zu betreiben.

Ich habe gesagt, ich habe auch ein Stirnrunzeln. Ich habe Stirnrunzeln deshalb, weil ich das Gefühl habe, gewisse Parteien verfolgen heute auch andere Ziele, nämlich Wahlkampf. Und ich gebe mich auch nicht der Illusion hin, dass wir heute das Klimaproblem an diesem Abend lösen werden. Dass Wahlkampf ist, merkt man an der Rhetorik, am Zeitpunkt (ursprünglich wollte man diese Sitzung drei Wochen vor den Nationalratswahlen machen) und – das finde ich mit Abstand das Schlimmste und Katrin hat es erwähnt - dass man im Vorfeld nicht mal mit uns diskutiert und die Ideen teilt, sondern uns einfach vor Fakten setzen will. Uns bürgerliche Kräfte nicht involviert und umgekehrt alles ablehnt, das nicht aus der eigenen Belegschaft ist. Das zeigt für mich, es geht nicht bei allen darum, die besten Lösungen zu suchen oder möglichst breit abgestützte und vor dem Volk mehrheitsfähige Vorstösse zu haben. Sondern primär oder auch, um sich zu positionieren und abzugrenzen. Damit stellt man das Ziel Wahlkampf höher als die Lösung der Klimafrage zu entwickeln. Und da, finde ich, hat es eine gewisse Doppelmoral. Ich danke deshalb sehr für Dein Votum und auch, dass Ihr uns miteinbezogen habt.

Weiter gebe ich mich auch nicht der Illusion hin, dass wir das Klimaproblem heute lösen. Der Grund ist einfach: Es ist ein sehr vielschichtiges, sehr komplexes und ein globales Problem. Und es gibt Stand heute leider nur ganz wenige einfache Antworten.

Der effizienteste Beitrag von Winterthur zum globalen Problem wäre eigentlich, dass unsere Start-ups, unsere Nähe zur ZHAW, unsere etablierten Unternehmen, Technologien entwickeln, die weltweit diskutiert werden können und einen Beitrag leisten für eine Reduktion des CO₂-Ausstosses. Innovation und technischer Fortschritt kann man aber leider nicht erzwingen, auch wenn man es auf ein Papier schreibt. Das ist halt leider einfach so. Aber es freut mich umso mehr, dass die Winterthurer Wirtschaft in dieser Hinsicht alles andere als untätig war. Ich habe das in sehr lesenswerten Blog-Beiträgen auf den Websites der Handelskammer wie auch vom KMU-Verband gelesen. Ich persönlich habe das Gefühl, die Winterthurer

Unternehmen haben viel mehr zu diesem Thema beigetragen und werden viel mehr zu diesem Thema beitragen, als wir alle hier drinnen mit Vorstössen erreichen können.

Trotzdem ist für mich und die FDP klar, dass die Stadt Winterthur und die Schweiz, gerade wegen ihrem Wohlstand (und da gebe ich Dir, Sämi, recht) mit gutem Beispiel vorausgehen sollte und sich stärker für den Klimaschutz einsetzen möchte.

Worin unterscheidet sich aber die Klima- und Umweltpolitik der FDP von derjenigen von anderen Parteien? Wir stehen für Taten und nicht Symbolpolitik. Ein Klimanotstand wird Null Komma Null CO₂ einsparen. Es herrscht bei diesem Thema also eher Wahlkampf als Notstand. Wir politisieren wenn möglich ohne ideologische Scheuklappen und basierend auf Fakten und Analysen. Ja, es besteht Handlungsbedarf, aber wir möchten eine unnötige Panik und Schnellschüsse aus der Hüfte verhindern, welche zu erheblichen Folgeproblemen führen könnten. Ein Beispiel ist, dass man gezwungen sein könnte, Kohlestrom aus dem Ausland einzukaufen, weil man die Lösung für die Energiepolitik nicht hat.

Der 3. Unterschied ist, dass wir anerkennen, dass die Klimapolitik ein Preisschild hat, und wir deshalb auch die Vorstösse priorisieren nach Effizienz, Wirksamkeit und Verhältnismässigkeit. Es gilt, Wünschbares von Sinnvollem zu unterscheiden.

Ich kann auch sagen, wir politisieren nachhaltig. Der Begriff «nachhaltig» hat mehrere Ebene, neben der Umwelt auch die Wirtschaft und Gesellschaft. Und wichtig ist auch: Ökologie und Ökonomie schliessen sich nicht gegenseitig aus, sondern müssen Hand in Hand gehen, damit eine solche Massnahme längerfristig eine Zukunft hat. Denn ohne Steuereinnahmen und ohne Geld aus der Wirtschaft könnte der Bund auch keine Massnahmen im Umweltbereich finanzieren.

Ein gutes Beispiel, das wir alle hier im Saal erlebt haben (oder die meisten), ist Biorender. Biorender war ein vielversprechendes, innovatives und mutiges Projekt. Wir von der FDP-Fraktion haben das bei der Lancierung und in der Aufbauphase vorbehaltlos unterstützt. Als dann im Lauf der Jahre immer klarer wurde, dass damit kein konkurrenzfähiges Biogas und auch nicht ein ökologischeres Biogas erzeugt werden kann, war es auch richtig, dass man das Projekt gestoppt hat und damit Ressourcen für andere Projekte freisetzen konnte.

Letztlich, der 4. Punkt: Für uns ist auch die Eigentumsfreiheit ein schützenswertes Gut. Wir möchten deshalb Mitbürgerinnen und Mitbürger primär überzeugen, viel weniger erziehen und schon gar nicht zwingen. Wir setzen somit auf Eigenverantwortung statt Verbotspolitik. Dass Eigenverantwortung in Winterthur nicht nur eine Worthülse ist, zeigen die Winterthurer Unternehmen zum Glück Tag für Tag.

Nach diesen Kriterien werden wir auch beurteilen, welche Vorstösse wir heute unterstützen oder gar miteinreichen – und welche nicht. In dem Sinne freue ich mich auf die heutige Debatte und erhebe nochmals den «Wahlkampf aus»-Mahnfinger. Besten Dank.

Ratspräsident A. Geering: Iris Kuster, CVP/EDU.

I. Kuster (CVP/EDU): Die CVP findet es eine gute Idee, dass heute im Gemeinderat eine Klimadebatte stattfindet. Die Veränderungen des Klimas betreffen uns alle. Es ist wichtig, dass die Politik sich dazu äussert und Lösungen aufzeigt, die von einer klaren Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger aber mitgetragen werden. Wir können keine Klimapolitik gegen die Mehrheit des Volks betreiben. Und Umweltschutz gehört sozusagen zur DNA der CVP. Dank der CVP gibt es in der Schweizerischen Bundesverfassung überhaupt einen Umweltschutzartikel. Julius Binder war der Motionär, der 1964 den Umweltschutz gefordert hat. 1971 wurde dann der Umweltschutzartikel vom Volk angenommen. Auch dank der CVP, insbesondere Doris Leuthard, wurde in der Schweiz die Energiewende eingeleitet. Eine Energiewende, die auf drei Pfeilern beruht: Verbesserung der Energieeffizienz, Steigerung des Anteils der erneuerbaren Energie und eine deutliche Reduktion des Verbrauchs von fossilen Brennstoffen. Beim Thema Klima müssen wir das Rad in Winterthur nicht neu erfinden, wir brauchen auch keine Klamaupolitik. Wir müssen in Winterthur auch nicht den Klimanotstand ausrufen. Wir haben als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte alle Mittel in der Hand, um die Massnahmen zu ergreifen, die auf kommunaler Ebene möglich, nötig und sinnvoll sind, um unseren Beitrag

zur Erreichung der Klimaziele gemäss dem Pariser Übereinkommen zu erreichen. Wir wehren uns auch entschieden gegen eine Umweltpolitik, die nur verbieten will und nur neue Vorschriften einführen will. Wir brauchen keine neuen Sittenmandate oder Ökorevolutionswächter, die überprüfen, ob man sich ökokonform verhält.

Ganz im Sinne der schweizerischen Umweltschutzgesetzgebung sind wir dafür, dass die Natur und Umwelt einen Preis haben. Wir sind dafür, dass wer CO₂ emittiert, dafür bezahlen soll. Wir fordern auch Initiativen und Massnahmen, die dazu beitragen, dass der CO₂-Ausstoss rasch reduziert wird. Die CVP ist allerdings auch überzeugt, dass wir den Kampf ums Klima nicht gewinnen, wenn wir uns nur lokal optimieren, es braucht einen globalen Ansatz und die Zusammenarbeit mit den Ländern, die nicht über die gleichen Ressourcen zur Reduktion des CO₂-Ausstosses verfügen.

Unsere Vorstösse sowie unsere Unterstützung von Vorstössen der anderen Parteien orientieren sich deshalb entlang dieser Leitlinie der nationalen Energiepolitik.

Zur Reduktion der fossilen Brennstoffe wollen wir gezielt den öffentlichen Verkehr ausbauen und verlangen, dass die Betriebsreserven der städtischen Parkhäuser für Projekte zur Förderung des öffentlichen Verkehrs verwendet werden. Die CVP hat sich schon immer für die Elektromobilität in Winterthur eingesetzt, darum verlangen wir auch, dass die Stadt konsequent prüft, ihre Flotte auf nicht fossil betriebene Fahrzeuge umzustellen.

In der Schweiz geht ein wesentlicher Verbrauch von Energie in die Erzeugung von Wärme, viele Heizungen basieren noch auf fossilen Brennstoffen. Wir haben auch in Winterthur noch zu viele alte Gebäude, die aus energetischer Sicht dringend saniert werden müssten oder durch Neubauten ersetzt werden sollten, die weitgehend klimaneutral sind. Wir wollen, dass die Stadt Anreize (Incentives) schafft, damit die energetischen Sanierungen von Gebäuden schneller erfolgen und so die Energieeffizienz und der Ausstoss von CO₂ nachhaltig und zeitnah verbessert wird.

Es wurde heute schon gesagt: Die Schweiz produziert 0,1 % des globalen CO₂-Ausstosses. Ich habe dann nicht wie Simon ausgerechnet, wie viele Nullen es hinter dem Komma hat. Auch nicht, um nicht den Überblick zu verlieren. Aber danke, Simon, dass Du das für uns gemacht hast. Und die Zahl zeigt deutlich: Der Klimawandel ist ein globales Thema. Ob es uns allen passt oder nicht, auch bei der Klimapolitik gilt das Prinzip der ökonomischen Effizienz. Und Urs hat es gesagt: Ökonomie und Ökologie schliesst sich nicht aus. Mit 100'000 CHF investiert in erneuerbare Energien am richtigen Ort, kann deutlich mehr CO₂ eingespart werden als mit gewissen Aktionen hier in der Schweiz. Die CVP/EDU will, dass sich Winterthur in einer Klimapartnerschaft engagiert. Und der Landbote berichtete gerade letzte Woche von einer erfolgreichen Partnerschaft von Elgg mit Ghana. Und Sämi sagte: «think global – act global». Und das würden wir mit dem unterstützen.

Für die CVP besteht dringender Handlungsbedarf, wir denken auch an die Zukunft unserer Kinder und Grosskinder. Wir wehren uns aber gegenüber einer Weltuntergangstimmung und wir weigern uns, den Rattenfängern mit den falschen Oekoschalmeien anzuschliessen.

Schalmeien, die in den Medien gut tönen, aber die Probleme weder lokal noch global lösen. Wir von der CVP sind für eine Umweltpolitik, die sowohl sozial, wirtschaftlich und ökologisch ist.

Und zum weiteren Verlauf: Wir werden die Dringlichkeit der Interpellationen unterstützen, im Sinne einer effizienten Erledigung der Geschäfte. Und wir geben uns Mühe, uns nicht zu jedem Traktandum zu äussern – damit wir nicht erst im Morgengrauen heimkönnen.

Ratspräsident A. Geering: Felix Landolt für die SP.

F. Landolt (SP): Ich möchte eigentlich zwei Mal Danke sagen, und dann auch, wie es schon gemacht wurde, eine grundsätzliche Bemerkung anbringen. Wobei ich mir auch vorgenommen habe, nicht mehr als 3 Minuten zu sprechen, denn wir haben einige Traktanden vor uns. Danken möchte ich Frau Sonia Sereviratne und Christina Schnadt für ihre spontane Bereitschaft, hier zu sprechen, als wir sie angefragt haben für das Referat, mit dem wir einmal ein bisschen eine gemeinsame Basis haben.

Ich möchte zweitens auch einen Dank aussprechen an die Fraktionspräsidien, die unseren Vorschlag für diese Sondersitzung unterstützt haben und dann im Ratspräsidium eingereicht haben.

Wir haben es gehört, wir lesen es täglich, wir spüren die klimatische Veränderung. Die Klimaerwärmung ist Realität und die Klimaerwärmung ist eine existenzielle Bedrohung für die menschliche Zivilisation. Wir müssen handeln – und zwar schnell.

In diesem Zusammenhang möchte ich eine Zahl nennen, die eine ganz zentrale Zahl ist. Das ist die weltweite Förderung von Öl täglich. Es sind 92 Mio. Barrel Öl, die täglich gefördert werden. Und das wird ja irgendwie verwendet oder kommt als Plastik oder wird irgendwie verarbeitet. Auf jeden Fall wird es gekauft. Und angesichts der schädlichen Auswirkungen, die man gesehen hat, vom CO₂ der ganzen fossilen Wirtschaft, wäre es eigentlich am Zielführendsten, wenn diese Menge einfach reduziert würde. Leider ist das Gegenteil der Fall. Das letzte Jahr ist die Förderung des Öls nochmals um 2,4% grösser geworden. Und da spielt natürlich, das wurde auch gesagt, der Finanzplatz Schweiz eine ganz zentrale Rolle.

Wenn das nicht geht (es ist offensichtlich, dass das nicht geht, diese Höhe zu reduzieren), dann bleibt der mühsame und beschwerliche Weg, den wir jetzt da begehen: Den Ausstoss von Klimagasen beim Verbraucher zu reduzieren. Und damit das in grösserem Massstab möglich ist, müssen eigentlich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen das begünstigen. Und das heisst, dass die externen Kosten internalisiert werden müssen. Das heisst eigentlich, dass auf nationaler und internationaler Ebene eine Lenkungsabgabe auf fossile Energie erhoben werden müsste. CO₂ muss einen Preis haben. CO₂ ist jetzt einfach gratis. CO₂ muss einen Preis haben.

Was wir heute fordern und diskutieren in diesem Saal, sind kleine Projekte auf lokaler Ebene. Aber nur wenn im grösseren Zusammenhang, auf nationaler und internationaler Ebene, die Rahmenbedingungen stimmen, ist es überhaupt erst möglich, dass wir wirksam und in der Schnelligkeit, die eigentlich angemahnt wäre gemäss der Aussagen der Wissenschaft, etwas bewirken können.

Noch zu den Vorstössen, die herumgereicht werden: Wir werden gewisse Vorstösse unterstützen. Wir haben, zusammen mit der GLP, den Grünen, mit der EVP, sieben gemeinsame Vorstösse erarbeitet im Vorfeld. Diese sind dann auch zur bürgerlichen Seite geflossen. Aber wir werden auch gewisse Vorstösse, die wir als Arbeitstherapie für die Verwaltung betrachten, ablehnen.

Ratspräsident A. Geering: Die Fraktionen haben sich geäussert. Wir haben eine persönliche Erklärung von Marc Wackerlin.

M. Wackerlin (PP): Ich äussere mich heute nur ganz kurz. Ich habe mich letztes Mal schon relativ ausführlich geäussert, als wir die Sitzung heute beschossen haben.

Wir haben heute einige ganz gute Voten gehabt, an die ich sicher wieder anknüpfen werde. Von Urs Hofer war eines und ganz besonders natürlich auch das von Simon Büchi. Da gibt es zum Glück gar nicht mehr so viel zu ergänzen.

Auf was ich noch hinweisen möchte: Es gibt da eigentlich 3 Möglichkeiten, wie man auf den Klimawandel reagieren kann. Und ich will da gar nicht bestreiten, dass das Klima menschengemacht ist, sondern ich schaue das so an und reagiere darauf.

Da gibt es die Variante 1, und das ist die schlechteste von allen, Reto: Man verfällt in Panik. Und man verfällt einem Klimapopulismus, wie man da sieht. Und man tut alles, einfach nur, damit etwas gemacht wird. Das kann sehr schlechte Auswirkungen haben. Ich höre mittlerweile Forderungen von Null CO₂ bis irgendwann. Früher hiess es noch 1 Tonne CO₂. Die Schweiz ist bei etwas über 4, 4,5. Ja, ich habe dann mal nachgeschaut, was das heissen würde. Und es gibt auf Wikipedia eine schöne Liste, die Länder nach CO₂-Ausstoss pro Kopf. Da ist die Schweiz übrigens auf dem Platz 59. Für das, das wir wirtschaftlich sehr stark sind und eines der reichsten Länder der Welt, ist das eigentlich eine sehr gute Leistung. Wir sind dort gar nicht sehr weit vorne. Von daher muss man in der Schweiz gar nicht so wahnsinnig viel machen, sondern nur auf dem Weg weitergehen, wie wir ihn gehen. Aber es gibt z.B. auch ein Land, das 1 Tonne CO₂ verbraucht. Dieses Land heisst Nordkorea. Und wenn wir

alle den Wohlstand und eine Gesellschaft haben wollen wie Nordkorea, dann ist das das Ziel, das wir verfolgen müssen. Aber glaubt nicht, dass Ihr Extremmassnahmen gratis bekommt. Mit dem macht Ihr, lieber Sämi, unseren Wohlstand kaputt. Und wenn unser Wohlstand kaputt ist, geht nachher auch die Natur kaputt. Ich habe noch nie auf der Welt gesehen, dass jemand, der am untersten Ende der Wohlstandsskala ist, Zeit und Energie hat, um seine Umwelt zu schützen. Das kommt dann eben relativ spät. Also wenn wir anderen Ländern helfen möchten beim Klimaschutz, dann müssen wir ihnen helfen, zu Wohlstand zu kommen. Dann müssen wir ihnen helfen, den Sozialismus zu überwinden.

Es gibt eine 2. Möglichkeit: Der Mensch ist sehr anpassungsfähig. Der Mensch kann sich dem Klimawandel durchaus anpassen, d.h. wenn sich das Klima verändert, kann man versuchen, um jeden Preis jede Veränderung zu unterdrücken. Man kann aber natürlich auch in die Zukunft schauen und sich an diese Veränderungen anpassen und da entsprechende Massnahmen ergreifen.

Und das führt zum Schritt 3, und das finde ich den intelligentesten Schritt. Und den möchte ich doch auch dringend empfehlen. Das ist der technologische Schritt. Und der hat sehr viel auch mit dem anderen zu tun. Wir können nämlich mit neuen Massnahmen, mit neuen Arten, Energie zu gewinnen, sehr viel sparsamer umgehen. Und da ist es eben meistens nicht hilfreich, wenn sich die Politik einmischt. Die Politik sucht sich dann irgendetwas aus, wie z.B. jetzt brauchen wir alle Elektroautos. Und dann sind alle voll auf Elektroautos und keiner denkt daran, dass die Produktion dieser Batterien eigentlich umwelttechnisch eine Katastrophe ist. Das sollte nicht die Politik machen, sondern wie Urs ganz richtig sagte: Das ist Sache der Industrie. Das ist Sache der Wirtschaft.

Ich komme am Schluss nachher dazu, wie wir die Wirtschaft steuern. Nämlich nicht über die Politik. Nein, ich komme jetzt sogar schon zum Abschluss, nämlich: Die Wirtschaft steuern wir nicht über unseren Stimmzettel. Wir steuern die über den Einkaufszettel. Mit dem, meine Damen und Herren, was Ihr jeden Tag im Laden kauft, entscheidet Ihr, was zu welchen Bedingungen produziert wird. Also nutzt Eure Macht als Konsumenten. Kauft das ein, was Ihr für richtig haltet und steuert so die Wirtschaft. Und stellt nicht Forderungen an die Politik, sondern stellt Forderungen an Euch selber. Schaut, dass Ihr selber Euch so verhaltet, wie Ihr es für richtig haltet. Wenn nämlich die Leute das machen statt einfach die Verantwortung an die Politik abzuschieben, dann kommen wir weiter.

Ratspräsident A. Geering: Eine persönliche Erklärung, Zeno Dähler.

Z. Dähler (EDU): Als EDU-Vertreter möchte ich auch gerne kurz – wirklich kurz – meine Sicht darlegen. Ich danke Sämi Müller von der EVP für sein Votum. Es hat mir voll und ganz aus dem Herzen gesprochen, ich schliesse mich dem an.

Am Schluss hat Marc Wäckerlin aber auch erwähnt, dass es nur funktioniert, wenn unser Wohlstand erhalten bleibt. Auch das ist meine Meinung. Dann können wir uns frei entscheiden, uns einzuschränken oder zu verzichten oder uns zu optimieren im Energieverbrauch. Ich werde deshalb heute Abend v.a. die Vorstösse unterstützen, die sich in diesem Rahmen halten. Lippenbekenntnisse werde ich nicht unterstützen.

Ratspräsident A. Geering: Die Fraktionserklärungen und die persönlichen Erklärungen scheinen sich erschöpft zu haben. Damit geht das Wort an Stadträtin Barbara Günthard-Maier.

Stadträtin B. Günthard: Zuerst auch in meinem Namen und im Namen des Stadtrates besten Dank an alle, dass Sie da sind. Denn es ist ein schönes Bild aus der Sicht des Stadtrates. Der Klimawandel, der Zustand unserer Erde geht uns alle an. Und nur wir gemeinsam können miteinander unsere Zukunft gestalten. In diesem Sinn ist es für mich ein sehr schönes Bild, dass sehr verschiedene Leute, aus der Politik und aus der Zivilgesellschaft und aus der Verwaltung, hier sind, die heute miteinander unseren Beitrag leisten.

Meine Aufgabe, mein Vorhaben ist, ganz kurz einzuordnen, wo wir eigentlich stehen mit unserer gemeinsamen Klimapolitik. Wir haben nämlich schon eine gemeinsame Winterthurer

Klimageschichte, auf die ich gerne ganz kurz den Blick werfen würde, und dann auch noch nur ganz kurz zeigen, wie es aus der Sicht des Stadtrates weitergeht.

Ich denke, zur Geschichte kann ich es ganz kurz machen. Sie alle haben das in verschiedenen Voten gesagt. Es gibt keinen Plan B für die Erde. Es ist unser Vorhaben, eine gesunde, gute, nachhaltige Welt unseren Kindern zu hinterlassen. Da gibt es eine Volksabstimmung aus 2013, bei der die Winterthurer Bevölkerung mit 65% zugestimmt hat, dass wir uns messbare Ziele setzen. Und ich und der Winterthurer Stadtrat sind der Klimajugend und den Gemeinderatskolleginnen und -kollegen, die diese Debatte heute Abend ins Leben gerufen haben, dankbar, dass sie neu für dieses Thema sensibilisieren. Hier sehen Sie die Volksabstimmung 2012/13 (ich bin jetzt gar nicht sicher, ob ich mich vorhin getäuscht habe beim mündlich sprechen). Dort gab es eine Zustimmung zu einem Gegenvorschlag, der diese Ziele, die Sie auf der unteren Zeile sehen, festlegt. Es geht um den primären Energieverbrauch. Das nimmt die Thematik auf, dass wir unseren Gesamtfussabdruck mit unserem eigenen Energieverbrauch der Stadt Winterthur reduzieren wollen. Dieser setzte das Ziel auf 2000-Watt pro Person fest. Dann haben wir das Ziel von den 2 Tonnen CO₂ pro Person und Jahr im 2050. Anschliessend dann 1 Tonne mit verbindlichen Zwischenzielen. Dann wurde beschlossen, dass wir mittelfristig auf Kernenergie verzichten. Und die Zwischenziele, die Zahlen, die wir zwischendurch messen können, sind unten noch aufgeführt.

Es ist mir ganz wichtig, dass wir wissen: Wir haben schon eine gemeinsame Geschichte. Wir haben schon eine gemeinsame Klimageschichte. Wir haben schon Erfolge, die wir erreichen können. Man sieht blau den Absenkpfad, den das Volk beschlossen hat. Und man sieht rot die Ziele, die wir miteinander, als Winterthurer Bevölkerung, schon erreicht haben. Und da sieht man, dass wir den Primärenergieverbrauch um 1/5 reduzieren konnten in der Messperiode, was doch ein schöner und ein relevanter Erfolg ist.

Auch beim Ziel vom Ausstieg aus der Kernenergie sind wir schon ein ganzes Stück weitergekommen, v.a. wegen einer relevanten Massnahme, nämlich der Anpassung von Stadtwerk beim Standard-Strom-Mix. Damit konnte man den Anteil auf 1/3 reduzieren.

Und jetzt kommt die Folie, die am heikelsten ist. Über die wir auch jetzt am meisten sprechen. Bei der wir alle miteinander wissen: Da ist der grösste Handlungsbedarf. Das ist der CO₂-Ausstoss. Das ist der, der eben genau für den Klimawandel verantwortlich ist. Das sieht man: Wir sind zwar unter der Ziellinie, die wir uns vorgenommen haben miteinander. Das ist schön. Aber was uns insbesondere Sorgen macht, ist dass es hier nicht der richtige Trend nach unten ist, sondern dass das eben abflacht. Und was das heisst, das haben verschiedene Vorrednerinnen und Vorredner vorhin schon gesagt. Was das heisst, wenn wir das nicht schaffen, die Klimaerwärmung zu reduzieren, das wissen wir. Dann wird es mehr Hitzesommer geben, es wird mehr Überschwemmungen geben, die Gletscher sind am Schmelzen... Ich glaube, da muss ich nicht mehr Worte dazu verlieren, da haben Sie schon genug dazu gesagt.

Sie haben es gehört: Letzte Woche haben wir kommuniziert, was der Stadtrat vorletzte Woche beschlossen hat: Dass er an diesem Massnahmenplan, der als Basis diese Volksabstimmung hat, weiterarbeiten möchte. Und dass der Stadtrat zwei Zielvarianten mit dem Massnahmenpaket verknüpfen will. Wir wollen einerseits Ihnen, der Politik und der Bevölkerung, aufzeigen können, was für Massnahmen nötig sind, damit wir die vom Volk beschlossenen Ziele, die verbindlichen Ziele erreichen können. Und wir wollen andererseits auch zeigen, welche Massnahmen konkret es in der Realität braucht, damit wir dem Ziel vom Pariser Klima-Übereinkommen, dem Ziel Netto Null bis 2050, wirklich näher kommen. Dann zeigen wir ganz grob auf, was es heissen würde, wenn wir Netto Null bis 2030 miteinander erreichen würden wollen. Weshalb zeigen wir das nur ganz grob? Weil aktuell Stand heute die Fachleute sagen: Das ist einfach nicht realistisch. Deshalb wollen wir unsere Energie in die beiden realistischen Zielvarianten investieren.

Vielleicht noch ganz kurz: Die Massnahmen, der Massnahmenplan, der schon läuft seit 4 Jahren, der umfasst 5 Bereiche, also 5 Handlungsfelder: Siedlung und Gebäude, Energieträger und Energieversorgung, Mobilität, Kommunikation/Sensibilisierung, Kooperation und Massnahmen, die wir in der Stadtverwaltung selber ergreifen können.

Zu jedem dieser Handlungsfelder gibt es verbindliche Massnahmenpläne. Was haben wir gemessen, welche Massnahmen haben wir umgesetzt und wo staut es? Ich nehme jetzt das Beispiel aus Siedlung und Gebäude. Da sieht man, dass wir z.B. ein Förderprogramm haben von Stadtwerk, das funktioniert. Man kann dort Finanzen abholen, wenn man energetisch saniert. Man sieht da auch einen roten Punkt: Das ist die energetische Gebäudesanierung als Sanierungspflicht. Da haben wir als Stadt festgestellt, dass wir da nicht weiterkommen. Da investieren wir wahnsinnig viel Energie und bringen das nicht zum Laufen.

Bei den Energieträgern und der Energieversorgung: ebenfalls ein positives Beispiel und eines, bei dem wir alle wissen, dass es dort noch staut. Wir wissen, Fernwärme konnten wir ausbauen. Aber ein Wärmeverbund, der im Neuwiesen (Aquifer) mussten wir zurückziehen, weil das Projekt nicht mehr passte, weil es wirtschaftlich nicht mehr aufgegangen wäre.

Dann haben wir die Mobilität, das ist eines der herausforderndsten Handlungsfelder, wie ich glaube. Es ist übrigens spannend, dass es Ihnen wohl gleich gegangen ist. Ich habe nämlich, wenn ich richtig gezählt habe, zum Thema Mobilität nur einen Vorstoss gesehen. Das ist eine Herausforderung. Aber auch da sehen Sie, wenn Sie herumfahren: Wir sind am Investieren: In die Verkehrsinfrastruktur (z.B. die Velounterführung am Bahnhof). Die Verkehrsinfrastruktur attraktiv machen für die nachhaltige Mobilität. Und gleichzeitig sind wir daran, das Autofahren weniger attraktiv zu machen (Parkplatzbegrenzungen, Parkplatzgebühren).

Dann zur Kommunikation und Sensibilisierung: Da werde ich Ihnen nachher einen Plan zeigen, eine lange Liste, was die Stadtverwaltung alles macht, wie wir sensibilisieren. Etwas, das mir besonders gefällt, erwähne ich schnell: Das ist die Kampagne Stadtgemüse, die ganz eine einfache Message bringt, die unser Grosi uns auch schon gesagt hat: Iss saisonal und iss regional. Das ist total banal und würde sehr viel CO₂-Ausstoss reduzieren. Und da versuchen wir zu sagen, dass es im Fall auch Spass machen kann und dass es fein sein kann.

Dann haben wir viele Massnahmen bei der Stadtverwaltung. Da vielleicht auch ein Positiv-Beispiel: Wir haben unsere Hausabwarte und -abwartinnen geschult, dass z.B. die Turnhallen nicht die ganze Ferienzeit über durchgeheizt werden, dass man dort hinuntergeht. Was wir aber noch nicht haben, ist ein konsequenter Strombezug nur aus nachhaltigem Strom. Auch aus Preisgründen. Es hat immer beide Seiten.

Jetzt vielleicht einfach zum weiteren Vorgehen - da ist es mir wichtig, nochmals zu platzieren: Der Stadtrat schätzt die Vorstösse, die der Gemeinderat eingebracht hat. Und wir werden versuchen, die Vorstösse, die überwiesen werden, in unseren Massnahmenplan bzw. in die Überarbeitung des Massnahmenplans zu integrieren, dass wir das wirklich gleich aufnehmen und mitziehen können. Und Sie werden nachher von uns Stadträtinnen und Stadträten Empfehlungen (ganz kurz gehalten) bekommen, bei welchem Vorstoss wir dankbar sind, wenn Sie ihn überweisen; wo dass wir aus gewissen Kriterien heraus Vorbehalte haben. Und was man natürlich auch noch wissen muss: Dass man eine Systemgrenze hat. Man kann einen Teil innerhalb der Stadt machen, den man messen kann, aber selbstverständlich produziert man auch CO₂ ausserhalb dieser Systemgrenze. Da einfach das Stichwort Graue Energie oder Konsum/Ernährung, die wir aktuell, mit dem System, das wir haben, noch nicht messen oder noch nicht messen können.

Da vielleicht ganz schnell einen ersten Überblick über Ihre Vorstösse. Sie sehen da, dass wir sie schon zugeordnet haben in unsere Handlungsfelder, die wir haben. Wir haben schon geschaut, wie wir diese mitaufnehmen können. Es hat ungefähr 2 Vorstösse, bei denen es um das Ziel geht, welche Ziele wir setzen. Es hat einen, der ausserhalb dieses Systems ist, das wir jetzt haben. Dann hat es 4-5 zum Thema Energieträger, es hat 5 zur Stadtverwaltung, 1 zu Siedlung und Gebäude, 1 zu Mobilität und 2 zur Kommunikation. Wenn ich das einigermaßen richtig zugeordnet habe.

Vielleicht da auch noch, bevor wir zu den Vorstössen kommen, in einer Grafik transparent gemacht, was für ein Entscheideraster die Stadtverwaltung und der Stadtrat sich zu Grunde gelegt hat, um Ihnen Empfehlungen (ganz kurze, bescheidene Empfehlungen) abzugeben, ob wir finden, dass es gut ist, wenn der Vorstoss überwiesen wird, oder das finde ich etwas, das nicht passt.

Das 1. Kriterium: Hat es rechtlich Bestand? Sind wir der richtige Adressat als Stadtrat oder Stadt Winterthur? Ist er wirklich wirksam (verhindert er wirklich Klimaemissionen)? Stimmen

Aufwand und Ertrag? Kann man es in der nötigen Zeit umsetzen? Ist die Form des Vorstosses richtig? Und dann ganz wichtig, und da werde ich Sie heute Abend noch einige Male darauf aufmerksam machen, ist es ressourcengerecht? Also ist es realistisch, dass wir die Ressourcen bekommen, um die Massnahme umsetzen zu können?

Die lowhanging fruits, das wissen Sie alle, die sind abgeerntet. Jetzt geht es in den Bereich «Ernst der Lage». Wir werden uns committen müssen. Will man sinnvolle Massnahmen umsetzen und sind wir als Stadt Winterthur dann auch bereit, das Geld zu bezahlen für diese Massnahmen?

Und wie gesagt, ich bin schon so eingestiegen. Besten Dank, sind Sie alle da. Es braucht den Beitrag von allen von der Stadt, von Privatpersonen, von Unternehmen, von der Verwaltung, damit wir unsere Ziele erreichen können. Also packen wir es an, so effizient und so energiegeladung und entschieden wie möglich.

Vielleicht noch ganz kurz zu meinem Verhalten oder zum Verhalten des Stadtrates: Ich werde die beiden dringlichen Interpellationen (wenn Ihnen das recht ist), wenn die gerade überwiesen werden heute Abend als dringlich, dann werde ich sie auch aus Effizienzgründen gleich mündlich beantworten. Das braucht heute Abend halt ein bisschen mehr Zeit, aber dann haben Sie uns schon gehört. Und nachher, da spreche ich im Interesse von allen Stadträten, versuchen wir uns bei den Empfehlungen ganz kurz zu halten, damit Sie das Wort haben und es dann allenfalls noch für den Apéro von Katrin Cometta reicht.

Traktandenliste

Ratspräsident A. Geering: Wir kommen zur Traktandenliste. Der Ordnung halber möchte ich darauf hinweisen, dass bei zwei Traktanden das falsche Departement vermerkt ist. Das ist zum einen Traktandum 10, das Postulat 2019.079 «Mehr PV-Anlagen auf privaten und gewerblichen Dächern», das ist nicht dem Departement Bau sondern dem Departement Technische Betriebe zugewiesen.

Das Traktandum 15, das Postulat 2019.075 «Keine Investitionen der Pensionskasse Winterthur in fossile Energien» ist nicht dem Departement Technische Betriebe, sondern dem Departement Kulturelles und Dienste zugewiesen.

Die Reihenfolge der Traktanden würden wir so belassen, wie es ist, auch wenn das andere Departement zugewiesen ist.

Gibt es Wortmeldungen zur Traktandenliste? Dann ist diese Traktandenliste so genehmigt, danke vielmals.

1. Traktandum

GGR-Nr. 2019.68: Dringliche Interpellation R. Heuberger (FDP) und L. Banholzer (EVP) betr. Information der Bevölkerung betr. Auswirkungen des persönlichen Verhaltens auf die Natur

Ratspräsident A. Geering: Bei den dringlichen Interpellationen (wir haben zwei) gehen wir so vor, dass zuerst der Erstunterzeichnende oder die Erstunterzeichnende die Dringlichkeit begründet. Anschliessend wird über die Dringlichkeit abgestimmt. Wenn die Dringlichkeit bestätigt wird, das haben wir gehört, wird der Stadtrat sofort antworten. Und anschliessend an die stadträtliche Antwort würden wir dann in die Debatte einsteigen. Wenn die Dringlichkeit nicht zustande käme, wäre die dringliche Interpellation abgeschrieben.

Dringliche Interpellation betreffend Information der Bevölkerung betreffend Auswirkungen des persönlichen Verhaltens auf die Natur. Romana Heuberger, ich gebe Dir das Wort zur Begründung der Dringlichkeit.

R. Heuberger (FDP): Nach den elementaren Grundsatzklärungen der Fraktionen kommen wir jetzt mit einem Antrag, der fast ein bisschen banal daherkommt, aber mit wenig Zusatzaufwand aus unserer Sicht ganz viel bewegen kann in der Stadt Winterthur.

Die Dringlichkeit dieser Interpellation ergibt sich aus der heutigen Klimasession und den Vorstössen, die wir heute Abend diskutieren werden. Wir sind uns einig, dass Handlungsbedarf besteht. Betreffend Klima haben wir nun folgende Handlungsoptionen, es wurde schon gesagt: Steigerung der Effizienz der Produkte, der elektronischen Geräte, der Mobilität, aber auch erneuerbare Energien mehr einzusetzen. Dort sind die Forschung und Unternehmen gefordert, dass man dort weiterkommt und technische Erfolge erzielen kann. Dort sind ganz viele Freisinnige engagiert.

Wir können die Bevölkerung aber auch überzeugen, das eigene Verhalten eigenverantwortlich zu verändern, mit Argumenten und Anreizen. Und das ist das Ziel des heutigen Vorstosses.

Wir können die Bevölkerung aber auch durch Gesetze zu Verhaltensänderungen zwingen und damit drastische Umerziehungsmassnahmen lancieren. Da wollen wir nicht wirklich dahinterstehen.

Die Voraussetzung dafür, dass die Bevölkerung das persönliche Verhalten eigenverantwortlich verändern kann, ist, dass sie ihre Handlungsoptionen tatsächlich auch kennen. Die Diskussion um die aktuellen Klimademonstrationen hat aber gezeigt, dass genau das nicht der Fall ist. Wer hier drinnen weiss schon, dass wenn man 1 Tonne Elektroschrott nicht produziert, dass man damit den gleichen Umweltnutzen hat wie wenn man 147'000 Kilometer mit dem ÖV, sprich ca. 48x das ganze Netz der Schweizerischen Bundesbahnen abfahren würde? Dieser Effekt ist enorm. Und in Winterthur haben wir ca. 1'700 Tonnen. Ihr könnt Euch ausrechnen: Das ist 80'000x das ganze Schweizer Schienennetz.

Spannend ist, dass im Zuge der Klimaproteste viel mehr Leute damit begonnen haben, solche Informationen zu verbreiten. Dass die Bevölkerung Informationen auch sucht, zeigt eine Aktion von 20-Minuten, bei der im Anschluss an die Klima-Demo in wenigen Stunden über 130 Fragen zum Thema Recycling eingereicht worden sind. Würden die Informationen bei der Bevölkerung nichts mehr wirken, dann würden auch die Klima-Demonstrationen (bei denen wir alle dabei waren, nehme ich an) nichts bewirken. Dass diese aber der beste Beweis dafür sind, dass Informationen aufrütteln können und auch etwas bewegen können, sehen wir heute Abend.

Die Stadt Winterthur hat sehr viele Informationskanäle und Möglichkeiten, die Bevölkerung über die eigenen Handlungsoptionen aufzuklären. Die vorhandenen Informationskanäle sollen aus unserer Sicht systematischer und breiter zur Information der Bevölkerung genutzt werden und es soll auch geprüft werden, ob die Information auch tatsächlich das Ziel erreicht und nicht einfach gemacht wird und dann in der Luft verpufft.

Es wurde vorhin gesagt: Es wird schon sehr viel informiert, insbesondere aus dem Departement Umwelt. Die anderen Departemente haben aber auch ganz viel Funktionen, wo man Handlungsansätze hat. Und wir sind der Meinung, diese müssten mehr handeln. Und da sehen wir wirklich ein grosses Potential, etwas zu verändern in Winterthur.

Wir bitten deshalb die anderen Fraktionen, die Dringlichkeit dieser Interpellation zu unterstützen, damit wir da wirklich einen Schritt vorwärtskommen. Vielen Dank.

Ratspräsident A. Geering: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer die Dringlichkeit unterstützen möchte, soll das zeigen mit Handerheben.

Gegenstimmen?

Damit haben Sie die Dringlichkeit klar abgelehnt.

Die Interpellation ist damit abgeschrieben. Wenn man sie trotzdem laufen lassen möchte, müsstet Ihr es nochmals als normale Interpellation einreichen.

2. Traktandum

GGR-Nr. 2019.69: Dringliche Interpellation M. Nater (GLP), P. Schoch (SP), F. Heer (Grüne), B. Huizinga-Kauer (EVP) und U. Bänziger (FDP) betr. Winterthurer Tag des CO₂ freien Verkehrs oder Winterthurer Klimatag

Ratspräsident A. Geering: Dringliche Interpellation betreffend Winterthurer Tag des CO₂ freien Verkehrs oder Winterthurer Klimatag. Das Wort für die Begründung der Dringlichkeit hat Markus Nater.

M. Nater (GLP): Auch von meiner Seite möchte ich noch danken für das Referat, das wir hatten vor der Gemeinderatssitzung. Das hat auch wieder gezeigt, dass die Mobilität ein grosser Brocken ist. Scheinbar sind 22% auf die Mobilität zurückzuführen. Und was halt auch so ist: Je mehr Geld man verdient, umso mehr reist man. Und diesen Zusammenhang muss man auch ein bisschen sehen. Man muss sich auch für sich selber vorstellen: Wie viel verbrache ich für das Reisen? Wie viele Tonnen CO₂ habe ich? Und v.a. wo sind die wirkungsvollen Massnahmen? Die wirkungsvollen Massnahmen sind z.B. weniger Fliegen. Aber da muss sich jeder selber überlegen, wie es weiter geht. Wie sieht es jetzt aus bei der Stadt? Die Mobilität ist gemäss Controllingbericht zum Energiekonzept für fast die Hälfte des CO₂-Ausstosses in Winterthur zuständig. Gleichzeitig steigen seit 2008 die Treibhausgasemissionen bei der Mobilität in der Stadt Winterthur und auch beim Strom steigt das an. Also da muss der Stadtrat so schnell wie möglich handeln. D.h. wenn wir diese CO₂-Ziele erreichen wollen, müssen wir bei den grössten Verursachern der CO₂-Emissionen schnellstmöglichst Massnahmen ergreifen. Das ist aber nur möglich, wenn der Stadtrat eine aktive Rolle übernimmt und v.a. auch die Bevölkerung einbezieht. Wir brauchen die Unterstützung in der Bevölkerung für alternative Mobilitätsformen und neue Techniken, damit ein CO₂-freier Verkehr resultiert werden kann. D.h. der Stadtrat muss jetzt bei der Mobilität den Steuersitz übernehmen, muss jetzt die Bevölkerung einbeziehen, muss jetzt Massnahmen (und zwar wirkungsvolle Massnahmen) einleiten - wie z.B. ein Tag mit kostenfreier Benutzung der Busse in der Stadt Winterthur – um die Basis für den Umstieg auf eine ökologische Mobilität zu schaffen. Wegen dieser Dringlichkeit bitte ich Euch, dass Ihr diese Dringlichkeit entsprechend unterstützt.

Ratspräsident A. Geering: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer die Dringlichkeit unterstützen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben.

Gibt s Gegenstimmen? Enthaltungen?

Dann ist diese dringliche Interpellation mit grosser Mehrheit dringlich erklärt. Das Wort geht an den Stadtrat für die mündliche Antwort.

Stadträtin B. Günthard: Ich mache es so kurz und so präzise wie möglich. Besten Dank für diese dringliche Interpellation und ich kann Ihnen sagen, dass der Stadtrat die Idee des klima-/CO₂-freien Verkehrstag eine gute Idee findet. Ich habe es vorher gesagt: Der Verkehr ist eines der Haupthandlungsfelder, eines der herausforderndsten Handlungsfelder, bei denen wir noch aktiv sein müssen. Das ist das Erste.

Und das Zweite: Es ist tatsächlich so, wir müssen alle miteinander auf den Weg. Es braucht die ganze Bevölkerung und d.h. es braucht eine Sensibilisierung. Und ein solcher Tag mit einem Symbolcharakter kann sensibilisieren für das. Allenfalls kann das auch aufzeigen, was es für eine Lebensqualität es ist, wenn es da oder dort auf Quartierstrassen mal keine Autos hat. Das ist sicher ein gutes Mittel.

Ein ganz autofreier Sonntag, wie wir das früher einmal hatten, könnten wir in Winterthur nicht beschliessen. Was wir in Winterthur machen können, ist zu schauen, dass wir die Quartierstrassen an einem gewissen Tag autofrei haben.

Was sicher nicht geht bzw. nicht mehr in unserer Kompetenz ist, ist das mit dem Gratis-ÖV. Das ist die Kompetenz des ZVV, vom Verkehrsrat. Da müssten Sie auf der kantonalen Ebene aktiv werden, wenn Sie das erreichen wollen.

Und zuletzt die Rolle, die Lead-Funktion der Stadt, der Stadtverwaltung, des Stadtrates: Da ist für uns vom Stadtrat heute die Frage noch offen, ob es zwingend so ist, dass die Stadt, die Stadtverwaltung den Lead übernimmt, oder ob man da auch in eine gute und konstruktive Kooperation einsteigt oder diese weiterpflegt, wie man das schon hat. Wir haben schon viele verschiedene Ideen. Die Idee vom Tag vom Velofrühling nehmen wir sehr offen auf, das finden wir eine gute Idee. Und ich gehe davon aus (so wie ich das mit Josef Hunkeler heute besprochen habe - der Bereichsleiter ist dort hinten), dass wir mit guten Ideen auf Sie zukommen werden. Wir haben aber gar nichts dagegen, wenn auch Ideen von Ihnen und von privaten Engagierten kommen.

Das ganz knapp. Jetzt habe ich fast den Eindruck, ich habe alle Fragen gesteuert.

Ratspräsident A. Geering: Wir kommen zur Debatte der Antwort. Markus Nater.

M. Nater (GLP): Vielen Dank für die Antworten. Ich sehe, dass es in die gute Richtung geht. Und was ich ein bisschen herausgehört habe, ist dass es diesen Klimatag gibt und wir dann wirklich an diesem Klimatag auch entsprechend das Thema verstärkt behandeln können. Auch dass der Stadtrat erkannt hat, dass die Mobilität einer der wichtigsten Punkte ist für uns alle, die Information zur Mobilität, das finde ich sehr positiv. Und da zeigt sich auch, dass der Stadtrat auch auf diesem Feld immer mehr Ambitionen hat.

Ich denke, was wir noch stärker machen müssen, ist die Bevölkerung miteinbeziehen. Wir müssen die Informationen stärken, nicht nur an diesem Tag, sondern auch sonst. Da schaue ich auch ein bisschen die Medien an. Dass wirklich diese Informationen dann auch weitergeleitet werden. Denn es geht wirklich darum, dass jeder auch für sich selber sieht, was er machen kann. Und die Stadt mit Leitplanken unterstützen kann.

Das mit den Bussen, da muss ich sagen, ja, man kann natürlich über den Kantonsrat gehen. Es wäre aber gut, wenn die Stadt einfach mal anfragen würde, ob es die Möglichkeit geben würde, mit den Bussen mal einen Tag frei herumzufahren. Gerade wenn es nachher einen solchen Klimatag gibt. Und wenn der ZVV kategorisch sagt, das ist nicht möglich, kann man es immer noch über den Kanton machen. Wir haben ja auch dort sehr gute Vertreter, die das wahrscheinlich sehr gerne mitnehmen.

Von daher vielen Dank für die Beantwortung. Das fängt gut an, diese Klimadiskussion. Herzlichen Dank.

P. Schoch (SP): Die SP-Fraktion dankt herzlich für diese Antwort. Es ist für uns klar, dass Winterthur noch weit entfernt ist von den Klimazielen. Rund die Hälfte des gemessenen CO₂-Ausstosses in Winterthur pro Person und Jahr ist auf den Verkehr zurückzuführen. Und statt einer Reduktion steigt dieser Wert des Verkehrs im Moment tendenziell immer mehr. Und da ist tatsächlich Sensibilisierung und Handlungsbedarf gefragt, um die gesteckten Ziele einer CO₂-Reduktion auch erreichen zu können.

Einerseits muss die Stadt den ÖV und den Langsamverkehr klar fördern. Und andererseits die Sensibilisierung der Bevölkerung in diesem Mobilitätsthema klar vorantreiben. Und da möchten auch wir ganz herzlich für diese Antwort danken, die doch sehr auf unsere Fragen eingegangen ist.

Und wir freuen uns eigentlich schon auf diesen Tag vom CO₂-freien Verkehr.

Was mir noch nicht ganz klar geworden ist aus der Antwort, ist das mit dem Lead. Wer genau den Lead übernimmt, da würden wir uns noch ein bisschen mehr proaktives Vorgehen vom Stadtrat wünschen. Und sonst bleiben wir sicher am Ball. Danke vielmal.

F. Heer (Grüne/AL): Ich wiederhole nicht, was Pia Schoch bereits gesagt hat. Eine einzige Idee, die nicht in der Interpellation ist, würde ich gerne einwerfen: Vielleicht wäre das der Tag, an dem man die nächste Klimasitzung machen könnte, an diesem Klimatag. Denn es ist uns allen klar: Mit diesem Abend haben wir etwas angestossen, aber es wird nicht das Ende sein.

B. Huizinga (EVP): Im Energiekonzept 2050 der Stadt sind Massnahmen gefordert, welche die Bevölkerung über den CO₂-Ausstoss von ihrem Mobilitätsverhalten sensibilisieren soll. Die Schaffung dieses Klimatages, den es jetzt dann geben wird, und die vorgeschlagenen Aktionen, die in der Interpellation stehen (und es wird sicher noch ganz viele andere dazu geben), da gibt es dann einen verbindlichen, jährlich wiederkehrenden Rahmen, in dem wir eben – jedes Jahr – diese Klimasitzung machen können.

Uns interessiert als EVP-Fraktion, mit welchen Kosten ein solcher Gratis-ÖV-Tag verbunden wäre. Und wäre es erlaubt, an einem solchen Tag im Gegenzug die Parkplätze doppelt so teuer zu bewirtschaften? Ist es möglich, mit anderen Städten, welche auch solche Tage andenken, dann Synergien zu nutzen?

Für uns ist das ein überzeugender Ansatz, um die CO₂-freie Fortbewegung zu fördern. Und wir sind deshalb sehr dankbar um die Antwort.

U. Bänziger (FDP): Der verkehrsbedingte CO₂-Anteil in Winterthur ist sehr wesentlich. Von daher begrüssen wir natürlich auch Massnahmen zur Sensibilisierung der Bevölkerung. Das ist unbedingt notwendig.

Ein CO₂-freier Tag immerhin in den Quartieren ist ein gutes Mittel, das viele Menschen erreichen wird. Und auch wenn es nicht ganz ein autofreier Sonntag von 1973 wird, möchte ich doch gerne bitten, Ihnen eine kleine Aufzeichnung aus dem SRF-Archiv zu zeigen. Es kann durchaus auch lustvoll empfunden werden, eine solche Massnahme zu unterstützen.

Video: Autofreier Sonntag (1973) | SRF Archiv

M. Wackerlin (PP): Vielen Dank, liebe Stadträtin, für die Antwort. Aber die Antwort zeigt mir ganz klar: Wir sind bei der Symbolpolitik angelangt. Da geht es nicht mehr um Sache und Inhalt. Und die Interpellanten haben sich offensichtlich auch schlecht informiert und keine Ahnung, wer für unseren öffentlichen Verkehr zuständig ist. Schlecht informiert haben sie sich auch noch in anderer Hinsicht, weil elektrische Fahrzeuge sind natürlich kein CO₂-freier Verkehr. Irgendwie muss der Strom in die Batterie hineinkommen, irgendwie muss das Auto hierhinkommen, irgendwie usw. CO₂-freier Verkehr wäre ausschliesslich zu Fuss, nicht mal mit dem Velo. Allenfalls vielleicht noch mit dem Pferd, wobei man dann halt auch wieder die Infrastruktur für das Pferd berücksichtigen müsste, wenn man ehrlich wäre. Also CO₂-freien Verkehr gibt es eigentlich praktisch gar nicht.

Dass wir jetzt wirklich bei den dummen Ideen angelangt sind, zeigt dann das, was Barbara Huizinga noch gesagt hat, dass man einen doppelten Preis für Parkuhren verlangen könnte. Ich glaube, jeder hier drinnen weiss, was das für ein logistischer Aufwand wäre, wenn man überall, bei allen Parkuhren das umzustellen. Wahrscheinlich müsste man sie nicht nur umprogrammieren, wahrscheinlich müsste man sogar eine neue Parkuhr installieren mit einem CO₂-Ausstoss, der absolut unverhältnismässig wäre.

Ratspräsident A. Geering: Damit ist diese dringliche Interpellation diskutiert. Und wenn die Stadträtin Barbara Günthard-Maier das Wort nochmals wünscht?

Stadträtin B. Günthard: Ich kann einen Fakt, den ich vorhin unterschlagen habe, noch weitergeben an Barbara: Es würde 250'000 Fr. pro Ausfalltag kosten, wenn man den ZVV dazu bringen würde, gratis zu fahren. Wir müssten sie dann entschädigen und dann wäre das ungefähr diese Zahl, mit der man rechnen müsste.

Ratspräsident A. Geering: Damit ist diese dringliche Interpellation erledigt und abgeschlossen.

3. Traktandum

GGR-Nr. 2019.70: Begründung des Postulats N. Wenger (Grüne), P. Schoch (SP), U. Glättli (GLP) und S. Müller (EVP) betr. Klimanotstand – auch in Winterthur

Ratspräsident A. Geering: Ich möchte einleitend für alle Postulate und Motionen, die wir heute Abend behandeln, das Vorgehen nochmals erläutern. Zum Teil sind mir bereits Ablehnungsanträge gemeldet worden. Wo es keine Ablehnungsanträge gibt, sind die Vorstösse nach der Begründung des Erstunterzeichnenden ohne Eintrittsdebatte – allenfalls mit dem Wort des Stadtrates – überwiesen. Eine Diskussion findet nur statt, wenn ein Ablehnungsantrag vorhanden ist.

Begründung des Postulats betreffend Klimanotstand – auch in Winterthur. Das Wort hat Nina Wenger.

N. Wenger (Grüne/AL): Am 27. Februar 2019 ruft die Gemeinde Liestal den Klimanotstand aus. Am 28. März 2019 ruft die Gemeinde Olten den Klimanotstand aus. Am 8. April 2019 ruft die Gemeinde Uster den Klimanotstand aus. Am 16. April folgt die Gemeinde Bülach und am 16. Mai folgen Genf und Wil. Im gleichen Zeitraum wurde der Klimanotstand auch 7 Mal auf kantonaler Ebene anerkannt.

Heute stimmen wir in Winterthur darüber ab.

Seit dem letzten Dezember sprechen alle darüber: Klimabewegung. Die keineswegs eine reine SchülerInnen-Bewegung ist. Es ist eine Bewegung, die von Alten und Jungen getragen wird. Weil die Lage ist ernst und wir haben keine Zeit mehr.

Wir sind laut auf den Strassen, wir sind präsent in den Medien. Wir wollen nicht, dass es weitergeht wie bisher. Weil wenn wir so weitermachen, dann haben wir ein Problem. Und dann, liebe KollegInnen, die noch immer so tun, als gäbe es die Klimakrise nicht, die sagen, sie sei nicht menschengemacht, oder einfach immer noch nicht verstehen wollen, dass es wirklich brennt - was sagt Ihr dann Euren Kindern und Enkeln, wenn die einmal fragen, wie es so weit kommen konnte?

Der IPCC-Bericht von Paris hat gezeigt: Jetzt muss etwas passieren. Die Schweiz geht das Risiko ein, das globale Klimaziel von einer maximalen Erderwärmung von 1,5° zu verpassen. Deshalb erfordert die jetzige Extremsituation schnelles Handeln.

Mit dem Annehmen des Klimanotstandes zeigen wir, dass die Stadt Winterthur das Thema als dringend erachtet und sich für die Priorisierung von Massnahmen, um diese Klimakrise zu bekämpfen, einsetzt. Zusätzlich wird mit dem Klimanotstand gegenüber der Bevölkerung klar signalisiert, wie gross der Handlungsbedarf ist. Und dass die Stadt als gutes Beispiel vorangeht. Damit wird nicht zuletzt auch nochmals an die Eigenverantwortung appelliert.

Allerdings ist es in diesem Fall eben nicht mit Eigenverantwortung getan. Alle politischen AkteureInnen müssen aktiv werden und versuchen, die grösste Krise, die der Menschheit je begegnet ist, abzuwenden. *(Applaus)*

Ratspräsident A. Geering: Wir akzeptieren diese Kärtchen und sehen vom Klatschen ab, danke vielmals.

Dann ist ein Ablehnungsantrag von Simon Büchi vorliegend.

S. Büchi (SVP): Die SVP-Fraktion und der Pirat stellen einen Ablehnungsantrag. Klimanotstand – was heisst das überhaupt? Es ist jetzt ein bisschen angetönt worden. Im Grund genommen ist das ein Symbolbegriff und ein Symbolvorstoss.

Wobei das Wort erinnert natürlich schon an Notrecht. Und Notrecht wird immer dann angewendet, wenn man die demokratischen Prozesse aushebeln will. Und für das haben wir genügend Beispiele, auch in der Schweiz, auf nationaler Ebene. Nein, Notstand ist etwas

Brandgefährliches und erinnert eben daran, dass man irgendwann zum Notrecht übergehen will.

Ein Gedanke, ein hypothetischer Gedanke, das ist wichtig: Ich habe mir überlegt, wenn ich Kommunist wäre und daran denken würde, den demokratischen Staat auszuhebeln, dann wäre das jetzt wahrscheinlich der richtige Pfad.

Die Klimadebatte bietet die Grundlage für derart viele absurde Ideen - und der Notstand ist aus meiner Sicht der gefährlichste. Auch wenn es nur ein Symbol ist, wie gesagt, aber irgendwann wird man sagen, im Grunde genommen hat man demokratisch beschlossen, dass man den Notstand will. Also können wir auch Notrecht machen, dann können wir diese Zwangsmassnahmen einführen. Und das ist genau das Gefährliche und genau dort hebelt man dann den demokratischen Prozess aus.

Wir sind bereit von SVP-Seite, wir zeigen das heute Abend auch, über Klimavorstösse ernsthaft und gründlich zu diskutieren. Aber das ist ein Vorstoss, der grundsätzlich das Falsche sagt.

Jawohl, Klima ist eine wichtige Frage. Aber noch wichtiger oder mindestens gleich wichtig ist, dass wir für unsere demokratische Ordnung eintreten. Und einen Notstand sollte man nicht einfach so ausrufen! Wie gesagt: Erinnert an Notrecht und deshalb stellen wir den Ablehnungsantrag.

U. Glättli (GLP): Als offensichtlicher Kommunist habe ich heute ein rotes T-shirt und grüne Hosen angezogen... Also pfui.

Im Ernst. Mit dem Postulat „Klimanotstand – auch in Winterthur“ soll vom Stadtrat geprüft werden, ob auch hier der Klimanotstand zu proklamieren sei. Damit würde ein Zeichen gesetzt, dass der Stadtrat eine Priorisierung von politischen Massnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels auf allen politischen Ebenen für notwendig und dringend hält.

Dieses Anliegen ist 30 Jahre alt meine lieben Gemeinderätinnen und Gemeinderäte. Seit 1990 ist klar: Für die Abwendung eines Klimanotstands ist v.a. die Politik gefordert. Als Umweltwissenschaftler der ersten Stunde ist mir diese Botschaft durchaus bekannt.

Die Politik ist nicht nur gefordert, sie ist überfordert. Wenn die Politik nach 30 Jahren immer noch fast am selben Punkt steht wie damals, sich die Problemlage seither aber nicht verbessert, sondern verschlechtert hat, dann ist es nun höchste Zeit, auf allen politischen Ebenen ein starkes Zeichen zu setzen: Das ist die Ausrufung des Klimanotstands – auch in Winterthur! Klimaveränderung findet statt – 30 Jahre politisches Aussitzen schreit förmlich nach Klimanotstand! Die Grünliberalen sind eine junge, progressive und zukunftsgerichtete Partei. Bei uns wird die Jugend gehört. Bei uns stossen neue Ideen zur Lösung grosser Probleme auf grünliberale und offene Ohren. Wir hören Euch - und wir rufen mit Euch!

Dabei müssen wir die Welt nicht neu erfinden. Es wird auch in hundert Jahren noch an einer rechtswirksamen globalen Staatengemeinschaft mangeln. Nach wie vor laufen in hochentwickelten Staaten wie Deutschland – treu der SPD-Klientelpolitik – Kohlekraftwerke. Hier in der Schweiz gibt es – treu der FDP-Klientelpolitik in Bundesbern – nach wie vor keine CO₂-Lenkungsabgaben auf Treibstoffen und Kerosin. Felix Landolt hat es auch schon gesagt.

Hier in Winterthur müssen wir uns selber an der Nase nehmen:

Wie viele der Vorstösse heute reduzieren tatsächlich Treibhausgase? Da ist die GLP-Motion für 0-Tonnen CO₂ bis 2050 eine der löblichen Ausnahmen! Alles andere sind leider bloss Prüfungsaufträge. Im Übrigen herrscht eher auch da: „Notstand“ und zwar: „politischer Klimanotstand“!

Und wir wissen es schon: Die besonders betroffenen Departemente DSU und DTB glänzen nicht wirklich mit Taten, sie glänzen mit Worten: Die departementseigenen Heere von Kommunikatoren wurden in Stellung gebracht. Seitenlange Interviews im Landboten verkünden das Blaue vom Himmel. Wir wollen aber konkrete Vorlagen statt leere Konzepte, Statusberichte und schönfärberische Selbstdarstellungen. Wer hat den Wärmeverbund Aquifer sistiert? Wo bleibt die versprochene Vorlage? Wieso braucht das so lange?

Die Ausrufung des Klimanotstands ist die passende politische Kommunikation – es ist die Quittung für das jahrelange Wenig- bis Nichtstun! Nehmen wir die Stimme der bewegten Jugend auf und rufen ihn aus – den Klimanotstand – auch in Winterthur! Merci.

S. Müller (EVP): Auch wir von der EVP unterstützen die Ausrufung des Klimanotstandes. Wir sind der Meinung, den braucht es auch in Winterthur. Was wir damit bewirken, ist nicht einfach nur eine Symbolpolitik, wie das vorhin ein bisschen angetönt wurde, sondern es geht eigentlich um die Änderung der Begrifflichkeit. Wir sprechen mehrheitlich von Klimawandel. Ein kleines Beispiel: Wandel ist etwas, bei dem man sich eine Umgestaltung oder eine Veränderung oder eine Entwicklung wünscht. Aber das hat dann nicht so viele Konsequenzen. Ein Notstand ist ganz eine andere Kategorie. Wenn ich zum Beispiel nicht so zufrieden bin mit meinem Body-Mass-Index, dann kann ich mir gewisse Vorsätze nehmen und diesen Wandel herbeiführen. Manchmal verfolge ich das dann mit mehr und manchmal mit weniger Hartnäckigkeit. Eine ganz andere Situation ist es aber, wenn ich zum Arzt gehe, Atemnot und Schwellungen habe. Es kommt heraus, dass ich eine Sellerie-Allergie habe. Dann gehe ich heim und verzichte um jeden Preis auf Produkte mit Sellerie. Weil ich weiss, es löst einen Notstand aus.

Das ist dann ein ganz anderes Umgehen mit Veränderung, mit etwas, das man wahrnimmt und vielleicht nicht ganz zufrieden ist. Darum sind wir eigentlich voll dafür, dass wir auch hier in Winterthur den Klimanotstand ausrufen. Und dass wir mit dem sagen: Wir sind uns bewusst – wie bei der Sellerieallergie (und es ist schwierig, auf Produkte mit Sellerie zu verzichten) – und wir wollen alles daran setzen, um diese rote Linie ja nicht zu überschreiten.

Das ist eine ganz andere Basis, als wenn wir weiterhin – gerade im Politischen – vom Klimawandel spricht, den man ein bisschen so oder so sehen kann und manchmal etwas weniger hartnäckig verfolgt und manchmal ein bisschen hartnäckiger.

Wir von der EVP sind uns der roten Linie bewusst. Wir wollen diese nicht überschreiten .

I. Kuster (CVP/EDU): Die CVP hat das Thema Klima in der DNA und setzt sich seit Jahren für die Bewahrung der Umwelt ein. Wir führen die Grüne Politik (das G) nicht im Namen, aber sehr wohl in unserem Handeln.

Als der Nationalrat im Dezember 2018 das CO₂-Gesetz behandelt hat, wurde die Vorlage von verschiedener Seite soweit verwässert, dass das CO₂-Gesetz zum Schluss von SVP und SP versenkt wurde. Viele Menschen und auch die CVP staunten und haben es mit Unverständnis zur Kenntnis genommen.

Das Postulat verlangt jetzt die Ausrufung des Notstands. Aber am Faktum, dass sich das Klima wandelt, hat sich in den letzten Monaten nichts schlagartig geändert. Wir haben die Entwicklung gesehen, vorher. Was die Ausrufung des Notstands heute rechtfertigen würde. Im Kanton wurde der Vorstoss betreffend Klimanotstand im Februar eingereicht – in Winterthur am 24. Juni 2019. Was sich seit anfangs Jahr verändert hat, sind die «Klimastreiks» und das mediale Interesse.

Die Diskussionen zum Notstand im Kanton Zürich und der Stadt Zürich deuten klar auf eine reine Symbolpolitik hin. Alle sind sich aus meiner Sicht im Klaren: Die Ausrufung des Notstands ändert nichts an der Situation – weder am CO₂-Ausstoss noch am Klima.

Mit dem Postulat wird gemäss geltender Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderats Art. 71 bezweckt, dass der Stadtrat innert 12 Monaten einen Bericht zu machen hat. D.h. es werden so Ressourcen gebunden, die dann für anderes fehlen. Wenn Notstand bestehen würde, wäre dies immer noch eine viel zu lange Zeit.

Positiv zur Kenntnis nehmen wir, dass sich die Postulanten bewusst sind, dass das Thema Klima und CO₂ auch in einem grösseren Kontext gesehen werden muss und nationale und internationale Massnahmen gefordert sind. Allerdings sehen wir als CVP/EDU wenig Einflussmöglichkeiten des Stadtrates auf nationale oder sogar internationale Massnahmen – ausser das, was wir in unserem Postulat Klimapartnerschaft anregen (und eigentlich müsste alle, die den Klimanotstand verlangen, auch unser Postulat unterstützen).

Wir von der CVP wollen keine Symbolpolitik und kein Aktionismus – wir bieten Hand für eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den bereits definierten Zielen und zu konkreten Massnahmen. Wir wollen Massnahmen, die greifen und die sowohl sozial, wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll und vertretbar sind.

Und deshalb unterstützen wir den Notstand nicht.

M. Wackerlin (PP): Wir haben es schon gehört: Mit einem Notrecht wollen eigentlich so kleine Möchtegern-Tyrannen das Recht und die Demokratie ausser Kraft setzen. So etwas kann man natürlich nicht dulden. Mittlerweile ist der Klimapopulismus die grösste Gefahr für unsere Freiheit und unseren Wohlstand geworden. Meiner Meinung nach noch die grössere Gefahr als die Anti-Terror-Massnahmen.

Aber jetzt haben wir hier zum Glück wieder einmal nur eine reine Symbolpolitik. Mittlerweile sind wir wirklich ganz bei der linken Warte angelangt.

Man wird das Postulat überweisen, die Mehrheit wird das machen, und der Stadtrat, das wissen wir jetzt schon, wird nichts anderes sagen können als: Es geht nicht.

Und damit ist dieser Chabis auch wieder vorbei.

Ich meine, wenn schon Massnahmen, dann bitte vernünftige, rationale und wirksame. Und nicht irgendein populistischer Schwachsinn, nur weil es eindringlich gefordert wird.

Das Ja zum Klimanotstand ist eine Bankrotterklärung des Gemeinderates.

P. Schoch (SP): Wir halten heute diese Klima-Sondersitzung, weil es sich bei der Klimathematik um eine ausserordentliche, um eine dringliche Sache handelt. Ich muss es nicht mehr ausführen, wir haben es heute bereits gehört: Wenn wir eine ökologische und folglich auch eine humanitäre Krise abwenden wollen, müssen wir handeln und zwar jetzt. Der Klimawandel ist keine Verschwörungstheorie, Marc, auch kein Klimapopulismus und auch keine Wahlkampfstrategie – es wäre ja schön, wenn es nur das wäre – er ist eine bereits eintretende globale Veränderung, die uns in eine Krise führt, wenn wir nicht reagieren.

Mit dem Ausrufen des Klimanotstands zeigen wir, dass die Winterthurer Politik den Klimawandel als eine drohende Krise anerkennt und bereit ist, im auf lokaler Ebene zur Verfügung stehenden Spielraum konsequent zu nutzen und zu handeln. Weiter fordern wir damit die Stadtregierung dazu auf, innerhalb von ihren Möglichkeiten aktiv zu werden und somit auch als Beispiel, das hat Nina vorhin schon gesagt, für die Bevölkerung, aber auch als Beispiel für weitere politische Gremien voran zu gehen. Gerade in der Vorbereitung auf die heutige Sitzung ist noch einmal klar geworden, dass der Handlungsspielraum auf lokaler Ebene auch einfach begrenzt ist. Der Handlungsbedarf geht über die Stadtgrenze hinaus. Das Problem ist komplex. Wir brauchen ein Umdenken in der Gesellschaft und in Politik. Wir brauchen die Bevölkerung und wir brauchen alle politischen Ebenen und ihre Bereitschaft, die Klimaziele konsequent umzusetzen. Nur wenn alle die Dringlichkeit anerkennen und entsprechend handeln, nützt das Handeln der einzelnen Ebenen und Personen überhaupt.

Für die SP-Fraktion ist klar, dass eben darum die durchaus symbolische Komponente der Ausrufung des Klimanotstands in diesem Fall wichtig ist. Mit der Ausrufung des Klimanotstands unterstützen wir auch alle, die bereits reagieren und fordern weitere politische Gremien, wirtschaftliche und gesellschaftliche Akteure und Individuen auf, mitzuziehen und zu handeln. Und gerade das ist bei diesem dringenden und komplexen Problem zentral.

Die SP-Fraktion hofft, dass auch die anderen Fraktionen sich hinter diesen Aufruf stellen und den Klimanotstand ausrufen. Und auch der Stadtrat da mitzieht. Der Klimaherausforderung sind wir nur durch konsequentes und gemeinsames Handeln gewachsen.

F. Helg (FDP): Von Notstand zu sprechen liegt im Trend. Aber die Häufigkeit, mit der das Wort Notstand oder Klimanotstand verwendet wird, ist umgekehrt proportional mit der Klarheit, was mit diesem Notstand genau bezweckt werden soll.

Jedenfalls in rechtlicher Hinsicht liegt kein Notstand vor, weil ein solcher sich auf schwerwiegende Störung und unmittelbare Bedrohung der öffentlichen Sicherheit bezieht. Und weil dann, jedenfalls im Kanton Zürich, der Regierungsrat gegebenenfalls zum Handeln verpflichtet wäre.

Es ist deshalb davon auszugehen, dass die Postulantinnen und Postulanten, hinter denen auch ein juristischer Sachverstand steht, einen solchen rechtlichen Notstand gar nicht anstreben.

Dann ist es umgekehrt ein blosses politisches Symbol. Und das ist entlarvend auch aus den Voten von Urs Glättli und auch Pia Schoch herausgekommen, die sagten, es gehe einfach darum, ein Zeichen zu setzen.

Heute können wir aber feststellen, dass die meisten Ratsmitglieder die Meinung teilen, dass der Klimawandel ein dringendes Problem ist. Deshalb haben wir heute auch diese Debatte und 45 Ratsmitglieder haben ja diese Debatte angeregt. Die Dringlichkeit kommt an sich gerade heute, in dieser heutigen Debatte, zum Ausdruck, bei der wir in einer demokratischen Beratung eine Ausmarchung über verschiedene Vorschläge zu diesem Thema entscheiden und befinden.

Im politischen Symbol kann man allenfalls versuchen, Wahlkampf zu betreiben, aber man löst keine Probleme. V.a. würde mit einem Ja zu diesem Postulat jetzt kein Notstand ausgerufen. Es gibt auch keinen Notstand. Sondern es wird nur ein Bericht eingefordert, in dem der Stadtrat sich zu diesem Thema innert Jahresfrist äussern muss. Deshalb schliessen wir uns diesem Postulat nicht an.

Stadträtin B. Günthard: Der Stadtrat ist offen, dieses Postulat entgegenzunehmen. Und zwar so, wie es mehrere von Ihnen gesagt haben: Auf der symbolischen Ebene und im Sinn vom Ausdruck und vom Einverständnis, dass wir dringenden Handlungsbedarf haben. Aber nicht im juristischen oder rechtlichen Sinn. Nicht in dem Sinn, wie es in der Kantonsverfassung im Artikel 72 steht, wo der Notstand (Felix Helg hat das vorhin wörtlich zitiert) definiert ist. Da müsste eine unmittelbare Bedrohung der öffentlichen Sicherheit sein. Ich gehe auch davon aus, wenn die Regierung auf kantonaler Ebene wirklich so steuern würde, wie wir uns noch verhalten dürfen, dann würde das tendenziell einen Gegendruck gegen diese Bewegung aufbauen.

In dem Sinn: In symbolischer Art und Weise sehr gerne, nicht in juristischer Hinsicht.

Ratspräsident A. Geering: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Postulat überweisen möchte, möge das bezeugen durch Handerheben.

Gegenstimmen? Enthaltungen?

Das ist mit einer klaren Mehrheit überwiesen.

4. Traktandum

GGR-Nr. 2019.72: Begründung des Postulats I. Kuster (CVP), B. Zäch (SP), M. Zehnder (GLP) und R. Diener (Grüne) betr. Nettoüberschuss aus Parkgebühren zur Förderung des ÖV für die Winterthurer Bevölkerung

Ratspräsident A. Geering: Begründung des Postulats betreffend Nettoüberschuss aus Parkgebühren zur Förderung des ÖV für die Winterthurer Bevölkerung. Das Wort hat Iris Kuster.

I. Kuster (CVP/EDU): Wir haben hier eine Klimadebatte. Die CVP will, wie schon einmal ausgeführt, keine Symbolpolitik, sondern konkrete und machbare Massnahmen zur Reduktion des CO₂-Ausstosses. Massnahmen, über welche wir in Winterthur selber entscheiden und umsetzen können. Die städtischen Parkhäuser sind rentabel und in den letzten Jahren wurden substanzielle Betriebsreserven aufgebaut. Parkhäuser sind für die Stadt wichtig, denn sie werden von Leuten gebraucht, die in Winterthur entweder arbeiten oder einkaufen. Und beides brauchen wir.

Die CVP ist aber damit einverstanden, dass neben den Gebäuden auch der Verkehr seinen Beitrag zur Reduktion des CO₂-Ausstosses leisten muss. Wir glauben, durch attraktive ÖV-Angebote können Anreize geschaffen werden, das Auto weniger zu benutzen. Wir fordern deshalb, dass die heute bestehenden Betriebsreserven bei den städtischen Parkhäusern und zukünftige Nettogewinne gezielt genutzt werden, um attraktive ÖV-Projekte zu finanzieren. Ich habe mich über die breite Unterstützung unserer Idee sehr gefreut und wir danken dafür.

Wir haben uns in intensiven Diskussionen darauf geeinigt, dem Stadtrat einen möglichst grossen Spielraum einzuräumen, wie er die Gelder für die Förderung des ÖVs einsetzen möchte. Wir von der CVP/EDU können uns zum Beispiel gut vorstellen, dass der ÖV einen Tag lang gratis benutzt werden kann oder dass der Nachtzuschlag an einem Stadt- oder Quartierfest erlassen werden kann oder auch eine Anschubfinanzierung für einen Bus zum beliebten Bruderhaus.

Und wir verstehen unser Postulat auf keinen Fall als Blankocheck für Parkgebührenerhöhung – im Gegenteil.

Unser Ziel ist, die Winterthurer Bevölkerung wird mit Goodies zum Benutzen der ÖV motiviert. Und dass sie so dabei hoffentlich entdeckt, dass das Benutzen vom ÖV zumindest bei bestimmten Gelegenheiten (Albanifest, Afro-Pfingsten, Musikfestwochen etc.) auch Vorteile hat. Wer den Bus einmal benutzt hat, entdeckt ihn sicher auch für ein weiteres Mal.

Wir danken für die Unterstützung des Postulats.

Ratspräsident A. Geering: Es gibt einen Ablehnungsantrag von Marc Wäckerlin.

M. Wäckerlin (SVP/PP): Jetzt bin ich gerade ein bisschen überrascht, dass ich den stelle, aber es ist gut.

Ich stelle den Ablehnungsantrag. Ganz grundsätzlich, weil wir es nicht als sinnvoll anschauen, dass man die Gelder dort für den öffentlichen Verkehr zweckentfremdet. Wir haben beim öffentlichen Verkehr mittlerweile ja auch das Problem, dass er sehr überfüllt ist, genauso wie die Strassen. Öffentlicher Verkehr und Strassen sollten sich gemeinsam ergänzen und nicht konkurrieren.

Und im Übrigen ist es ja nicht so, dass der öffentliche Verkehr CO₂-frei herumfährt. Auch dort gibt es einen CO₂-Ausstoss.

B. Zäch (SP): Sie haben es gehört, die städtischen Parkhäuser haben in den letzten Jahren hohe finanzielle Reserven gebildet und generieren weiterhin Netto-Überschüsse, die über die Unterhalts- und Erneuerungskosten hinausgehen.

Die CVP hat die Idee aufgeworfen, im Sinne einer Lenkungswirkung und einer aktiven Förderung des ÖV Gelder aus diesen Reserven für Fördermassnahmen beim ÖV einzusetzen. Wir von der SP-Fraktion haben die Idee im Grundsatz gerne aufgenommen. Die ursprüngliche Vorstellung (und zum Teil noch bestehende Vorstellung) der CVP hat auch Einzelmassnahmen umfasst wie etwa Gratistickets für Stadtbuss bei besonderen Anlässen, was wir keine gute Idee fanden – und auch heute keine gute Idee finden. Wir konnten uns dann im Gespräch mit der CVP auf eine gemeinsame Textfassung einigen, die offen bleibt und sich nach unserem Verständnis auf nachhaltige Fördermassnahmen konzentriert, die der ganzen Winterthurer Bevölkerung zu Gute kommen. In dieser Version unterstützen wir, zusammen mit den Grünen/AL und der GLP, den Vorstoss gerne; er ist dadurch auch mehrheitsfähig. Wir könnten uns konkret vorstellen, dass der Stadtrat mit diesen Mitteln z.B. Anlauffinanzierungen für zusätzliche ÖV-Verbindungen, die der ZVV aus rein wirtschaftlichen Überlegungen nicht vorfinanzieren will, zur Verfügung stellen könnte. Auch Sensibilisierungsmassnahmen könnten so angestossen werden.

In jedem Fall geht es darum, den ÖV nicht nur durch bauliche Massnahmen, sondern auch durch Instrumente, die der Verhaltensänderung und dem Umstieg auf den ÖV dienen, einen Anreiz setzen, weiter zu stärken. Winterthur hat, wir wissen es seit dem neuesten Mobilitätsbericht, unter den grössten Städten in der Schweiz einen überdurchschnittlich hohen Anteil an motorisiertem Individualverkehr, und zwar gerade im Innenstadtbereich, also auf kurzen Strecken. Hier können und müssen wir die Anreize anders setzen.

M. Zehnder (GLP): Die GLP unterstützt primär den Vorstoss, wie ihn Iris formuliert hat. Aber mit der Ergänzung, die Du jetzt gemacht hast, mit den Gratistagen oder den Zusatztickets, da sind wir nicht einverstanden. Da schliesse ich mich ganz dem Votum von Benedikt Zäch an. Ich möchte das Votum von Benedikt Zäch einfach noch um eine Idee, die wir haben, ergänzen.

Es ist so, dass im Sparprogramm «Effort14+» gewisse Haltestellen geschlossen wurden, damit man von der Stadt her dem ZVV weniger Beiträge zahlen muss. Es handelt sich dort nur um ein paar wenige Haltestellen. Aber mit dem Geld, das wir jetzt aus diesen Parkhäusern herausnehmen könnten, könnte man solche Haltestellen, die eben nicht hoch frequentiert sind, sondern wo man wenige Fahrgäste abholt, trotzdem wieder eröffnen. Das wäre eine Attraktivitätssteigerung des Winterthurer öffentlichen Verkehrs.

R. Diener (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion unterstützt das Postulat ebenfalls, es wurde bereits schon gesagt. Wir finden natürlich auch, dass es zielführend ist, dass wir einen Ansatz verfolgen, der jetzt aufgeworfen wird. Und wir freuen uns sehr, dass er von der CVP aufgeworfen wurde. Ansätze, die ermöglichen, den öffentlichen Verkehr in irgendeiner Form zu stärken, zu priorisieren und ein bisschen voranzubringen. Da haben wir natürlich noch ein bisschen eine dezidiertere Ansicht. Wir möchten das natürlich v.a. als Verlagerung vom MIV auf den ÖV verstanden haben. Für uns ist natürlich ein ganz wichtiger Punkt, dass wir tatsächlich erreichen, dass wir signifikante Anteile vom MIV (also vom motorisierten Individualverkehr, bei dem man mit dem eigenen Auto unterwegs ist) auf den ÖV bringen. Dass wir da Herausforderungen haben, dessen sind wir uns alle bewusst. In den Stosszeiten haben wir Kapazitätsengpässe. Die haben aber auch mit der Überlastung der Strassen zu tun, die eben genau vom MIV verursacht wird. Also da sind wir natürlich schon wieder am gleichen Ort.

Und wenn man die Zahlen anschaut vom Autoverkehr, der rund 40% der Transportleistungen ausmacht (das sind die Modalsplit-Zahlen), dass von diesem 80% der Verkehrsfläche belegt wird, dann ist auch klar, dass es nicht nur darum gehen kann, nur die Gleichberechtigung zwischen MIV und ÖV zu predigen. Sondern da müssen wir priorisieren.

Zurück zum Anliegen hier: Wir können leider kommunal keine Verkehrslenkungsabgaben erheben. Mobility pricing ist im Moment auch kein Thema, dafür müssten wir zuerst kantonale Richtlinien oder Regelungen haben. Also bleibt uns auf der kommunalen Ebene eigentlich nur eine Förderung. Und das finde ich sehr gut, das müssen wir machen. Warum nicht, genau wie es vorgeschlagen ist, so etwas andeuten, das Fördern von Linien, die man vom ZVV nicht vorfinanziert bekommt, das Fördern von allenfalls spezifischen Aufgaben, die der öffentliche Verkehr wahrnimmt. Ähnlich wie wir auch das Förderprogramm haben für Energieoptimierung bei den Häusern, kann man sich da auch ein Förderprogramm vorstellen.

Und aus diesem «Fonds» steht relativ viel Geld zur Verfügung. Ich denke, das sollte man versuchen zu nutzen.

L. Banholzer (EVP): Die EVP tut sich etwas schwer mit diesem Postulat und wir haben deshalb auch nicht mitunterschrieben. Einerseits weil das Geld aus den Parkgebühren allenfalls in der allgemeinen Stadtkasse gebraucht werden könnte, andererseits weil wir beim ÖV nicht ganz autonom handeln können, sondern beim ZVV eingebunden sind.

Dann haben wir uns auch gefragt, ob denn das Geld nicht wenn schon sinnvoller für die Veloinfrastruktur eingesetzt werden sollte.

Trotzdem können wir uns vorstellen, wenigstens einen Teil aus diesen Parkgebühren in der Produktgruppe Finanzierung öffentlicher Verkehr einzusetzen, um z.B. Verdichtungen im Netz zu finanzieren oder Querverbindungen in schlecht erschlossenen Quartieren, damit der ÖV attraktiver wird für die ganze Bevölkerung.

Deshalb werden wir das Postulat trotzdem mehrheitlich überweisen.

U. Hofer (FDP): Ich finde es etwas seltsam, dass anscheinend nicht einmal die Einreichenden einig sind, was mit dem Geld gemacht werden soll. Es gibt da ziemlich unterschiedliche Versionen, die ich höre.

Beim Antrag, der letztlich nichts anderes will als eine Umverteilung von einem Kässeli, haben wir sowohl rechtliche wie auch ordnungspolitische Bedenken. Die rechtlichen Bedenken stehen ins Auge: Dass man nur der Winterthurer Bevölkerung den Genuss von ÖV-

Subventionen geben möchte, das ist unseres Erachtens mit übergeordneten rechtlichen Vorgaben vom ZVV nicht vereinbar. Ebenso rechtlich fragwürdig, zumindest in der jetzigen Form, ist die Zweckentfremdung an sich. Damit wird die Gebühr klar zu einer Steuer.

Auch ordnungspolitisch sind wir dagegen. Aber es gibt auch andere Gründe: Die FDP steht z.B. auf kantonaler Ebene ein für Mobility pricing. Das ist ein Vorstoss, den Hans-Jakob Boesch im Kantonsrat einreichte. Mobility pricing bedeutet jedoch Kostenwahrheit und auch Anreizsteuerung auf allen Transportmitteln, inklusive dem ÖV, in der Regel halt eine Verteuerung zu Stosszeiten.

Denn noch besser ist halt, in der Nähe des Arbeitsplatzes zu wohnen und die Strecke zu Fuss oder mit dem Velo zurückzulegen.

Verzichten wir auch die Idee einer simplen und wenig koordinierten Umverteilungsaktion und gehen wir zu innovativeren, weitergehenden Vorstössen der FDP.

Stadträtin B. Günthard: Auch bei diesem Vorstoss hat der Stadtrat zur Stossrichtung und der Message, die dahinter steht, eine gewisse Sympathie. Sie werden aber sehen, aufgrund der rechtlichen Grundlagen würden wir Ihnen empfehlen, dieses Postulat nicht zu überweisen.

Sympathie warum? Weil er einerseits eines der wichtigsten Handlungsfelder betrifft, nämlich den Verkehr. Da haben wir jetzt schon mehrfach darüber gesprochen, wo es Massnahmen braucht. Und andererseits, das wissen wir ja auch alle, nimmt er eines der Hauptprobleme auf, weshalb gewisse Massnahmen nicht umgesetzt werden, gewisse Investitionen nicht getätigt werden: Weil das liebe Geld eben fehlt. Von daher wäre es ja schön, wenn es ein Kässeli gäbe, mit dem wir diese Probleme einfach lösen könnten und dieses Geld im richtigen Handlungsfeld investieren könnten.

Aber das Postulat fordert den Stadtrat auf, zu prüfen, ob etwas möglich ist. Und das haben wir eben schon auf die heutige Sitzung gemacht. Und ich denke, dem einen oder anderen von Ihnen ist das Gemeindegesetz § 87 bewusst, das kennen Sie. Dieser Paragraph regelt, wann eine Spezialfinanzierung möglich ist. Und diese sieht eben keine thematische Zweckbindung vor, ausser z.B. bei einer grossen Investition, bei einem grossen Investitionsvorhaben. Und da würden wir dann über die Grössenordnung eines Gotthardtunnels sprechen. Deshalb: Wir haben es geprüft. Unserer Einschätzung her rechtlich nicht machbar. Von daher sind wir dankbar, wenn Sie uns die Arbeit ersparen, das auch noch aufzuschreiben. Wenn Sie uns diese Arbeit zuspielen wollen, machen wir sie selbstverständlich.

Ratspräsident A. Geering: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dieses Postulat überweisen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben. Ablehnung?

Dann ist es mit einer deutlichen Mehrheit überwiesen.

Ich unterbreche für die Essenspause.

In meiner persönlichen Prognose wären wir 3 Traktanden weiter, resp. wären wir 2 Traktanden weiter. Ich denke aber, wenn wir so, pro Traktandum mit einer Viertelstunde, weitermachen nach dem Essen, dann werden wir heute sicher fertig, so gegen halb zwölf. Wenn nach der Essenspause die Voten dann etwas kürzer werden, sind wir früher fertig.

Ich wünsche Euch «en Guete». Wie gesagt, für die Ratsmitglieder und die Stadtratsmitglieder steht unten im Festsaal Verpflegung bereit.

Nachtessenspause.

Ratspräsident A. Geering: Ich begrüsse zur zweiten Sitzung der heutigen Klima-Debatte. Es ist nicht so, dass es der Klimabewegung verleidet ist, sondern sie sind an einen Spontaneinsatz auf Zürich. Die, die Medien verfolgt haben, wissen um was es geht, die anderen

können es morgen nachlesen. Je nachdem, wie lange der Spontan-Demoeinsatz in Zürich geht, werden sie später wieder im Publikum dazustossen oder nicht.

Ich übergebe jetzt das Wort Marc Wäckerlin für eine persönliche Erklärung. Er hat mir versprochen, dass er nicht nach jeder Überweisung eine persönliche Erklärung machen wird, aber jetzt hat er das Wort.

M. Wäckerlin (PP): Schön, dass wenigstens ein Teil der Gäste wieder zurückgekommen ist. Für mich war das sehr eindrücklich, gerade noch kurz vor der Pause, was wir überwiesen haben. Obwohl die Stadträtin ganz klar sagte, dass man da nichts machen kann und dass sie das eigentlich nur schriftlich so festhalten kann – also man weiss schon, was die Antwort ist – hat man den Vorstoss trotzdem überwiesen. Das ist einfach nur noch Symbolpolitik. Und ich habe mir in der Pause die Zeit genommen, mal zu analysieren und zusammenzurechnen, wie viel CO₂ wir jetzt eingespart haben. Eingespart, meine Damen und Herren, haben wir bis jetzt Null Milligramm CO₂. Genau Null. Ich wurde allerdings darauf hingewiesen, dass es wahrscheinlich nicht Null sind, sondern durch das Beschäftigen der Verwaltung wird wahrscheinlich noch ein bisschen mehr CO₂ produziert.

5. Traktandum

GGR-Nr. 19.73: Begründung des Postulats I. Kuster (CVP), Z. Dähler (EDU) und M. Bänninger (EVP) betr. Klimapartnerschaft

Ratspräsident A. Geering: Begründung des Postulats betreffend Klimapartnerschaft. Das Wort hat Iris Kuster.

I. Kuster (CVP/EDU): Wie wir schon mehrmals gehört haben, ist die Schweiz für rund 0.1% des CO₂-Ausstosses verantwortlich. Das heisst der grösste Teil fällt in anderen Ländern und Kontinenten an. Die zehn grössten CO₂-Emittenten sind aktuell China (27%), USA (15%), Indien, Russland, Japan, Deutschland, Iran, Saudi-Arabien, Südkorea und Kanada.

Und wir wissen, der Energiehunger der Weltbevölkerung steigt – und der wird weltweit vornehmlich mit fossilen Brennstoffen gedeckt.

In den Schwellenländern in Südostasien, Mittel- und Südamerika ist die Kohlenutzung in der letzten Dekade teilweise um drei Prozent pro Jahr angestiegen, das ist scinexx zu entnehmen. Auch China überlegt sich anscheinend den Einstieg wieder. Und Pakistan will neue Kohlenkraftwerke bauen und mit eigener Kohle betreiben. Und angeblich ist diese Kohle dreimal weniger ergiebig als die australische Kohle.

Aus unserer Sicht zeigt das eindeutig: Handeln und vor allem Information vor Ort in diesen Schwellenländern tut not. Und vor allem gilt es, die Ressourcen gezielt und möglichst wirksam einzusetzen. Wir von der CVP/EDU Winterthur sehen deshalb grosses Potenzial in einer Klimapartnerschaft.

Wir sind überzeugt, unser Fachwissen (z.B. von Stadtwerk) kann dort global helfen, einen grösseren Beitrag CO₂-Emissionen einzusparen. Und wir glauben daran, dass mit einem eingesetzten Franken in den erwähnten Ländern wesentlich mehr CO₂-Emissionen eingespart werden können, als zum Teil bei uns.

Mit 20'000 Franken zum Beispiel für den Bau einer Photovoltaikanlage in Afrika oder Indien kann sicher mehr Strom produziert und so mehr CO₂ eingespart werden als mit dem gleichen Betrag hier in Winterthur. Wobei es hier nicht darum geht, nicht auch hier unsere Hausaufgaben zu machen, auch wir müssen unsere Hausaufgaben machen – aber es geht darum, aus wenig ergiebigen Massnahmen in Winterthur sehr ergiebige Projekte anderswo zu machen. Und vor allem auch um einen sinnvollen und wichtigen Wissenstransfer.

Der Bund schreibt explizit auf seiner Internetseite: «In Bezug auf die Klimafinanzierung schreibt das Übereinkommen von Paris keine neuen Verpflichtungen fest. Die Industrieländer

sind aber aufgefordert, Entwicklungsländer weiterhin bei deren Emissionsreduktions- und Anpassungsmassnahmen zu unterstützen.»

Viele deutschen Städte haben damit schon begonnen, sie haben zahlreiche Klimapartnerschaften. Wieso soll nicht auch Winterthur eine Klimapartnerschaft eingehen?

Freut uns, wenn alle, die mehr – auch global - bewegen und erreichen möchten, unser Postulat unterstützen.

Ratspräsident A. Geering: Es gibt einen Ablehnungsantrag von Florian Heer und den Grünen/AL.

F. Heer (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion steht diesem Postulat zwiespältig gegenüber und stellt aus diesem Grund einen Ablehnungsantrag. Es wirft ethische Diskussionen an, die nicht unbesprochen bleiben sollen. Warum handeln wir nicht hier? Wir sind mit unserem Verhalten Verursacher von grossen Missständen in dieser Welt. Wir bauen Rohstoffe ab, oftmals zu äusserst fragwürdigen Bedingungen. Wir profitieren von diesen Bedingungen, weil vieles, was wir uns leisten können, ist nur deswegen so günstig, weil es irgendwo anders unter entsprechenden Bedingungen abgebaut wird. Jetzt benutzen wir einen kleinen Teil dieses gesparten Geldes, um z.B. im Kongo einen kleinen Teil unseres Ressourcenverschleisses zu kompensieren.

Diejenigen, die ums Überleben kämpfen müssen, sollen unsere Verfehlungen ausbügeln. Und das Ganze wäre so weit weg. Es würde uns auch gar nicht wirklich betreffen und es würde uns schon gar nicht betroffen machen. Das sollte es aber – und es sollte uns massiv betroffen machen. Unsere Natels, unsere Tablets – auf die wir nicht verzichten können und das auch nicht wollen - unsere Mobilitätsbedürfnisse usw. gehen nur deshalb so günstig und so easy, weil wir in anderen Ländern Raubbau betreiben. Raubbau an Natur, Mensch und notabene an deren Wirtschaft.

Meine Damen und Herren, ich verstehe etwas anderes unter gerechter Verteilung der zu tragenden Lasten. Der globale Norden hätte nicht einen Wirtschaftsriesen etabliert, dessen Basis die Ausbeutung von Natur und Mensch ist, ohne selber den Preis dafür zahlen zu müssen. Klammerbemerkung: Ich meine nicht, dass der Kommunismus die Lösung wäre. Wir sind die, die den Ressourcenverschleiss vorantreiben. Und wir sollten vorangehen. Wir sollten ein Vorbild sein. Gerade da sollten wir selbstverantwortlich sein. Die viel zitierte Eigenverantwortung – hier wäre sie jetzt endlich gefragt.

Selbstverständlich hilft es, wenn wir in der Wüste helfen, diese zu begrünen. Es hilft auch, wenn wir irgendwelche Solaranlagen dort hinstellen. Wir brauchen diese wahrscheinlich sogar irgendwann, denn unser Ressourcen- und Energiehunger ist immens.

Es kann aber nur passieren, wenn wir nach dem Prinzip «sowohl als auch» handeln. Nur wenn wir uns unserer historischen Rolle vollstens bewusst sind, dürfen wir solche Notmassnahmen vorschlagen und im Sinne einer Verantwortung gegenüber der Schwächsten (und auch denen, die vom Klimawandel, wir haben es heute gehört, am Stärksten betroffen sind) solchen Menschen helfen. Alles andere wäre ein Freikaufen. Ein Freikaufen vom eigenen schlechten Gewissen. Ein moderner Ablasshandel.

Vergleichen Sie einmal die Finanz- und Ressourcenströme zwischen der südlichen und der nördlichen Halbkugel. Entwicklungsgelder sind ein kleiner Teil im Vergleich zu dem, was grosse Firmen wie Glencore und Co. Ausbeuten und davon profitieren.

Wir können den Leuten dort vor Ort helfen, nicht die gleichen Fehler zu machen, die wir gemacht haben. Das ist richtig. Aber wir müssen zuerst bei uns eigenverantwortlich unserer Fehler ausbügeln.

Die Grüne/AL-Fraktion ist mehrheitlich gegen dieses Postulat.

M. Bänninger (EVP): Wie Kollegen mi eher kritischeren Stimmen immer wieder betonten, wir allein können von Winterthur aus den weltweiten Klimaschutz nicht lösen. Aber wir können unseren unverkennbaren Beitrag dazu leisten, dass wir uns in eine bessere Richtung entwickeln. Und einen Beitrag dazu wollen wir auch leisten. Mit einer Klimapartnerschaft können diesen Beitrag auch noch vergrössern.

Florian, Du hast gesagt «sowohl als auch». Ich bin auch gegen Raubbau. Alles andere nützt die Partnerschaft nur aus.

Geschätzte Romana, geschätzter Florian, dies ist kein Ablasshandeln, wie Ihr dies dargestellt habt (vor ein paar Wochen Du, Romana; Du Florian gerade vorhin). Das ist weltweite Solidarität und gelebte Globalisierung in einer positiven Prägung.

Die weltweite CO₂-Reduktion können wir nur gemeinsam angehen und nur gemeinsam in eine gute Richtung leiten.

Auch wenn die Weltpolitik keine griffigen Lösungen zustande bringt - wir können mit einem guten Beispiel vorangehen und zeigen, dass es auch gemeinsam funktioniert: Mit der Zusammenarbeit mit einer Partnerstadt zum Thema Klimawandel.

Wir haben in der Schweiz Geld und wir haben auch Know-how, wie auch schon gesagt wurde heute Abend. Wenn wir dies mit einer motivierten Stadt auf dieser Welt teilen können und gemeinsam gezielt Projekte zur CO₂-Reduktion und im Bereich Umweltschutz weiterbringen können - dann gewinnen wir alle. Gemeinsam sind wir stärker und effektiver.

Wir von der EVP unterstützen dieses Postulat. Gemeinsam, motiviert und solidarisch. Für eine lebenswerte Welt – auch in Zukunft.

U. Bänziger (FDP): Die FDP-Fraktion unterstützt das Postulat Klimapartnerstadt und es ist uns ein grosses Anliegen, dass wir offen über einzelne Massnahmen diskutieren können. Eine Klimapartnerschaft ist eine solche Massnahme von einem ganzen Arsenal von möglichen Aktivitäten. Wir möchten uns nicht verschliessen und aus ideologischen Gründen von vornherein Lösungen verwerfen, nur weil es Massnahmen sind, die allenfalls in einem Entwicklungsland stattfinden. Übrigens beschränken sich solche Massnahmen nicht darauf, einfach nur kostengünstig CO₂-Kompensation einzukaufen, sondern wir können das Leben der Bevölkerung dort verbessern und es wirkt sich sehr positiv auch auf das Klima aus.

Die Direktion für Entwicklung für Zusammenarbeit vom Bund (DEZA) spricht da von Massnahmen zur nachhaltigen Waldnutzung, Energiedienstleistungen und einer effizienten Energienutzung und zur Verfügung stellen von Fachwissen, technischen Lösungen und finanziellen Mitteln für den Klimaschutz. Ziele sind da v.a auch die Bevölkerungsgruppen in exponierten Berggebieten. Ich bin vollkommen überzeugt, dass wir speziell in Bezug z.B. auf Gewässerschutz und auch in Bezug auf Energienetze und Versorgungssicherheit sehr viel Know-how haben, das wir einsetzen können. Deshalb unterstützen wir das.

S. Büchi (SVP): Klimapartnerschaft. Uster oder Dübendorf machen das mit Orten in Afrika, Asien und Südamerika. Orte, die man sicher gerne besucht - und Orte, an die man wahrscheinlich nicht mit dem Velo hinfährt, sondern wahrscheinlich mit dem Flugzeug.

Ja, ich teile die Analyse der Grünen nicht ganz, aber wir kommen zum gleichen Schluss. Es hat natürlich ein bisschen den Anschein, dass europäische Besserwissereien (das ist ein Phänomen, das in vielen ärmeren Ländern bekannt ist) nicht sehr gerne gesehen wird und auch ein politisch heikel ist – und schlussendlich ist es, auch wenn man es noch so nett meint, eine sanfte Form von Kolonialismus.

Der Vorstoss ist sicher gut gemeint, aber manchmal ist gut gemeint das Gegenteil von gut. Wir unterstützen den Ablehnungsantrag.

R. Kappeler (SP): Auch die SP-Fraktion ist ein bisschen skeptisch und sieht positive und negative Aspekte. Wir sind aber zum Schluss gekommen, dass wir das Postulat nicht unterstützen werden. Dies aus folgenden Gründen: Ich fange bei der Begründung an. Sehr sympathisch ist uns die Idee, dass man Klimaschutz tatsächlich global angehen muss. Ebenfalls stimmen wir Iris zu beim letzten Abschnitt der Begründung, dass der Nutzen von jedem eingesetzten Franken im Süden deutlich grösser ist als bei uns. Das wären die Argumente dafür. Dagegen, da muss ich ausnahmsweise Simon ein Stückchen Recht geben, haben wir aus der Begründung heraus das Gefühl, dass es doch ein bisschen paternalistisch ist. Eine Partnerschaft ist uns sehr sympathisch, aber die einseitige Hilfe, da sind wir etwas skeptischer.

Hauptgrund ist eigentlich das (und das hat Iris auch erwähnt, ausdrücklich nennt sie die DEZA): Und wenn wir auf den Antrag gehen - und eben nicht auf die Begründung, die durchaus mehrheitsfähig gewesen wäre bei uns – steht dort, der Stadtrat soll evaluieren, wo eine solche Partnerschaft sinnvoll und wirksam sein könnte. Das braucht ein enormes Know-how und ist wohl einfach eine Schuhnummer zu gross für eine Stadt. Das ist am richtigen Ort par-
kiert bei der DEZA. Und deshalb finden wir hier: Nein, Winterthur die Hände weg – lassen wir das dort, wo das schon passiert und wo es gut passiert.

K. Cometta (GLP): Vorneweg: Auch wir unterstützen die Überweisung vom Postulat nicht. Argumentativ sehr ähnlich wie es auch schon gesagt wurde von SP und SVP (oh Wunder!). Klimapartnerschaften, bei denen echt CO₂ gespart werden soll, sind sehr herausfordernd und es braucht da ausgewiesene Experten in Entwicklungszusammenarbeit. Und diese arbeiten im DEZA und nicht in der Stadt Winterthur.

Wir Grünliberalen sehen aber doch Potential in Aufforstungsprojekten im globalen Süden. Das hat auch die Studie der ETH, die letzte Woche veröffentlicht wurde, gezeigt. Dort ist viel Potential vorhanden. Ja, Dani.

Wir sprechen ja jedes Jahr im Rahmen des Budgets einen Beitrag in der Höhe von 108'000 Fr. für Entwicklungs- und Katastrophenhilfe im Ausland. Wir möchten, dass man diese für Aufforstungsprojekte braucht, idealerweise könnten eben die Städte Winterthur, St. Gallen und Schaffhausen diese Gelder zusammen während 5 Jahren in Aufforstungsprojekte flies-
sen lassen. Wir werden im Rahmen der Budgetdebatte diesen Antrag hier einbringen. Der Vorteil ist: Es ist budgetneutral, es ist wirksam bezüglich CO₂ und es braucht nicht zusätzli-
ches Expertenwissen von der Stadt Winterthur.

Stadträtin B. Günthard: Bei diesem Vorstoss ist der Stadtrat eher kritisch, und zwar weil ein-
fach auch die Frage im Raum steht, ob wir der richtige Adressat sind. Und der Stadtrat hat Sympathie für solche Partnerschaften, wenn das Private machen, wenn es über die DEZA läuft. Wir als Stadt Winterthur und als Winterthurer Verwaltung möchten unsere Ressourcen gerne da vor Ort investieren, in Massnahmen, die wir hier vor Ort umsetzen können.

Ratspräsident A. Geering: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Postulat überweisen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Gegenstimmen?

Damit habt Ihr diese Überweisung mit deutlicher Mehrheit abgelehnt.

6. Traktandum

GGR-Nr. 19.82: Begründung der Motion S. Kocher (GLP), R. Diener (Grüne), L. Jacot-Descombes (SP) und S. Müller (EVP) betr. Netto Null Tonnen CO₂ bis 2050

Ratspräsident A. Geering: Begründung der Motion betreffend Netto Null Tonnen CO₂ bis 2050. Samuel Kocher bitte.

S. Kocher (GLP): Die Winterthurer Bevölkerung hat bereits am 25. November 2012 mit der Annahme vom Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Winergie 2050 – Winterthurs Energiezu-
kunft ist erneuerbar» dem Ziel 2-Tonnen-CO₂-Äquivalenz pro Jahr und Kopf zugestimmt. Aber das ist nicht nachhaltig genug. Wir hinterlassen den kommenden Generationen eine CO₂-Erbschaft. Eine Erbschaft mit sehr negativen Folgen für den gesamten Planeten. Mit die-
ser Motion Netto Null CO₂ wollen wir das Energiekonzept der Stadt Winterthur an die Ziele des Klimaabkommen von Paris angleichen lassen. Immerhin hat die Schweiz dieses Abkom-
men 2015 ratifiziert. Wir fordern, dass die 2 Tonnen auf Netto Null Tonnen CO₂ angepasst werden.

Oder wie es bei den Klimastreiks zu lesen war: Our emission - zero emission. Einfach gesagt: Die Motion will von Winterthur, dass das, was in Paris vereinbart wurde, auch hier umgesetzt wird.

Das Ganze ist nötig, um die Klimaerwärmung auf 1,5° zu begrenzen. Machen wir so weiter wie bis anhin, steigt bis ins Jahr 2100 die Temperatur um mindestens 2,3°C oder mehr. Schaffen wir es nicht, die 1,5° Erderwärmung bis 2050 einzuhalten, droht nicht nur ein Klimawandel, sondern regelrecht eine Klimakatastrophe. Schmelzende Gletscher, schmelzende Polregionen, steigende Meeresspiegel, Wetterextreme, Wassermangel, zunehmende Naturkatastrophen usw. Alles Auswirkungen vom Klimawandel, die man bereits heute spürt. Selbst das Bundesamt für Umwelt hat das erkannt und schreibt auf seiner Homepage: Die Schweiz wird vom Klimawandel voraussichtlich überdurchschnittlich stark betroffen sein, mit Auswirkungen auf Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft. Langfristig werden die negativen gegenüber den positiven Folgen klar überwiegen. Massnahmen zur Anpassung an diese Auswirkungen sind bereits heute nötig und werden in Zukunft immer wichtiger. Darum hat das BAFU als Pilotprogramm «Anpassung an den Klimawandel» lanciert.

Noch ist es möglich, die 1,5° Ziel einzuhalten und den Klimawandel einzugrenzen. Aber dafür braucht es eine Klimapolitik, die sich nicht an Zwei, sondern an Netto Null Tonnen CO₂ orientiert. Es braucht nun diese zusätzliche Dynamik. Wir müssen alle durch den Menschen verursachten Treibhausgasemissionen durch Reduktionsmassnahmen wieder neutralisieren und somit die Klimabilanz wieder ausgleichen. Damit wären wir klimaneutral und die globale Temperaturerhöhung würde sich entsprechend stabilisieren.

In einfachen Worten: Netto Null ist nichts anderes als das, was wir selber emittieren, auch selber wieder neutralisieren. Es kann nicht sein, dass wir weiterhin auf Kosten dieses Planeten und der zukünftigen Generationen wirtschaften und so tun, als wäre es uns egal und als hätte das keinen Einfluss auf das Klima. Diese Politik wurde bereits viel zu lange verfolgt. Ein weiterer Grund, weshalb wir jetzt handeln müssen, ist, dass ergriffene Massnahmen meistens ihre Wirkung erst mittelfristig entfalten. Zu spät ergriffene oder gar verpasste Massnahmen, die aber eine langfristig negative Auswirkung haben und nur schwer oder gar nicht aufholbar sind. Zudem werden diese Massnahmen nicht billiger, wenn wir einfach abwarten, sondern ganz im Gegenteil.

Dass Zuwarten keine Alternative ist und der Vorstoss der GLP der richtige Schritt auch für Winterthur ist, hat auch das Departement Umwelt und Sicherheit von Winterthur mit seiner Pressemitteilung von letzter Woche «Klimaschutz – Winterthur baut Massnahmenplan aus» bestätigt. Leider lässt der Titel mal wieder ein bisschen mehr erhoffen als wirklich beabsichtigt wird. In dieser Pressemitteilung steht, mit dem Projekt Weiterführung Energiekonzept 2050 beauftragt der Stadtrat den Umwelt- und Gesundheitsschutz der Stadt Winterthur nun, das aktuelle Energiekonzept sowie den dazugehörigen Massnahmenplan zu überprüfen. Auch Netto Null CO₂ soll angeschaut werden. Das ist zwar super und freut sowohl die GLP wie auch alle, die sich für eine nachhaltige Klima- und Energiepolitik einsetzen, natürlich sehr. Aber jetzt erst einmal prüfen, ist definitiv zu wenig. Es braucht verbindliche Ziele und es braucht sie schnell und jetzt. Aus diesen und noch viel mehr Gründen fordern wir, dass der durch die Volksabstimmung angenommene Gegenvorschlag inklusive Massnahmenplan zur Initiative Winergie 2050 so schnell wie möglich auf Netto Null Tonnen CO₂ bis 2050 angepasst wird. Der Zeithorizont bleibt gleich, der Absenkpfad muss steiler werden. Deshalb soll auch das Zwischenziel der Treibhausgasemissionen bis 2035 auf 1 Tonne angepasst werden.

Ratspräsident A. Geering: Es gibt einen Ablehnungsantrag. Marc Wäckerlin bitte.

M. Wäckerlin (PP/SVP): Ich habe halt immer noch Mühe mit diesen Vorstössen. Es ist auch das eine reine Symbolpolitik. Ich meine, was machst Du da? Du jonglierst ein bisschen mit Zahlen. Ja, jetzt haben wir 1 Tonne, jetzt haben wir Null Tonnen... Man könnte auch minus 2 oder minus 5 Tonnen machen, damit die anderen dann ein bisschen mehr emittieren können und wir das dann nachher ausgleichen... Es ist ein reines Zahlenjonglieren und dieser Vorstoss hat absolut Null Mehrwert.

Was bedeutet das dann konkret? Wie willst Du das genau erreichen? Du musst nachher irgendwelche Massnahmen bringen und ich habe vorhin schon gesagt: 1 Tonne CO₂ pro Kopf und Jahr, da sind wir nachher auf dem Stand von Nordkorea. Wollen wir wirklich 2035 auf den Stand von Nordkorea kommen? Oder gibt es andere Möglichkeiten?

Ich denke, wenn man das will, wenn man das als Ziel will, dann muss die Wirtschaft neue Verfahren entwickeln, die Wissenschaft und die Forschung ist gefragt. Wir haben übrigens einen guten wissenschaftlichen Betrieb da in Winterthur, wir haben auch einen Innovationspark da in Winterthur. Es gibt durchaus diese Möglichkeiten, aber man kann das nicht einfach mit einem solchen Vorstoss hier politisch machen. Das ist purer Populismus und Populismus lehnen wir ab.

R. Diener (Grüne/AL): Ich mache es kurz. Es ist kein Populismus, Marc Wäckerlin, es ist Anpassung an eine vernünftige statistische und gesicherte Aussage der Wissenschaft. Es ist richtig und wichtig, dass wir jetzt diese Anpassung machen. CO₂ Null Tonnen bis 2050 sind die Zielsetzungen, die wir uns geben müssen. Das ist das Minimum, das wir machen können, die müssen wir versuchen, auch zu erreichen. Selbstverständlich braucht es Massnahmen dazu, es sind eine ganze Reihe auch heute Abend vorgeschlagen. Ich gehe davon aus, dass wir damit Bewusstseinsverbesserungen erreichen können, auch bei der Bevölkerung. Es muss uns klar sein, wir müssen an diesen Zielen arbeiten. Wir kommen gar nicht darum herum, es ist das, was heute als Zielsetzung ansteht und was wir als Stadt Winterthur auch geben müssen.

Danke für die Unterstützung.

L. Jacot (SP): Netto Null bis 2050 ist nicht ambitioniert, sondern dazu hat sich die Schweiz an sich verpflichtet beim Klimavertrag von Paris. Vielleicht ganz kurz: Warum Netto Null bis 2050 bzw. warum die 1,5° Erwärmung und nicht darüber? Das haben ziemlich viele Politiker miteinander ausgehandelt und einfach kurz: Wenn wir über die 1,5° Celsius gehen, dann ist es einfach extrem gefährlich, dass wir einen sogenannten Tipping point erreichen, d.h. ein point of no return, bei dem dann eben das Klima noch viel viel schneller erhitzt wird als jetzt in den schlimmsten Szenarien angenommen. Weil dann z.B. Methan freigesetzt wird in der Tundra usw. Wenn wir auf einem relativ sicheren Pfad bleiben wollen, dann dürfen wir nicht über die 1,5° hinausgehen.

Wie gesagt, das ist nicht sehr ambitioniert. Ambitioniert wäre z.B. bis 2030. Das ist mir aber auch klar, dass das so nicht funktioniert.

Um es noch ganz schnell zu sagen: Da hat Marc Recht, man wird es nicht nur über Elektromobilität usw. machen können. Für das ist es schon längst zu spät. Dann hätten wir vor 30 Jahren anfangen müssen. Dann hätte man das mit solchen Massnahmen durchaus relativ günstig haben können. Jetzt wird es immer teurer. Wenn wir noch länger warten, wird es aber noch teurer. Jetzt ist es wirklich überfällig, dass wir anfangen, den Absenkpfad relativ steil zu machen. Es wird z.T. vermutlich auch einschneidende Massnahmen geben.

Aber ich bin nicht bereit, das einfach nur meinem Sohn zu überlassen, der jetzt 6 Monate alt ist und vermutlich 2100 noch leben wird, wenn wir von der heutigen Lebenserwartung ausgehen. Und ich finde das nicht okay, wenn wir das einfach dieser Generation überlassen und die müssen dann auf alles verzichten, weil wir jetzt nicht angefangen haben.

Und einfach um noch auf die Eigenverantwortung einzugehen, die da immer wieder postuliert wird: Eigenverantwortung ist schön und gut, aber man kann nicht alles. Z.B. das Aquifer-Projekt kann ich als Privater wohl kaum irgendwie anreissen. D.h. wenn ich z.B. mein Haus mit Erdwärme oder mit Fernwärme heizen möchte anstatt mit Öl, dann kann ich das schwerlich alleine. Es ist also schon relativ wichtig, dass wir als Politiker da einen Punkt setzen und dass wir auch darauf hinarbeiten. Natürlich, es wird noch sehr viel mehr Massnahmen nachziehen, das ist jetzt einfach mal eine Absichtserklärung und es wird dann sehr viele Einzelmassnahmen bedeuten, die man dann bringt.

Aber ich bitte also sehr, das anzunehmen. Es ist wirklich das Minimum von dem, was wir jetzt wirklich machen müssen – und wozu sich die Schweiz auch verpflichtet hat.

S. Müller (EVP): Als EVP begrüßen wir die jüngsten Signale seitens Stadtrat zum Thema Nettonull. Der Stadtrat ist wirklich gewillt, die aktuellen Zielsetzungen zumindest zu überprüfen, das haben wir heute Abend auch nochmals gehört, und auch die entsprechenden Massnahmen mit einem Preisschild zu versehen. Das begrüßen wir sehr und haben auch in den Diskussionen im Voraus eingebracht, dass man die Transparenz noch steigern könnte, indem man z.B. in Zukunft im Rahmen unserer alljährlichen Budgetdebatten, wenn wir über die einzelnen Budgetposten diskutieren, eine klare Deklaration sinnvoll wäre. Ähnlich wie die Signatur für «gebundene Ausgaben» würden wir es begrüßen, wenn in den Budgetbüchern eine weitere Signatur eingeführt werden könnte für Klimaziele. Dann haben wir es schön deklariert und auf diese Art würden wir auch schön schnell sehen, wer wirklich auch bereit ist, diesen Preis zu zahlen oder wie viel kostet es. Das ist etwas, das wir sehr begrüßen würden. Und zum Thema Motion Nettonull CO₂ bis 2050: Mir kommt immer wieder das persönliche Motto aus meiner Jugendzeit in den Sinn. Ich habe das schon mal gebracht. Das heisst: «Wer später bremst ist länger schnell.» Man verspricht sich viel Spass davon und unter dem Strich merkt man, das bringt viele Verletzungen ein. So sehe ich es mit diesen CO₂-Absenkpfeilen auch. Wir als EVP reichen diese Motion aus Überzeugung mit ein, weil wir der Meinung sind, wir müssen bremsen – jetzt.

U. Bänziger (FDP): Die FDP-Fraktion lehnt die Motion Netto Null ab. Und es ist nicht wegen Netto Null, sondern weil eine Motion als Stärkung des Zieles helfen soll, die seit 2013 stagnierenden CO₂-Emissionen zu drosseln. Papier ist ja äusserst geduldig, aber einfach ein Ziel zu verschärfen, ohne mit Massnahmen zu unterstützen, da wird kein CO₂ eingespart. Einsparungen resultieren aufgrund von Massnahmen. Diese haben wir gar nicht diskutiert. Man setzt einfach ein und hofft auf das Beste.

Unser Job ist es, Varianten zu erarbeiten und nicht einfach zu sagen, jemand hat es gesagt und jetzt wird es realisiert.

Die Winterthurer Bevölkerung und die betroffenen Unternehmen werden es wahrscheinlich ähnlich sehen. 2012 hat das Stimmvolk klar Stellung bezogen mit der Annahme des Gegenvorschlages zur Volksinitiative Winergie 2050. Wir empfinden das entsprechend auch als ziemlich undemokratisch, einfach Ziele abzuändern, ohne eine Diskussion zu haben. V.a. ohne eine Diskussion zu haben über die Implikationen, was passiert, wenn man das hier beschliesen wird.

Wir sind für den Klimaschutz. Auch wenn das Ziel Netto Null ist. Aber bitte, bitte, einfach messbar und verbindlich. Nicht einfach aufschreiben und auf gut Glück mal ein bisschen basteln.

Für die Kolleginnen und Kollegen, die dann noch aufnahmefähig sind, präsentiert unsere Fraktion als letztes Traktandum heute Abend das Postulat „Einrichten eines städtischen Klimafonds“. Dort drin hat es ein klares Ziel, es hat klare Massnahmen, was passieren soll, wenn der CO₂-Absenkungspfad nicht erreicht wird. Und entspricht auch noch den Vorgaben unserer Stimmbevölkerung.

Z. Dähler (CVP/EDU): Die CVP/EDU-Fraktion hat sich bei diesem Vorstoss nicht gefunden, entsprechend haben wir Stimmfreigabe entschieden.

Als EDU-Vertreter könnte ich jetzt mein Votum halten, aber es wurde eigentlich alles schon gesagt. Für mich gehört das zu den Bereichen Lippenbekenntnisse und deshalb lehne ich das ab.

M. Wackerlin (PP/SVP): Zwei ganz kurze Repliken: Aquifer braucht es nicht. Private können sehr wohl Wärmesonden selber machen. Das haben wir bei uns auch gemacht und das kann ich sehr empfehlen, es ist eine super Sache.

Und zu Sämi noch schnell: Ich finde Deine Idee super mit den CO₂-Angaben im Budget. Aber ich möchte das gerne ein bisschen anders haben. Ich möchte gerne bei jeder Budgetausgabe noch dazu haben, wie viel CO₂ diese Ausgabe auch noch nebenbei verursacht. Und dann

können wir nachher in Zukunft wahrscheinlich so miteinander diskutieren, dass wir uns gleich finden.

K. Cometta (GLP): Ich mache es nur ganz kurz. Ich bin jetzt schon gerade ein bisschen konfus. Ich komme einfach nicht nach bei der FDP. Ich bin davon ausgegangen, dass Ihr schlauer geworden seid. Die FDP Schweiz beschliesst Netto Null. Die FDP-Stadträtin Günthard-Maier steht hin und sagt Netto Null. Und die FDP hier findet einfach immer noch: Ohne Ziel ist jeder Schuss ein Treffer.

U. Hofer (FDP): Besten Dank, dass Du mich daran erinnerst, was in unserem Positionspapier steht.

Es geht darum, dass wir wissen, wir sind bei den Zielen, die wir uns gesetzt haben, schon hintennach. Und anstatt eine Zielverschärfung zu machen ohne Massnahmen, haben wir eigentlich einen Gegenvorschlag, bei dem wir als FDP sagen, wir sind bereit, Geld in die Hand zu nehmen. Geld in einen Fonds zu investieren, um diese Ziele zu stärken. Weil wir von diesem Gegenvorschlag überzeugt sind, können wir jetzt nicht Ja und Amen sagen. Das ist unsere Idee, wir halten diese für besser, weil sie nicht nur Ziele setzt, sondern auch Konsequenzen festlegt.

U. Glättli (GLP): Nur kurz: Das ist der nächste Widerspruch zu dem, was wir vorhin gehört haben wegen diesem Fonds. Und wegen dem 86er Gemeindegesetz. Bitte.

Stadträtin B. Günthard: Das letzte Votum habe ich inhaltlich nicht ganz verstanden, das musst Du mir dann noch erklären, das war jetzt gerade sehr abgekürzt. Ich bin dann gespannt.

Aber jetzt zur Motion Netto Null bis 2050: Ich glaube, die Kolleginnen und Kollegen in diesem Rat haben gesagt, warum es das braucht, warum es das Klimaübereinkommen gibt, wie relevant das halbe Grad ist, das eben etwas ausmacht, das eben genau den Kippeffekt ausmacht.

Sie haben das vorhin auch mehrfach gesagt: Ja, der Stadtrat ist bereit, er will dieses Massnahmenpaket erarbeiten, er will beide Varianten erarbeiten. Einer der ersten Redner sagte aber auch richtig, dass in unserem Beschluss noch das Wort „prüfen“ vorkommt. Der Stadtrat möchte tatsächlich, wenn wir die beiden Massnahmenpakete sehen, wenn wir die Massnahmen haben und die Kosten, dann die Verantwortung übernehmen als Exekutive. Wir müssen nahe bei der Realität sein und sagen „Gut, we go for it“, wir machen jetzt das - oder es ist eben doch zu ehrgeizig, es geht nicht, wir haben das Geld nicht.

Da hast Du richtig gemerkt, da gibt es das Wort „prüfen“. Und wir sind froh, wenn wir Ihr das mit dieser Motion unterstützt und uns den Druck aufbaut mit der Zielvorgabe, dass wir in diese Richtung arbeiten. Aber der Stadtrat, das habt Ihr richtig gesehen, diesen kleinen Unterschied, wir werden den Variantenentscheid fällen, wenn wir die Massnahmenpakete ausgearbeitet haben und wenn wir die Kosten haben. Wenn wir es realistisch in das Budget bringen können und dann einfach mit diesen Anträgen kommen können.

Also in dem Sinn: Der Stadtrat ist offen für die Überweisung dieser Motion und sieht darin eigentlich auch ein gutes Zusammenspiel, ein Pingpongspiel vom Rat mit dem Stadtrat.

Ratspräsident A. Geering: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer diese Motion überweisen möchte, soll das zeigen mit Handerheben.

Gibt es Gegenstimmen?

Damit ist diese Motion mit klarer Mehrheit überwiesen.

7. Traktandum

GGR-Nr. 2019.41: Begründung der Motion R. Heuberger (FDP), I. Kuster (CVP) und H.R. Hofer (SVP) betr. Nutzungsplanung: 1. Änderung von Art. 8 Bauordnung: Solaranlagen in Kernzonen und 2. Ergänzung der Bauordnung durch neu Art. 38a: Solaranlagen in Quartiererhaltungszonen

Ratspräsident A. Geering: Begründung der Motion betreffend Nutzungsplanung: 1. Änderung von Art. 8 Bauordnung: Solaranlagen in Kernzonen und 2. Ergänzung der Bauordnung durch neu Art. 38a: Solaranlagen in Quartiererhaltungszonen. Die Motion wird begründet von Romana Heuberger, FDP.

R. Heuberger (FDP): Erlauben Sie mir, dass ich diese Präsentation hier mit dem Beamer mache. Ich bin keine Juristin, deshalb brauche ich ein Gerüst, an dem ich mich festhalten kann um die juristischen Felder aufzuzeigen. Aber ich versuche, schnell durch diese Vorlage durchzugehen.

Was haben wir auf nationaler Ebene? Wir haben die Energiestrategie 2050. Diese Energiestrategie sagt ganz klar, dass ein Wechsel stattfinden soll zu erneuerbaren Energien in der Schweiz bis 2050. Ein Drittel dieser erneuerbaren Energien sollen durch Photovoltaik- bzw. Solarpanele erzielt werden. Und deshalb ist das Thema sehr relevant.

Im neuen Energiegesetz sagt der Bund ganz klar, es gibt drei Stossrichtungen: Das eine ist die Gestaltung der Energieeffizienz, das haben wir heute Abend schon mehrfach gehört. Das Dritte ist Atomausstieg und Punkt Zwei auf dieser Folie ist der Ausbau der erneuerbaren Energien. Der Bund sagte dann auch: Wo haben wir tatsächlich Handlungsbedarf? Und beim Handlungsbedarf, bei den Massnahmen, sagt er, ein wichtiger Handlungsbedarf haben wir in der Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen.

Was haben sie auf nationaler Ebene festgelegt? Sie haben gesagt, in der Bau- und Landwirtschaftszone braucht es grundsätzlich keine Bewilligungen für Solarpanele, sondern man muss es einfach anmelden. Was sie aber auch gesagt haben, ist dass der Kanton Regelungen treffen kann für bestimmte Schutzzonen und eine Baubewilligungspflicht vorsehen kann, dass Solaranlagen auf Kultur- und Naturdenkmälern von kantonaler und nationaler Bedeutung stets einer Baubewilligung bedürfen und sie dürfen solche Dächer nicht wesentlich beeinträchtigen. Was aber der Bund auch ganz klar sagt: Ansonsten gehen die Interessen einer Nutzung der Solarenergie auf bestehenden und neuen Bauten den ästhetischen Anliegen grundsätzlich vor.

Der Bund ist sich auch im Klaren darüber, dass es eine Interessensabwägung ist. Es ist eine Interessensabwägung zwischen dem Nutzen der Solarenergie, die wir gewinnen durch Solarpanele, und dem Schutz der Bauten. Und nach Artikel 12 Abs. 1 vom Energiegesetz ist die Nutzung von erneuerbaren Energien und ihren Ausbau aber von nationalem Interesse. Und für die Nutzung von Energien von nationalem Interesse sollen bessere Ausgangslagen bei der Interessensabwägung stattfinden, Akzentverschiebung zugunsten von erneuerbaren Energien, und der Ausschluss von Neuanlagen in Biotopen von nationaler Bedeutung und gewissen Reservaten ist auch vorgesehen.

Jetzt Denkmalpflege versus Energiewende. Die Frage ist, ob dieses Thema überhaupt relevant ist. Wenn wir schauen: 3,5% der Gebäude in der Schweiz sind formell geschützt. Die genauen Werte von Winterthur habe ich nicht herausgefunden, weil die Seite nicht funktioniert, wenn man von der Stadt her kommt. Was aber auch klar ist: 10% sind inventarisiert und schutzverdächtig klassifiziert. Und wenn sie als schutzverdächtig klassifiziert ist, ist klar: Sobald man sie anfasst und umbauen möchte, werden sie heute in aller Regel als denkmalgeschützt tituliert.

Gemäss Bundesrecht, ich habe es gesagt, dürfen diese bezeichneten Anlagen durch Solaranlagen nicht wesentlich beeinträchtigt werden. Und auf allen übrigen Objekten gehen die Interessen der Nutzung der Solarenergie ästhetischen Interessen vor.

Wie hat es der Kanton Zürich geregelt? Er hat es im PGB geregelt und sagt, sorgfältig in Dach- und Fassadenflächen integrierte Solaranlagen werden bewilligt, sofern nicht überwiegende öffentliche Interessen entgegenstehen.

Was ist passiert? Wenn überwiegende rechtliche Interessen entgegenstehen, dann war eigentlich die Idee des Gesetzgebers, dass die Bewilligungsinstanz beweisen muss, dass überwiegende öffentliche Interessen einer Bewilligung entgegenstehen. Was aber de facto passiert ist, ist dass die Denkmalpflege diese Regelung in das Gegenteil verkehrt hat. Heute ist es so, dass in allen Fällen ein Schutzgutachten erstellt werden muss, und praktisch in allen Fällen die Schutzwürdigkeit der bestehenden Dachflächen in Kernzonen bestätigt wird. Der Bauherr muss den Gegenbeweis führen, was praktisch unmöglich ist, weil sich erstens kaum Gutachter finden, die den Mut haben, zu sagen, dass eine Schutzwürdigkeit nicht gegeben ist. Und Zweitens, wenn sie es dann machen, wird es sehr oft als Gefälligkeitsgutachten tituliert. Es resultiert also eine umgekehrte Beweislast. Sorgfältig erstellte Gutachten werden in der Behörde und in den Berichten im Rahmen der Interessensabwägung allgemeinen Grundsätzen (und die stehen in der Bundesverfassung) vorgezogen.

Was haben wir heute? Wir haben wirklich rechtliche Unsicherheit. Die Bestimmungen in Winterthur sagen, es muss gut gestaltet sein und es muss eine sorgfältige Einordnung in Dach- und allenfalls Fassadenflächen sowie in die Umgebung stattfinden. Aber, meine Damen und Herren, was heisst das konkret? Und was das konkret heisst, beantragen wir in unserem Zusatzartikel zu Artikel 8 zur Bau- und Zonenordnung zu klären. Wir sagen, sorgfältig integrierte Anlagen sind solche mit reflexarmem Glas und Umfassungen in derselben Farbe, dach-, first- und seitenbündig oder fassadenbündig sind und ganzflächig in das Dach oder die Fassade integriert sind. Und das Ganze möchten wir nicht nur in der Kernzone haben, sondern auch in der Quartierhaltungszone.

Dieser Text stammt nicht von uns, sondern dieser Text ist vom ehemaligen Bundesgerichtspräsident Giusep Nay formuliert worden und dem Professor Dr. Heribert Rausch. Das sind Kapazitäten in diesem Bereich. Und diese zwei haben das formuliert, als man das Thema auf Bundesebene diskutiert hat. Man ist nachher von dieser Formulierung abgerückt auf Bundesebene. Nicht weil man sie schlecht gefunden hat, im Gegenteil, man hat das sehr gut gefunden, aber man wollte den Kantonen die Freiheit lassen, da selber eine Formulierung zu finden und sich den kantonalen Gegebenheiten anpassen zu können.

Jetzt habe ich von den Gegnern dieser Vorlage schon gehört, das sei eine Einschränkung, weil man heute theoretisch viel mehr kann. Ja, man kann theoretisch mehr. Praktisch ist es aber so, dass wenn man ein solches Bauvorhaben hat und die erste Ansprechinstanz die Denkmalpflege ist, diese einem im Wesentlichen sagt, dass man in der Kernzone im Moment nicht bauen kann und darum die meisten Leute bereits dann aufgeben und es gar nie so weit kommt, dass es ein Baugesuch gibt. Und das sind vermeintliche Freiheiten. Was nützen mir Freiheiten, wenn ich sie gar nie umsetzen kann?

Und deshalb haben wir diesen Artikel eingebracht und haben versucht zu klären, unter welchen Bedingungen man ganz klar sagen kann, dass der Bauherr das Recht darauf hat, dass er seine Solarpanele auf das Dach bauen darf.

Die Diskussion wurde immer nur ein bisschen um die Altstadt geführt. Die Kernzonen in Winterthur (ich verzichte darauf, diese herunterzulesen) sind deutlich weiter und in all diesen Kernzonen und auch in den Quartierhaltungszonen hat es Liegenschaften, die von dieser Regelung betroffen wären.

Und es ist also nicht so, dass das ein Vorstoss ist der Baulobby, wie es uns auch unterstellt wurde. Sondern auch die Schüler der Kantonsschule Im Lee haben eine Petition gestartet, dass man Solaranlagen auf dem Schulhausdach vorsehen sollte. Also die Klimajugend, die vorhin da sass, auch die sagt, wir wollen ein Solarpanel auf diesem Schulhaus haben.

Auch da zeigt sich: Es ist wirklich etwas, wo eine Interessensabwägung stattfinden muss, und das es durchaus Wert ist, von uns diskutiert zu werden. Das Potential der Photovoltaik in Winterthur ist riesig. Das ist eine Grafik vom Bundesamt für Energie. Wir könnten 504 GWh pro Jahr Solarstrom produzieren. Aber wir können es nur dann, wenn wir den Leuten wirklich ermöglichen (und nur das soll diese Vorlage machen), die die Energiewende ernst nehmen und in einer Kernzone wohnen, auch Solarpanele installieren zu dürfen.

Deshalb helfen Sie Bürgerinnen und Bürgern, die in der Kernzone wohnen und die Energiewende wirklich ernst nehmen, die Solarenergie zu nutzen. Und wichtig ist: Man tut ein bisschen so, als ob die Photovoltaik das Ende der Altstadt ist. Man muss auch sehen wenn man sie aufbaut: Sie sind reversibel, die kann man wieder zurückbauen. Wenn wir in 30 Jahren so weit sind, dass wir andere Energiequellen haben, dass wir nicht mehr auf die Photovoltaik angewiesen sind, dann können wir diese wieder zurückbauen und können die Dächer wieder mit Biberschwanz- und Klosterziegeln aus dem letzten Jahrhundert bedecken.

Von daher bitten wir Sie, machen Sie mit: Haben wir den Mut, machen wir den Schritt, schaffen wir klare rechtliche Voraussetzungen für Solarpanele in den Kernzonen und in den Quartiererhaltungszonen in Winterthur.

Ratspräsident A. Geering: Es gibt einen Ablehnungsantrag. Felix Landolt bitte.

F. Landolt (SP): Ich komme nicht darum herum, im Namen der SP einen Ablehnungsantrag zu stellen. Ich möchte das kurz begründen.

Das Postulat erhebt den Anspruch, qualitativ gute architektonische und städtebauliche Gestaltung definieren zu können. Es erhebt also den Anspruch zu sagen, wenn dann. Wenn reflexfreies Glas, wenn dach-, first- oder seitenbündig und ganzflächige PV-Anlagen vorgesehen sind, dann besteht ein Rechtsanspruch. Und dann handelt es sich um gute Gestaltung. Wir denken, die Postulanten verkennen nach unserem Erachten das Wesen der Beurteilung von gestalterischer Qualität. Bei der Beurteilung geht es immer um den Einzelfall, das ganz konkrete Projekt an einem konkreten Ort. Und in dieser Hinsicht sind in unseren Augen die Bedingungen im Artikel 8 der Bau- und Zonenordnung hinreichend und korrekt. Darin wird die Voraussetzung für die Baubewilligung von einer guten Gestaltung und der sorgfältigen Einordnung in Dach- und allenfalls Fassadenflächen und in die Umgebung genannt. Im Einzelfall sind die Voraussetzungen zu überprüfen.

Beim Postulat handelt es sich um eine überflüssige Überreglementierung, was mich bei diesem Vorstoss von der FDP schon sehr erstaunt. Im Weiteren kann man das auch als Angriff auf wertvolle Errungenschaften und die bewährte Praxis beim sorgfältigen Umgang mit bestehender Bausubstanz beurteilen, sei das von denkmalgeschützten Gebäuden in der Kernzone oder in Quartiererhaltungszonen.

Im Weiteren gaukelt das Postulat vor, dass damit, mit dieser Lösung, durch die Bau- und Zonenvorgaben in den Kernzonengebieten ein wesentlicher Beitrag zur Energiewende geleistet werden könnte. Und das stimmt wahrscheinlich nicht. Denn ich habe lange mit denkmalgeschützten Gebäuden gearbeitet, und man hat immer eine Lösung gefunden, wenn es um das ging.

Ich bitte darum, den Ablehnungsantrag zu unterstützen.

I. Kuster (CVP/EDU): Ich mache es kurz. Wenn es uns wirklich ernst ist mit dem langfristigen Ausstieg aus der fossilen Energiewirtschaft und der Senkung des CO₂-Ausstosses, so müssen wir die Rahmenbedingungen schaffen, die die Installation von Solaranlagen erleichtern. Und zwar so, wie es Romana eindrücklich gezeigt hat. Ohne Angst vor zeit- und geldraubenden Prozessen vor Gericht.

H.R. Hofer (SVP): Vieles wurde von Romana schon richtig gesagt, vielen Dank dafür und für Deine Präsentation.

Nur noch soviel: Die Entwicklung von Solarpanels und von Batterien schreitet sowohl in der Leistung wie auch in der Gestaltung rasant voran. Solarpanels sind teilweise kaum mehr als solche zu erkennen. Wenn wir den Auftrag der Volksabstimmung von 2013 ernst nehmen, ist die Annahme oder Überweisung dieser Motion ein absolutes Muss.

Wenn wir die Flächen zur Gewinnung von Solarenergie nicht markant steigern, ist ein Erreichen der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft, wie von links-grün immer gefordert, utopisch und letztlich nicht mehr als ein Lippenbekenntnis oder Wahlkampf.

Die SVP überweist die vorliegende Motion und hofft auch auf Eure Unterstützung.

R. Diener (Grüne/AL): Ich muss dem vehement widersprechen, was da jetzt von rechter Seite gesagt wurde, und mich ein bisschen dem anschliessen, was bereits von Felix Landolt aufgeworfen wurde. Es geht bei dieser Motion ganz offensichtlich überhaupt nicht um die grossflächige Umsetzung von Solaranlagen, sondern es geht um eine Regulierung, und zwar eine zusätzliche Regulierung, die eher weniger als mehr Solaranlagen ermöglichen wird in Zukunft. Und deshalb schliessen wir uns dem Ablehnungsantrag an und unterstützen diesen auch.

Für die Kernzonen beantragt diese Motion eigentlich dasselbe, das wir schon haben, nämlich die Beschreibung, dieser Text, der bereits heute schon drin steht. Zusätzlich sollen noch Materialisierungsvorschriften hineingenommen werden. Ich schliesse mich dem an, das gesagt wurde, und das auch von Hansruedi Hofer jetzt angetönt wurde: Das ändert sich derart schnell. Die Materialisierungen dieser Solarpanele sind im Monatstakt oder mindestens Jahrestakt völlig anders verfügbar. Es ist völlig sinnlos, da Materialisierungsvorschriften in die BZO hineinzuschreiben, die mindestens mehrere Jahre oder einige Jahrzehnte Gültigkeit hat. Die Bewilligungsbehörden haben selbstverständlich den Auftrag, die entsprechenden Vorschriften, die heute bestehen, im Sinn der entsprechenden Rahmenbedingungen, die wir heute Abend miteinander verabschiedet haben, umzusetzen. Und da geht es ja genau darum, dass man natürlich auch wenn immer möglich solche Solaranlagen auch bewilligt. Drittens: Schutzobjekte (da sind wir wahrscheinlich nicht ganz einig mit der SP) werden quasi explizit nochmals erwähnt. Da darf man keine Solaranlagen machen oder eben nur unter ganz ganz strengen Auflagen. Das sehen wir eher weniger. Wir möchten eher keine Auflagen haben, dass man diese überall bauen kann. In diesem Fall wären wir eher für weniger Regeln, für weniger Regulierung, damit man mehr Möglichkeiten hätte, um Solaranlagen zu bauen.

Und am Schluss: Die Menge der Anzahl Anlagen, die wir erstellen können auf Schutzobjekten und/oder in Kern- oder Quartiererhaltungszonen, das ist der kleinste Teil, meine liebe FDP, der Bausubstanz, die wir haben in der Stadt Winterthur. Wenn es Euch darum geht (und ich habe gesehen, Ihr unterstützt, das finde ich toll), dann unterstützt unser Postulat. Dort geht es darum, alle Liegenschaften zu adressieren und auch zu fördern. Fördergelder auszusprechen. Das ist der richtige Weg. Danke für die Unterstützung.

M. Nater (GLP): Das Anliegen von Romana Heuberger und den Mitstreitern ist ja schon positiv und es freut mich auch ihre Begründung, dass die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft ein Auftrag der Bevölkerung seit 2012 sind, und zwar an den Stadtrat. Leider kann ich mich nicht erinnern, dass der Stadtrat da schon viel gemacht hat.

Auch sehen wir es genau gleich, dass die lokale Energieproduktion noch viel zu wenig gefördert wird. Es sind ja nur bedingt die Vorschriften, die hier einschränkend sind. Es ist schlicht und einfach nicht wirtschaftlich. Gemäss Rückmeldungen aus der Bevölkerung ist nicht die Bewilligungen das Problem, sondern die fehlende Wirtschaftlichkeit bei einem Abnahmepreis von 12 Rp./kWh oder sogar 5 Rp., wenn keine Zertifizierung vorliegt. Da wäre vielleicht der direkte Kontakt zum Stadtrat ein besserer Weg, um das entsprechend auszubauen.

Das nun die Liberalen den Begriff «Gute Gestaltung» weiter einschränken wollen, ist schon gewöhnungsbedürftig. Das heisst ja, dass man mehr Gesetze und mehr Regulierungen schaffen will für den Bau von Solaranlagen. Diese Definition finde ich schwierig, vor allem, da die Stadt es im Griff hat, diese Formulierung zu ihren Gunsten entsprechend auszulegen.

Jetzt kommt aber der wichtigste Punkt. Der ist vielleicht nicht so rechtlich. Ich habe eine Ausbildung als Spengler/Sanitärinstallateur absolviert und ich kann Ihnen sagen, für einen Spengler braucht es viel mehr Aufwand, eine bündige Montage von Dachaufbauten wasserdicht zu gestalten. Wenn man das wirklich so umsetzen will, ist das einfach viel kostenintensiver. Der andere Punkt ist auch: Wenn man bei einer Fassade fassadenbündig Solarpanele einbauen will, würde das heissen, man müsste fast die Wand aufspitzen. Wenn man sich solche Sachen überlegt, dann ist wirklich die Frage, was das für ein Artikel ist.

Und eine grosse Frage ist für mich auch, wieso Marc so etwas überhaupt unterschreibt, er, der gegen Regeln ist und viele Freiheiten haben will. Und gute Gestaltung ist glaube ich ziemlich viel Freiheit gegenüber dem, was da aufgezeigt wurde.

Gerne können alle auch mal die Solaranlage auf dem Casinodach anschauen, das ist ein „Pflatsch“, der daraufgestellt wurde. Ob das dann mit dieser Regelung noch möglich ist, weiss ich auch nicht.

Die GLP wird diesen Verhinderungsparagraf für Solaranlagen nicht unterstützen.

M. Wäckerlin (PP): Dann ist ja schön, dass ich Dir gleich entgegen kann, Markus. Wenn Du genau geschaut hättest, hättest Du gesehen, dass ich nicht unterschrieben habe. Aber das hat damit zu tun, dass ich gar nicht anwesend war, als das rumgereicht wurde.

Klammerbemerkung der Protokollführerin: Marc Wäckerlin hat den Vorstoss am 15.4.19 unterschrieben.

Ich sehe das schon ein bisschen wie Du, Markus. Ich finde es unschön, dass man das so regulieren muss, aber tatsächlich haben wir offensichtlich eben ein Problem. Denn da gibt es einen Konflikt zwischen dem Heimatschutz und denen, die gerne bauen wollen, wo eben jetzt wirklich falsch entschieden wird. Und das müssen wir korrigieren. Und vielleicht können wir das jetzt nur so korrigieren. Vielleicht fällt ja dem Stadtrat, der jetzt mitbekommen hat, um was es eigentlich geht, auch noch eine gescheitere Lösung ein, als jetzt da formuliert ist. Aber was wir wollen, ist klar: Dass man dort auch Solaranlagen machen kann.

Und, lieber Felix, Du sagst nachher, Du willst gar nicht, Du willst gar nicht bei diesem Zielkonflikt, dass das zu Lasten des Heimatschutzes geht. Aber Du warst doch auch bei denen, die den Klimanotstand ausgerufen haben. Wenn man den Notstand ausruft, dann kann man nicht mehr auf andere Dinge Rücksicht nehmen.

Ihr sagt da A, aber nicht B. Das ist sehr unlogisch, was Ihr da macht.

Ich möchte auch noch darauf hinweisen, zum allerersten Mal. Jetzt musste ich x-mal Nein sagen. Jetzt kann ich endlich mal Ja sagen. Und ich möchte darauf hinweisen, es hat noch mehr so gute Vorstösse, die meiner Meinung nach auch tatsächlich etwas bringen - und nicht nur reine Symbolpolitik sind.

Und da würde ich auch die nächsten, ohne dass ich das jedes Mal erwähne, auch unterstützen.

R. Heuberger (FDP): Ich möchte noch kurz auf einige Argumente eingehen. Es wurde gesagt, dass die Formulierung einschränkend ist. Fakt ist, dass es mit der heutigen Formulierung gar nie so weit kommt, dass Leute ein Baugesuch stellen, weil sie ganz genau wissen, dass der Heimatschutz Rekurs einlegen wird und dass es dazu führt, dass man bis vor das Bundesgericht prozessieren muss. Und das kostet 10-20'000 Fr. und so teuer ist die Photovoltaik dann doch nicht. Bzw. das ist das Argument, das Du, Markus, eingebracht ist: Wenn man einen Rechtsstreit im Voraus machen muss, dann ist es ganz sicher nicht mehr einigermaßen kostenneutral umzusetzen.

Du hast vorhin auch gesagt, dass es weniger Anlagen geben würde mit dieser Regulierung. Es gab ein Rechtsgutachten, bei dem man diverse solche Anlagen angeschaut hat und feststellte, als man es auf Bundesebene anschaute, dass es deutlich mehr Bewilligungen geben sollte als mit der bisherigen Formulierung. Auch das ist eine reine Bauchbehauptung.

Das Wichtige an dem Ganzen ist, dass eine Umkehr der Beweislast stattgefunden hat. Wie gesagt: Der Gesetzgeber wollte eigentlich, dass die Bewilligungsinstanz begründen muss, warum das öffentliche Interesse tangiert ist. Heute muss der Bauherr beweisen, dass er das nicht tangiert. Und das ist einfach eine umgekehrte Beweislast, die dazu führt, dass eigentlich ein Bauherr, der wirklich Photovoltaik-Anlagen auf das Dach montieren möchte, fast keine Chancen mehr hat, da durchzukommen.

Und ich bin jetzt schon einigermaßen erstaunt: Wir haben vor 2-3 Traktanden den Notstand ausgerufen. Ihr habt gesagt, man muss handeln und zwar sofort und überall, wo man kann. Und bei jedem konkreten Vorschlag, den wir bringen, bei dem man nachweisen kann, dass es etwas bringen würde, sagt Ihr „Ja, aber...“ und sind genau in diesem Fall nicht damit einverstanden, dass man das angeht.

Und vielleicht zu dem, was Du gesagt hast wegen der Montage: Wir haben mit den Produzenten von Photovoltaik-Anlagen gesprochen. Markus, es ist vielleicht ein bisschen lange

her, seit Du Deine Lehre gemacht hast. Mittlerweile ist es kein Problem mehr, diese Umsetzung, die wir da postulieren, auch tatsächlich zu machen. Es ist nicht mehr kostenrelevant. Und deshalb bitte ich Euch: Hört auf mit diesem „Ja aber“. Wenn wir wirklich einen Notstand haben, dann müssen wir die Interessen abwägen und machen. Und ich bitte Euch wirklich, jetzt da Ja zu sagen zu dieser Formulierung, damit die Bauherren, die einen Beitrag leisten wollen, das auch tatsächlich machen können.

Stadträtin Ch. Meier: Romana Heuberger hat in ihrer Präsentation der Motion das Planungs- und Baugesetz zitiert. Paragraph 238 sagt, dass sorgfältig in Dach- und Fassadenfläche integrierte Solaranlagen bewilligt werden, sofern sie eben nicht überwiegend öffentliches Interesse tangieren.

Die städtische Bauordnung hat dann in Artikel 8 noch die Ergänzung, dass für Solaranlagen gute Gestaltung und sorgfältige Einordnung in Dach- und allenfalls Fassadenflächen sowie in die Umgebung Voraussetzung sind für eine Bewilligung.

Diese Regelung, Artikel 8, hat der Grosse Gemeinderat erst am 13. Dezember 2010 im Rahmen der Umsetzung der Motion betreffend Bewilligung von Solaranlagen beschlossen. Vorgängig war ein langer, intensiver politischer Prozess, bei dem Einwendungen vom Winterthurer Heimatschutz, vom Winterthurer SIA und die Vorprüfung des Kantons berücksichtigt wurden. Der Artikel 8 ist also ein gut ausgewogener und gut ausgeklügelter Kompromiss, den man bitte nicht ohne Not aufs Spiel setzen sollte.

Es ist durchaus nicht so, dass Solaranlagen in den Kernzonen oder den Quartiererhaltungszonen nicht erlaubt sind. Wir haben in Winterthur nämlich eigentlich eine sehr liberale Praxis. Der Grund, wieso es sehr häufig dann eben nicht gemacht wird, ist ein anderer. Und zwar der, dass diese Dachflächen häufig unregelmässig und relativ kleinräumig sind, d.h. grosse Anlagen sind gar nicht möglich auf diesen Dächern. Entsprechend sind die Kosten pro generierte Kilowattstunde deutlich höher als bei grossen Dachflächen. Und sehr oft ist es ein rein wirtschaftlicher Entscheid, dass die Leute sich dann eben gegen eine solche Solaranlage entscheiden und auch dagegen entscheiden, durch den ganzen Prozess, den es eben braucht, durchzugehen. Ich bitte Sie, diese Motion nicht zu überweisen.

Ratspräsident A. Geering: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dieser Motion zustimmen möchte, soll das zeigen durch Handerheben.

Die Überweisung der Motion wird mit einer deutlichen Mehrheit abgelehnt.

Wir haben jetzt in einer Stunde drei Traktanden abarbeiten können. Wir haben im Durchschnitt pro Vorstoss 20 Minuten gebraucht. Wenn wir in diesem Tempo weitermachen, muss ich die Prognose, wann wir fertig werden, nach hinten korrigieren, zwischen halb zwölf und zwölf. Ihr habt es in der Hand. Schaut bei Euren eigenen Voten und bei der Fraktion auf die Uhr, ob vielleicht der eine oder andere Satz gestrichen werden kann, und wenn möglich nur eine Meldung pro Fraktion wäre auch hilfreich.

8. Traktandum

GGR-Nr. 19.74: Begründung des Postulats M. Gross (SVP), U. Hofer (FDP), M. Nater (GLP), Z. Dähler (EDU) und B. Huizinga (EVP) betr. wärmetechnische Gebäudesanierungen attraktiver machen

Ratspräsident A. Geering: Begründung des Postulats betreffend wärmetechnische Gebäudesanierungen attraktiver machen. Das Wort hat Michael Gross.

M. Gross (SVP): Die Idee für dieses Postulat, die ich da hatte, ist eigentlich im Gespräch zusammen mit einem in Winterthur ansässigen Bauunternehmer und einem Pensionskassenverwalter entstanden. Bei der Recherche bin ich dann ziemlich rasch auf einen Vorstoss von

Felix Landolt gestossen, der 2009 ein ähnliches Ziel hatte, dieses jedoch mit anderen Mitteln zu erreichen versuchte.

Aus meiner Sicht gibt es aber heute, 10 Jahre später, mehrere Gründe, dieses Thema noch einmal aufzunehmen:

1. Bei den Gebäuden liegt das grösste Potenzial, um sinnvoll Energie zu sparen, ohne dass Menschen zu sehr beschränkt werden.
2. Der Staat kann mit einer sinnvollen Bau- und Zonenordnung die richtigen Anreize schaffen, ohne Geld zu verteilen oder die Einwohner mit mehr Gebühren, Steuern oder Abgaben zu bestrafen.
3. Wir brauchen dringend mehr Anreize, um die Gebäude effizienter zu machen. Die Erneuerung- und Sanierungsrate ist trotz niedrigsten Zinsen und anderen Anreizen wie steuerlichen oder auch Subventionen viel zu tief.
4. Die Ausgangslage hat sich verschoben. Die Bevölkerung will heute offensichtlich härtere Massnahmen zugunsten des Klimaschutzes und ist bereit, mit den resultierenden Einschränkungen zu leben.
5. Eine innerstädtische Verdichtung ist aufgrund des massiven Bevölkerungswachstums respektive der starken Zuwanderung mittlerweile zwingend und auch gewünscht.
6. Im Gegensatz zum Vorstoss von Felix respektive der stadträtlichen Antwort wollen wir hauptsächlich positive Anreize für energetische Sanierungen schaffen und keine Bestrafungen vorsehen (Bestandesgarantie ist sichergestellt). Umweltfreundliche Hauseigentümer sollen zum Beispiel durch bessere Ausnützung ihres Grundstücks belohnt werden.

Ich möchte einen Aspekt noch vertieft diskutieren, der mir wichtig scheint und der vielfach vergessen geht. Investitionen in energetische Sanierungen sind für Hauseigentümer und professionelle Investoren nicht attraktiv. Die hohen Investitionen können durch das bessere Angebot beziehungsweise den höheren Standard nicht wirtschaftlich umgesetzt werden.

Wärmetechnische Investitionen führen zu tieferen Nebenkosten und generieren keine zusätzlichen Mieteinnahmen. Energetische Investitionen lohnen sich daher meistens dann, wenn ohnehin eine Sanierung ansteht. Das ist ein Grund dafür, weshalb der Altbestand nur langsam und meistens nicht nach bestmöglichen, ökologischen Kriterien erneuert wird.

Institutionelle Anleger sind verpflichtet, die Wirtschaftlichkeit ins Zentrum zu stellen. Für Pensionskassen (diese Diskussion führen wir hier drinnen auch immer wieder) – die zu einem grossen Teil Eigentümer von Büro-, Gewerbe- und Mietliegenschaften in der Stadt Winterthur sind – ist die Wirtschaftlichkeit beziehungsweise Rendite eine zentrale Grösse. Nicht zuletzt, um die hohen Forderungen der Sozialpolitik zu gewährleisten.

Zum Beispiel müssen Pensionskassen maximale Erträge für ihre heutigen und künftigen Rentner zu erwirtschaften, um bei steigender Lebenserwartung angemessene Renten garantieren zu können. Das lässt kein Spielraum für eine optimale energetische Sanierung.

Bei vielen Liegenschaften ist eine höhere Ausnützung wie zum Beispiel der Ausbau von Dachgeschossen aber auch städtebaulich wünschenswert und könnte die gesamte Kosten-/Nutzung-Betrachtung positiv beeinflussen. Zudem wäre gerade die energetische Sanierung und Verdichtung im Altbestand eine ökologische und nachhaltige Massnahme, um der zusätzlichen Raumnachfrage zu begegnen.

Vielen Dank für die Unterstützung dieses Postulats.

Ratspräsident A. Geering: Es gibt einen Ablehnungsantrag von Felix Landolt, SP.

F. Landolt (SP): Es tut mir leid, ich muss schon wieder einen Ablehnungsantrag stellen. Und zwar wegen zwei Versuchen, Michi. Es waren zwei Versuche in die genau gleiche Richtung. Wir möchten einfach vermeiden, dass der Stadtrat und die Verwaltung unnötige Arbeit machen müssen. Ich wage zu behaupten, dass die stadträtliche Antwort, die man bekommen würde, ziemlich identisch ist mit der Antwort, die wir 2013 erhalten haben, und die wir als Gemeinderat akzeptiert haben.

Der erste Versuch, den wir machten, war im Jahr 2009. Das war das Postulat 2009.134. Die SP hat zusammen mit den Grünen und der Fraktion EVP/EDU/GLP (die gab es damals noch) gemacht und einige Vertreter der FDP haben ebenfalls unterschrieben. Es hiess «Förderung

von energetisch sehr sparsamen Gebäuden». Die SVP und die CVP haben sich damals bei diesen Forderungen nicht angeschlossen, machen jetzt aber einen fast identischen Vorstoss. Sie wollen höhere Ausnützungsanreize setzen, damit die Sanierungen wirtschaftlicher werden. Die Antwort vom Juni 2011 ist 12 Seiten lang und eigentlich sehr ausführlich. Im Kern hat der Stadtrat dargelegt, dass die Baumassenziffer kein geeignetes Steuerungsinstrument für Energieeffizienz ist. Und wenn man sagt, man müsse einfach die Baumasse ausdehnen, dann ist das unkontrollierbar und man weiss nicht was daraus entsteht. Wir haben das akzeptiert damals.

Den zweiten Versuch in dieser Richtung haben wir unternommen mit der GLP, den Grünen, der EVP und der FDP, vollständig unterstützt. Die Motion 2012.86 «Für eine schnellere energetische Erneuerung». Das Ziel dieser Motion war die Steigerung der energetischen Erneuerungsrate von 0,5 auf 1%. Gefordert wurden Anpassungen bei der Ausnützung bei Sonderbauvorschriften etc. Der Stadtrat kommt in der Antwort zum Schluss, dass auf Gemeindeebene die Forderung der Motion nicht umgesetzt werden kann. Ich kann mich noch gut an die ausführlichen und wirklich hartnäckigen Diskussionen in der Bau- und Betriebskommission erinnern, damals auch noch mit Beat Meier. Wir haben externe Beispiele beigezogen, was denn möglich ist auf Gemeindeebene. Wir hatten Beispiele von Männedorf, von Richterswil, die Anpassungen auf Gemeindeebene gemacht haben. Wir kamen dann aber 2017, notabene 4-5 Jahre nach dem Einreihen, zum Schluss, dass es nicht umsetzbar ist. Wir mussten also schweren Herzens zustimmen. Grund dafür ist der verschwindend kleine Hebel. Man konnte schon etwas machen, aber es hat einfach praktisch nichts gebracht.

Und wegen der Wirtschaftlichkeit von Sanierungen: Wir haben ja heute Abend schon einmal von der Lenkungsabgabe gesprochen. Das wäre ein typisches Instrument, mit dem man eine Sanierung attraktiv machen könnte, wenn man fossile Energieträger mit einer Lenkungsabgabe belasten würde, dann würde das mehr kosten und die Wirtschaftlichkeit wäre dann gegeben.

In dem Sinn, um unnötige Arbeit vom Stadtrat und der Verwaltung abzuhalten, stellen wir den Ablehnungsantrag.

U. Hofer (FDP): Ich habe in meinem Eingangsvotum gesagt, dass ich auf Eigenverantwortung setze statt Proporzpolitik. Das spricht genau das an. Deshalb stehen wir da voll dahinter und allgemein hinter Ideen, die über Anreize gehen statt Verboten und Lenkungsabgaben. Aber es scheint nicht der Abend dafür zu sein. Ich erlaube mir deshalb auch die Nebenbemerkung, dass die SP und die Grünen bis anhin trotz Notstand und trotz dringendem Handlungsbedarf genau Nichts unterstützt haben, abgesehen vom Steilpass der CVP für Umverteilungspolitik, die aus ihrer leider nicht ganz parteiübergreifenden Arbeitsgruppe entsteht. Es wird leider bis zum Ende auch so bleiben. Meines Erachtens setzt man halt doch nicht auf den Notstand und ich glaube, es wird leider so weitergehen.

M. Nater (GLP): Es wird politisch. Gehen wir wieder einmal zur Sache.

Anreize für die Wirtschaft, um die Sanierungsrate von Liegenschaften zu steigern, ist ein liberale Ansatz, das sagen wir auch. Und wenn es dann sogar noch der Ökologie zu Gute kommt, dann können wir das unterstützen. Gerade bei den Häusern bezweckt der Vorstoss mehr Nutzungsraum und was wir wollen, sind wirklich griffige Massnahmen, die dann auch der Ökologie zu Gute kommen.

Klar ist die Umsetzung schwierig, das sehen wir auch. Aber ich denke, wir sollten trotzdem wieder einmal einen Start machen und das überprüfen lassen. Und heute, gerade am heutigen Tag, wollen wir der Umwelt etwas Gutes tun und nicht Schranken aufbauen, nur weil der Vorstoss von der SVP kommt. Wenn die SVP als trotziges Kind im Klimabereich schon mal in die richtige Richtung handelt, sollte man dies auch unterstützen.

Und deshalb unterstützen wir diesen Vorstoss.

Z. Dähler (CVP/EDU): Am 19. Juni wurde in der Sendung «Schweiz aktuell» ein Bericht über ein Renovationsprojekt ausgestrahlt. Es geht um einen Wohnblock von 1955, der in Glatt-

brugg steht. Dieser hat bisher rund 33 Tonnen CO₂ pro Jahr ausgestossen. Ganz ohne Fördergelder renoviert der Besitzer das Haus mit dem Ziel, dass es in Zukunft kein CO₂ mehr ausstösst.

Wie wir schon gehört haben, geht es v.a. um ältere Gebäude und der Vorstoss macht eine konkrete Vereinfachung für Hausbesitzer, um Gebäude schneller, einfacher und besser sanieren zu können, um den Energieverbrauch senken zu können.

Wir von der CVP/EDU befürworten dieses Vorgehen. Es ist etwas, das eigenverantwortlich gemacht werden kann und es senkt schlussendlich, wie wir schon gehört haben, die Nebenkosten für die Mieter in Mietwohnungen. Und was das bedeutet, durfte ich selber schon erfahren, in meinem Haus. Das ist ein richtiger Segen.

B. Huizinga (EVP): Die EVP sieht es ein bisschen ähnlich. Ich könnte jetzt gleich das Votum übernehmen von Markus Nater, insbesondere den Schlusssatz. Wir unterstützen es und finden, es ist ein weiterer Anreiz, dass die älteren und grösseren Liegenschaften einfach mal wirklich saniert werden. Auch wenn es sich momentan monetär noch nicht lohnt, dass man durch die Massnahmen, die da gefordert sind, einfach andere Anreize setzen würde. Wir haben es am Anfang gesehen: Der Verkehr ist der grösste CO₂-Treiber und als Zweites sind es halt wirklich die Liegenschaften. Und da müssen wir etwas machen. Und deshalb unterstützen wir diesen Vorstoss gern und kommen zu einem ganz anderen Schluss als die SP, die findet, zwei Mal sei man nicht vorwärtsgekommen. Wir kommen noch ein drittes Mal und wollen in dieser Richtung einfach wirklich den Vorstoss unterstützen.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Felix Landolt hat alles gesagt. Die Fraktion Grüne/AL wird den Ablehnungsantrag unterstützen. Ich fasse nochmals zusammen: Für diesen Vorstoss sind Anpassungen bei den kantonalen Normen nötig. MuKE 2014 ist nach wie vor im Kantonsrat in Beratung. Bei den Rechtsgrundlagen, die wir jetzt haben, ist das nur möglich bei Sondernutzungszonen und Energiezonen. Zudem ist zu beachten, dass wir in Winterthur früher oder später eine Totalrevision der Bau- und Zonenordnung machen werden. Und meistens verteilt man in diesen Fällen Geschenke, z.B. höhere Ausnützung. Und wir können nicht jetzt Geschenke verteilen und nachher nochmals Geschenke verteilen. Sondern wenn schon warten wir jetzt, bis der Kanton seine Gesetzgebung gemacht hat, seine Hausaufgaben. Und dann machen wir das, zusammen mit der Bau- und Zonenordnung.

Stadträtin Ch. Meier: Barbara Günthard hat in ihrem Eintretensvotum gesagt, dass eines der Kriterien, wie wir Vorstösse beurteilen, eben ist, ob der Adressat der Richtige ist. Und es wurde jetzt mehrmals genannt: Die Energiegesetzgebung ist beim Kanton, d.h. wir haben in Winterthur einfach nicht einen so wahnsinnig grossen Hebel, wie sich das gewisse Leute wünschen würden. Da kann man einen Vorstoss auch noch 10 Mal bringen, das ändert so einfach nicht.

Aus diesem Grund hat man 2012 die Motion dann als nicht erheblich erklärt und aus diesem Grund empfehle ich auch heute, diesen Vorstoss nicht zu überweisen.

Es ist aber nicht so, dass wir nichts machen würden. Wir haben durchaus einen Hebel, wo wir eben handeln können. Wir haben z.B. eine ausgezeichnete Energieberatung in Winterthur, die auch rege genutzt wird. Und aus dieser Beratungstätigkeit wissen wir: Den Leuten, die diese Beratung nutzen, ist durchaus bewusst, dass es eben auch einen finanziellen Mehrwert hat, wenn man ein Gebäude energetisch saniert. Und zweitens ist in der Regel auch der finanzielle Anreiz gar nicht unbedingt der Grund, weshalb sie aktiv werden. Sondern es geht durchaus um Umweltthemen.

Die Anreizsysteme, die wir haben, ist unser Förderprogramm, das der Grosse Gemeinderat vor etwas mehr als einem Jahr unter eine neue gesetzliche Grundlage gestellt hat. Nutzen wir doch das, was wir haben, und produzieren nicht heisse Luft.

Ratspräsident A. Geering: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Postulat überweisen möchte, soll das zeigen durch Handerheben.
Ablehnung?

Dann habt Ihr mit einer Mehrheit das Postulat überwiesen.
Wir haben eine persönliche Erklärung von Daniel Oswald.

D. Oswald (SVP): Nur kurz: Es wurde hier bei diesem Vorstoss gesagt, es gehe wegen kantonalen Vorgaben nicht. Zentral ist einfach, ob der Stadtrat will oder nicht. Wenn es um Sozialkostenverteilung geht, da setzt sich der Stadtrat ein, auch auf kantonaler Ebene. Da ruft er alle Mandatsträger auf, die im Kantonsrat sitzen, sie sollen sich für Winterthur einsetzen. Wenn Euch der Klimanotstand ernst ist, liebe linke Mehrheit im Stadtrat, dann könnt Ihr Euch auch für die Forderung dieses Postulats einsetzen. Danke.

Ratspräsident A. Geering: Möchte der Stadtrat replizieren?

Stadträtin Ch. Meier: Nein.

Ratspräsident A. Geering: Abgesehen von der persönlichen Erklärung haben wir das Traktandum in einer Viertelstunde durch gehabt. Ihr habt Euch gesteigert. Danke vielmals.

9. Traktandum

GGR-Nr. 2019.76: Begründung des Postulats B. Zäch (SP), K. Frei Glowatz (Grüne), L. Banholzer (EVP) und U. Glättli (GLP) betr. kommunaler Energieplan und Schaffung von Energiezonen gemäss Planungs- und Baugesetz (PBG)

Ratspräsident A. Geering: Begründung des Postulats betreffend kommunaler Energieplan und Schaffung von Energiezonen gemäss Planungs- und Baugesetz (PBG). Ich gebe das Wort Benedikt Zäch.

B. Zäch (SP): 2013 hat die Stadt einen kommunalen «Energieplan» festgesetzt, der Zonen bestimmt, in denen bestimmte Energieträger prioritär genutzt werden sollen. So sind Fernwärme-Gebiete ausgeschieden worden, Perimeter für Quartier-Wärmeverbünde definiert und Gebiete ausgewiesen, in denen Grundwasserwärme zum Einsatz kommen soll. Der Energieplan ist ein planerisches Instrument und hat als Sachplan eine sogenannte «behördenanweisende Wirkung».

Beim heutigen Stand wird der Energieplan unterschiedlich umgesetzt. Während die Planung für Fernwärmegebiete und für Gebiete, die von Öl und Gas auf Fernwärme umgestellt werden sollen, relativ konsequent verfolgt wird, stockt die Planung von Quartierwärmeverbünden bekanntlich, vor allem auf Grund von aktuellen Wirtschaftlichkeitsberechnungen und mangelnder Nachfrage wegen zu tiefen Preisen von fossilen Energieträgern. Weite Gebiete der Stadt sind als Eignungsgebiet 2 immer noch als Gasversorgungsgebiet ausgeschieden, ohne dass konkrete Planungen für den Ersatz durch nicht-fossile Energien bestehen.

Sechs Gebiete werden mit bestehenden Wärmeverbünden versorgt, die zwischen 73% und 99% mit erneuerbaren Energieträgern betrieben werden. Der grösste Wärmeverbund beliefert das Sulzerareal, die anderen, meist an Stadtrandlage, sind eher klein. Das grösste geplante Projekt, Aquifer, wurde aus wirtschaftlichen Überlegungen aufgegeben.

Mit einer Ergänzung im kantonalen Planungs- und Baugesetz (§ 78a), die seit 2015 in Kraft ist, kann man hier einen wesentlichen Schritt weitergehen und Transformation zu nicht-fossilen Energieträgern beschleunigen. Im Rahmen der Bau- und Zonenordnung können gemäss diesem Paragraphen sogenannte «Energiezonen» festgelegt werden, in denen Anordnungen zur Nutzung von erneuerbarer Energie getroffen werden können (so die Formulierung). Diese Festlegungen sind behörden- und (noch wichtiger) vor allem grundeigentümergebunden. In der Stadt Winterthur kommen dafür Gebiete in Frage, die gemäss Energieplan als Eignungsgebiete bezeichnet sind. Die Energieversorgung erfolgt hier in grossen Teilen über lei-

tungsgebundene fossile Energieträger, sprich: Erdgas. Hier müsste eine konsequente Transformation in Richtung nicht-fossile, erneuerbare Energie einsetzen. Neben zusätzlichen Quartier-Wärmeverbünden, die im Rahmen des Energie-Contracting von Stadtwerk errichtet werden können, ist es notwendig, im Rahmen von Energiezonen den Anteil an erneuerbarer Energie verbindlich festzulegen. Damit wird bei Sanierungen und bei Neubauten auf langfristige Sicht ein klarer Rahmen und auch Rechtssicherheit geschaffen.

Eine Bemerkung noch zum Umfang der Energiezonen, wie sie das Postulat fordert. Die SP ist grundsätzlich für eine möglichst grossflächige Einführung von Energiezonen. Im Sinne eines überparteilich tragfähigen Formulierungsvorschlag haben wir uns für das eingereichte Postulat darauf geeinigt, dass zunächst «mindestens» bestehende Planungs-Perimeter für Wärmeverbünde in die Abklärung einbezogen werden sollen. Die SP würde es aber begrüßen, wenn sich der Stadtrat in der Postulatsantwort auch zu weiteren potentiell möglichen und sinnvollen Gebieten für Energiezonen äussern würde.

Ratspräsident A. Geering: Es gibt einen Ablehnungsantrag. Hansruedi Hofer bitte.

H.R. Hofer (SVP): Die SVP stellt den Antrag, dieses Postulat abzulehnen bzw. nicht zu überweisen.

Wir setzen auf Innovation und technischen Fortschritt und nicht auf Bevormundung, Einschränkung und Zwangsmassnahmen der Bürger und Immobilienbesitzer. Energieautarke Gebäude sind technisch machbar und schon Realität, ein Mehrfamilienhaus steht in Brütten. Wenn man aber im Gebiet eines Wärmeverbundes zu Hause ist oder Grundbesitz hat, bleibt einem nichts anderes übrig als anzuschliessen, sonst werden diese Wärmeverbundprojekte niemals zum Fliegen kommen, das heisst sie werden nicht wirtschaftlich rentabel betrieben werden können.

In seinen eigenen, evtl. auch weitergehenden Bemühungen, CO₂ einzusparen, wird man dann aber eingeschränkt oder ausgebremst. Innovation ist besser als Bevormundung durch einen Energieplan oder durch Energiezonen.

Aus diesen Gründen lehnen wir dieses Postulat ab.

K. Frei (Grüne/AL): Die Fraktion Grüne/AL unterstützt das Anliegen selbstverständlich, mit folgender Begründung: Die Energiezonen, die das Planungs- und Baugesetz vorschlägt, sind heute das einzige grundeigentümerverbindliche Mittel, das im Gebäudebereich die erneuerbaren Energien fördern könnten. Mit ihnen würde der bestehende Winterthurer Energieplan geklärt. Das hat Benedikt Zäch schon viel genauer erläutert.

Diese Zonen können aufzeigen, wo und durch welche Alternativen bestehende Gasvorzugsgebiete reduziert werden könnten. Auf kommunaler Ebene sind diese Zonen heute der einzige Hebel, um anzusetzen. Die Eigenverantwortung reicht nicht, es muss vielleicht einfach manchmal etwas Druck geben, weil MuKE 2014 heute noch nicht ratifiziert sind. Und deshalb wären diese Energiezonen eben das Einzige. Sie hätten eine gewisse Anschlusspflicht zur Folge, das sieht man wahrscheinlich richtig, aber sonst kommen die Quartierwärmeverbünde eben nie wirtschaftlich zum Tragen.

Und ich glaube, wir haben es alle schon gehört: Wir müssen etwas machen. Und deshalb müsste man auch da einmal Ja sagen. Die Energiezonen sind ein überfälliger Schritt auf dem Weg weg vom Öl und Gas im Gebäudeenergiebereich in Winterthur. Stimmen Sie doch deshalb dem Postulat «Schaffung von Energiezonen im kommunalen Energieplan» zu.

L. Banholzer (EVP): Benedikt Zäch hat es gesagt, der kommunale Energieplan legt Massnahmen fest zur Erreichung von einer zukunftsgerichteten Energieversorgung. Und er ist ein Planungsinstrument, das aber nicht eigentümerverbindlich ist. Mit dem neuen Artikel im kantonalen Planungs- und Baugesetz haben wir jetzt eben die Möglichkeit, Zonen festzulegen, in denen man Vorgaben machen kann betreffend Nutzung von erneuerbaren Energien.

In diesem Postulat sind diese Perimeter rund um Quartierwärmeverbünde besonders genannt. Man könnte sich auch vorstellen, dass z.B. Photovoltaik gefördert würde oder andere Gebiete, die sich für eine besondere Energienutzung eignen.

Die EVP ist überzeugt, dass das Potential zur Steigerung der Alternativenenergien für den Wärme- und Energiebedarf von Gebäuden sehr gross ist. Und jetzt, wo wir die gesetzlichen Grundlagen haben (die Zürcher Bevölkerung hat mit ca. 55% diesen Energiezonen zugestimmt), schauen wir es als sinnvoll an, den Energieplan zu überprüfen und allenfalls solche Energiezonen einzurichten. Die EVP wird deshalb der Überweisung zustimmen.

U. Glättli (GLP): Innovation und technischer Fortschritt, das wirkt jetzt seit 30 Jahren im Energiebereich – und es wirkt eben zu wenig. Ich knöpfe da an beim Votum von Katharina Frei Glowatz. Mit dem vorliegenden Postulat soll der Stadtrat v.a. prüfen, ob in Wärmeverbundgebieten in der Bau- und Zonenordnung Energiezonen anzuordnen sind.

Es geht weder um einen Energie-Richtplan noch um einen kommunalen Energieplan, sondern um nutzungsplanerische parzellenscharfe Zonenanordnungen zur Nutzung erneuerbarer Energien gemäss § 78a PBG. Solche Energiezonen sind dort und nur dort sinnvoll, wo erneuerbare Energien auch hinreichend und flächendeckend zur Verfügung stehen. Deshalb ist dieser Vorstoss begrenzt auf Wärmeverbundgebiete. Mindestens so verstehen wir ihn.

Die Eigentümer, die irgendwo in diesen Zonen wohnen, werden immer noch die Wahl haben über den Energieträger, jedoch muss dieser Energieträger, den sie dann anschliessen, erneuerbar sein. Die Betroffenen werden in der Regel den günstigsten erneuerbaren Energieträger wählen. Wird dies die Fernwärme sein, so wird dieser Vorstoss auch zu einer besseren Wirksamkeit von Wärmeverbünden, insbesondere dem erwarteten Aquifer-Wärmeverbund, beitragen können. Ich verweise hier explizit auf den EBP-Bericht zum Aquifer.

Energiezonen sind neu, Energiezonen sind flankierend, Energiezonen sind Leitplanken zur Erreichung der Klimaziele. Nutzen wir diesen, im kantonalen Recht vor vier Jahren neu geschaffenen Spielraum. Profitieren wir von der laufenden Umsetzungsarbeit der Stadt Zürich. Und bitte lieber Stadtrat, kommen Sie gerade mit einer ausformulierten Vorlage zur Änderung der BZO und nicht mit einem weiteren Bericht.

Z. Dähler (CVP/EDU): Ich wohne im Mattenbachquartier in einem Block mit 24 Mietwohnungen. Als Mattenbach vor einigen Jahren an die Fernwärme der KVA angeschlossen wurde, ging es nicht lange, bis der Hausbesitzer die alte Ölheizung hinausgeworfen hat und das Haus an die Fernwärme angeschlossen hat. Das gab für mich eine Einsparung von rund 1'000 Fr. pro Jahr Energiekosten. Wenn man das auf das Haus hochrechnet, dann sind das ca. 20'000 Fr., die die Mieter gespart haben. Das ist eine gefreute Sache und etwas, von dem wahrscheinlich auch der Hauseigentümer profitiert hat, weil er weniger hohe Investitionen bzw. Abschreibungen hat.

So stelle ich mir die Situation vor für unsere Hauseigentümer in Winterthur, dass es gute Lösungen gibt, bei denen sie sparen können und von denen die Mieter profitieren können. Aber es soll freiwillig sein. Wir von der CVP/EDU-Fraktion sind für ökologisch und ökonomisch gute Heizsysteme, aber gegen Zwangsmassnahmen – und lehnen die Überweisung des Postulates ab.

C. Etter (FDP): Auch die FDP wird dieses Postulat nicht unterstützen. Es wird nämlich, wie wir gehört haben, eine gesetzliche Grundlage für Energiezonen schaffen und damit die Grundeigentümer verpflichten, ein bestimmtes Energieversorgungssystem zu wählen. Wir haben von Hansruedi Hofer schon gehört, was das bedeuten würde. Das kann aus unserer Sicht nicht sein. Wir setzen auf Innovation und Eigenverantwortung, das haben wir heute auch schon mehrfach gehört.

Wir wollen die Mitbürgerinnen und Mitbürger in erster Linie überzeugen und sind der Meinung, das ist auch schon weitgehend passiert. Man liest sehr viel und wird sensibilisiert. Und wir haben von Zeno Dähler auch schon gehört: Aufgrund der Auswirkungen, wenn man sich freiwillig für ein anderes Wärmeverbundsystem oder für eine andere Energieversorgung entscheiden kann und diese für einen Vorteile bringt, dann macht man das schon nur aus diesem Grund.

Aus diesen Gründen werden wir das wie gesagt nicht unterstützen und wir werden weiter lieber auf Anreize setzen, wie wir es jetzt schon in konkreten, ausformulierten Vorschlägen gebracht haben, als auf Zwangsmassnahmen. Deshalb werden wir das ablehnen.

Stadträtin Ch. Meier: Ich möchte eingangs sagen: Die Aussage, die da kolportiert wird, dass mit Energiezonen die Leute dann gezwungen werden, einen gewissen Energieträger zu nutzen, die stimmt so nicht. Es wäre lediglich so, dass man verpflichtet wäre, einen gewissen Anteil des Energieverbrauchs nachhaltig zu beschaffen, d.h. zum Beispiel, dass eine fossile Heizung nicht einfach 1:1 ersetzt werden könnte ohne entsprechende flankierende Massnahmen. Das einfach noch zur Präzisierung. Es ist also nicht einfach eine Zwangsmassnahme. Ich bin überzeugt davon, dass Energiezonen in der BZO ein attraktives Mittel wären, um erneuerbare Energien voranzutreiben und v.a. um ihre Wirtschaftlichkeit zu fördern, damit sie im wirtschaftlichen Vergleich zu anderen Energieträgern eine faire Chance haben. Und deshalb würde ich sagen: Das ist jetzt mal ein Anreizsystem (Ihr seid ja immer gerne für Anreizsysteme), das wirklich attraktiv wäre. Der Stadtrat ist gerne bereit, diesen Vorstoss entgegen zu nehmen und entsprechend zu behandeln.

Ratspräsident A. Geering: Damit kommen wir zur Abstimmung.
Wer dieses Postulat überweisen möchte, soll das zeigen durch Handerheben.
Ablehnung? Enthaltungen?
Ihr habt der Überweisung des Postulats mit einer klaren Mehrheit zugestimmt.

10. Traktandum

GGR-Nr. 2019.79: Begründung des Postulats R. Diener (Grüne), F. Landolt (SP), A. Steiner (GLP), M. Bänninger (EVP) und A. Zuraikat (CVP) betr. mehr PV-Anlagen auf privaten und gewerblichen Dächern

Ratspräsident A. Geering: Begründung des Postulats betreffend mehr PV-Anlagen auf privaten und gewerblichen Dächern. Das Wort hat Reto Diener von Seiten Grüne/AL.

R. Diener (Grüne/AL): Wir kommen langsam zu den interessanten, wirklich wirksamen Vorstössen heute Abend. Ich weiss nicht, weshalb diese erst so weit hinten traktandiert wurden. Aber was ich weiss, dass jetzt, wo es konkret wird, auf der anderen Seite wieder dagegen gesprochen wird und wieder gesagt wird: «Ja, wir wollen zwar wirksame Vorstösse...» Aber wenn es wirksame Vorstösse auf dem Tisch hat, werden sie nicht unterstützt.

Es geht da um einen zweiten solchen Vorstoss, nämlich um Photovoltaik-Anlagen. Darüber haben wir heute schon mal gesprochen, dabei ging es aber um «kosmetische Regulierungen». Regulierungen von der FDP? Hmmm...

Es geht da genau eben nicht darum, dass wir regulieren bei Photovoltaik, sondern dass wir fördern. Wir haben es heute Abend deutsch und deutlich gehört, mehrfach. Das Problem ist, dass ganz viele, die eine solche Anlage auf ihrem Dach erstellen möchten, aus rein finanziellen Gründen heute immer noch darauf verzichten. Wir wissen es alle: Die entsprechenden Fördermittel sind eher zurückgefahren worden. Die Basisenergie, die wir heute beziehen, um zu heizen oder Strom zu produzieren, ist noch immer viel zu billig. Aber, wir haben es heute Abend auch schon gesagt, wir können da in Winterthur die entsprechenden Lenkungsmassnahmen leider nicht bestimmen. Wir hätten sie sicher auf den Tisch geworfen als Postulat oder als Motion, wenn wir das könnten, aber das ist eine nationale Angelegenheit.

Aber was wir machen können – und das ist der Inhalt dieses Postulats, da bitte ich Sie doch darum, das zu unterstützen, und ich freue mich auch, dass wir eine breite Unterstützung bekommen haben für dieses Anliegen – ist, die Förderung zu stärken in der Stadt Winterthur,

um da jetzt wirklich den Masterplan, den wir eigentlich für die städtischen Dächer, für die verwaltungsinternen Dächer gefordert haben, auch bei den Privaten und den Gewerblichen auszubauen und zu stärken.

Photovoltaik, das wurde auch schon mehrfach gesagt heute Abend, hat ein immenses Potential an Energiebereitstellung im Stromkontext. Und das sollten wir nutzen. Es ist ein Jammer und es ist wirklich bedenklich, wenn wir das nicht stärker und intensiver vorantreiben. Die vielen politischen Herausforderungen drücken uns das quasi auf das Auge, dass wir das machen. Es ist Zeit, dass wir in unser Förderprogramm, das wir haben in der Stadt Winterthur, mit dem wir ja auch energetische Sanierungen fördern, dass wir da auch für Photovoltaik-Anlagen etwas aufnehmen in dieses Programm. Wie es auch vorgesehen ist in der entsprechenden Verordnung, die der Gemeinderat hier drinnen vor einiger Zeit erlassen hat. Das sollten wir dort aufnehmen.

Weiter sollte es eigentlich auch so sein, dass man Solarstrom, der nicht für Eigenbedarf genutzt werden kann (und das ist ja häufig bei kleineren Liegenschaften so, dass man nicht alles selber brauchen kann), dass wenn man diesen Strom einspeist in das Netz, dass dieser zu einem vernünftigen, einigermaßen kostendeckenden Tarif abgenommen wird. Und damit ermöglicht das a) den Strommix von Stadtwerk aufzumöbeln mit erneuerbaren Energien und b) dem, der produziert, seinen Strom wenigstens zu Deckungskosten verkaufen zu können und so kein Defizit macht.

Stützen Sie doch dieses Anliegen und stimmen Sie diesem Postulat zu.

Ratspräsident A. Geering: Mir ist kein Ablehnungsantrag bekannt. Wenn es keinen Ablehnungsantrag gibt, dann ist absehbar, dass dieses Postulat ohne Diskussion überwiesen werden wird. Wünscht der Stadtrat das Wort?

Stadtrat St. Fritschi: Einfach, damit ich mein Sitzungsgeld heute verdient habe... Der Vorschlag ist prüfenswert. Bei diesem Vorstoss muss ich einfach vorwarnen: Es könnte vielleicht auch zu einer Erhöhung des Strompreises führen. Und man darf bei diesen PV-Anlagen nicht vergessen: Wenn man schon ganzheitlich CO₂-Reduktion im Blickfeld hat, muss man natürlich auch beim PV-Strom die Graue Energie mitberücksichtigen. Und da ehrlicherweise dann auch zeigen, was das bedeutet. Aber wir verschliessen uns diesem Postulat sicher nicht.

Ratspräsident A. Geering: Damit ist das Postulat betreffend mehr PV-Anlagen auf privaten und gewerblichen Dächern ohne Diskussion überwiesen.

11. Traktandum

GGR-Nr. 2019.81: Begründung des Postulats M. Bänninger (EVP), B. Zäch (SP), F. Heer (Grüne), M. Nater (GLP), U. Hofer (FDP), I. Kuster (CVP) und M. Gross (SVP) betr. Beschaffungsstrategie von Fahrzeugen mit Antrieben mit erneuerbarer Energie für die Stadtverwaltung

Ratspräsident A. Geering: Begründung des Postulats betreffend Beschaffungsstrategie von Fahrzeugen mit Antrieben mit erneuerbarer Energie für die Stadtverwaltung. Das Wort hat Michael Bänninger.

M. Bänninger (EVP): Vor ein paar Wochen haben wir in diesem Saal Geschichte geschrieben. Gemeinsam sagten wir Ja zur Kreditvorlage für ein Kehrrechtsammelfahrzeug mit Elektroantrieb. Wir sagten Ja zu einer Technologie, die sich in den letzten Jahren stark weiterentwickelt hat. Wir sagten Ja für einen Schritt in die Zukunft.

Der Elektroantrieb ist heute eine Technologie, die es uns ermöglicht, gestellte Aufgaben umweltfreundlicher und klimaschonender zu erledigen. Wir laden mit diesem Postulat den Stadtrat ein, bei zukünftigen Wechsels im gesamten Fahrzeugpark der Stadtverwaltung nur noch Fahrzeuge zu beschaffen, die mit erneuerbarer Energie angetrieben sind.

Um das realisieren zu können, soll der Stadtrat ein Beschaffungskonzept erstellen. Dies auch für Stadtbuss und Stadtwerk.

Stadtwerk Winterthur z.B. verfolgt seit einigen Jahren die Strategie, die eigenen 128 Fahrzeuge nach und nach auf Gas- und Elektroantrieb umzustellen. Es sind über 50% bereits mit alternativen Antriebssystemen ausgerüstet, eine Entwicklung in die richtige Richtung.

Gas und Elektro sind die geläufigsten alternativen Formen, die es zurzeit auf dem Markt zu finden sind. Die Forschung ist daran, die bestehenden Technologien zu optimieren und andere Energiequellen für die Antriebe zu erforschen.

Gerade wir als öffentliche Hand sollten als positives Beispiel vorausgehen und uns für Fahrzeuge mit einem Antrieb mit erneuerbarer Energie einsetzen.

Der Stadtrat ist eingeladen, unter diesem Aspekt eine Beschaffungsstrategie auszuarbeiten und kontinuierlich den gesamten Fahrzeugpark mit Fahrzeugen mit alternativen Antriebssystemen zu ersetzen. Ob mit Gas, Elektro, Wasserstoff oder andere Antriebsarten, das soll offen bleiben.

Die Devise heisst ganz einfach: Antriebssysteme, die mit fossiler Energie funktionieren, zu ersetzen mit solchen, die mit erneuerbarer Energie angetrieben sind.

Ratspräsident A. Geering: Es ist mir kein Ablehnungsantrag bekannt. Wenn dem so wäre, dann wird das Postulat überwiesen. Wünscht das DSS, der Stadtrat Jürg Altwegg, das Wort?

Stadtrat J. Altwegg: Ganz kurz: Wieso sage ich da etwas dazu? Der Grund ist, weil dass ich für die Einkauf- und Logistikabteilung von Winterthur zuständig werden könnte. Wir sind im Moment gerade am Ausarbeiten eines zentralen Fahrzeugbeschaffungskonzeptes. Von daher tragen Sie quasi Wasser in de Eulach.

Wenn allenfalls ein solches zentrales Beschaffungssystem kommen sollte, wäre es natürlich ein Ziel der Stunde, diese dann auch mit erneuerbarer Energie zu beschaffen. Was denn das genau ist, ob Strom, Wasserstoff, Gas, was auch immer... Es gibt da ein paar kleine Einschränkungen, z.B. Stadtbuss muss seine Busse via ZVV bzw. beim Kanton beschaffen. Dort gibt es Abgleichprobleme, dort wird man schauen müssen, wie man das Einführen kann. Und dann steht noch etwas von Leasing im Vorstoss. Das möchte ich auch noch betonen, dass Leasing nicht so eine gute Idee ist. a) ist es viel teurer, denn jemand will dann noch Geld verdienen (nämlich die Bank, die das Geld gibt dazu), und b) da die Idee wäre, dass man möglichst schnell diese Fahrzeuge ersetzt, möchte ich an die Graue Energie erinnern, die in diesen Fahrzeugen steckt. D.h. auch alte Fahrzeuge sind nicht so schlecht, auch wenn sie viel ausstossen, weil die Graue Energie dann doch besser verteilt wird auf die Zeit.

Das einfach mit diesen Einschränkungen.

Ratspräsident A. Geering: Damit ist das Postulat betreffend Beschaffungsstrategie von Fahrzeugen mit Antrieben mit erneuerbarer Energie für die Stadtverwaltung ohne Diskussion überwiesen,

12. Traktandum

GGR-Nr. 2019.78: Begründung des Postulats M. Wackerlin (PP) betr. Dienstfahrten nur mit öffentlichem Verkehr

Ratspräsident A. Geering: Begründung des Postulats betreffend Dienstfahrten nur mit öffentlichem Verkehr. Das Wort hat Marc Wackerlin.

M. Wackerlin (SVP/PP): Das Postulat geht in eine ganz ähnliche Richtung und ergänzt eigentlich das vorhergehende Postulat ideal. Ich meine, auch wenn man mit besseren Antrieben umherfährt, man fährt halt immer noch herum und braucht immer noch CO₂. Entsprechend haben wir uns überlegt: Wo kann denn die Stadt selber ansetzen, wo kann die Stadt selber ein Vorbild sein? Nicht der Bevölkerung Vorschriften machen, sondern genau das vorleben, was man sollte.

Und da gilt es natürlich, die Anzahl Dienstfahrten möglichst zu minimieren resp. wenn man Dienstfahrten macht, dann halt möglichst auf den CO₂-armen Verkehr wie z.B. Velo oder am Schluss in den ÖV umzusteigen und Dienstfahrzeuge nur noch zu bewilligen in absoluten Ausnahmefällen. Und diese dann natürlich selbstverständlich nach dem vorhergehenden Postulat.

Ja, wenn es Euch ernst ist mit dem Klimanotstand, dann denke ich, dass der Fall klar ist. Dann werdet Ihr das überweisen, vielen Dank.

Ratspräsident A. Geering: Es gibt einen Ablehnungsantrag der GLP, Martin Zehnder.

M. Zehnder (GLP): Wir von der GLP können dieses Postulat nicht unterstützen und stellen den Ablehnungsantrag. Erstens haben wir mit dem Traktandum vorher dem Stadtrat überweisen, dass er auf ökologische Fahrzeuge umsteigen soll. Wir finden, das reicht durchaus, das ist ein guter Ersatz für den ÖV, wenn man nicht den öffentlichen Verkehr nutzt, sondern den ökologischen Verkehr. Das ist auch ÖV...

Und weiter ist es so: Damit die Dienstfahrten auf das Minimum reduziert werden konnten, ist ja die Verwaltung schon in den Superblock integriert worden. Also die verschiedenen Aussenposten und die verschiedenen Büros überall, die sind ja jetzt alle zusammen in einen grossen Bürokomplex gebracht worden, damit eben die Fahrten zu den Sitzungen, die mit dem Auto angegangen wurden, jetzt eben nicht mehr mit dem Auto angefahren werden müssen, sondern man kann nun herübergehen. Das ist noch ökologischer als wenn man ÖV benutzt.

Und weiter habe ich gesehen, dass eine schriftliche Anfrage, die Iris Kuster zum Thema Elektrofahrzeuge eingereicht hat, so beantwortet wurde, dass es eine Auflistung gab, was für Fahrzeuge die Stadtverwaltung eigentlich hat. Da sind 69% der Fahrzeuge im Bereich Lieferwagen und Landwirtschaftsverkehr oder mindestens Bearbeitungsmaschinen oder was auch immer. Auf jeden Fall, in diesem Postulat wird angetönt, dass begründete Ausnahmen halt irgendwie doch möglich sein sollten. Also 69% von sämtlichen Fahrzeugen hätten jetzt schon begründete Ausnahmen, denn ich glaube nicht, dass Einkauf und Logistik anfängt, Schulmaterial mit dem Bus zu verteilen. Es hat ja zu wenig Haltestellen vor den Schulhäusern.

Wir unterstützen dieses Postulat nicht und ich denke, dass ein Grossteil des Rates uns hoffentlich unterstützen wird.

M. Wenger (FDP): Wenn ich in der Dienstanweisung für die Ausnahmegewilligung für Dienstfahrten die Begründung lese, dann habe ich das Gefühl, das Bürokratiemonster ist gleich wieder einen Kopf grösser geworden.

Die FDP ist für freie Wahl von richtigen Verkehrsmitteln in der richtigen Situation. Und wir rechnen auch mit intelligenten Mitarbeitenden in der Stadtverwaltung und ihren Chefs. Und wir sind ziemlich sicher: Richtlinien dazu gibt es schon jetzt.

Die FDP lehnt deshalb das Postulat ab.

L. Banholzer (EVP): Die Idee ist natürlich grundsätzlich nicht falsch, aber es verlangt etwas, das eigentlich schon so funktioniert. Denn, Martin hat es gesagt, es gibt den Superblock, in dem die meisten Besprechungen inhouse stattfinden können. Und wenn man dann einmal ausser Haus muss, dann hat es Elektrobikes oder wenn man etwas transportieren muss, dann hat es Mobility-Fahrzeuge. Eine Regelung, die Ausnahmen definiert, finden wir da unnötig. Und die meisten Fahrzeuge der Stadtverwaltung sind eben für einen spezifischen Gebrauch oder eine bestimmte Aufgabe vorhanden.

Wir überweisen deshalb das Postulat nicht.

M. Sorgo (SP): Ich halte mich kurz und schliesse mich insbesondere der EVP an. Die SP wird den Ablehnungsantrag der GLP mehrheitlich unterstützen mit ganz wenigen Abweichungen.

Stadtpräsident M. Künzle: Ich lade Marc Wäckerlin gerne einmal ein, am Morgen schauen zu kommen, was für eine Post abgeht im Superblock. Dort kannst Du dann beobachten, wie nach Deinem Vorschlag die Leute von der Stadtgärtnerei mit den Stiefeln und dem Übergewand, jeder einen Rasenmäher und einen Rechen in der Hand, in den 7er Bus einsteigen. Das Tiefbauamt, das genauso mit Übergewand und z.T. Helmen und Stiefeln unterwegs ist... Das ist schlicht eine total falsche Vorstellung, die Du hast.

Es wurde vorher gesagt: Wir haben ein grosses Projekt Fahrzeugbeschaffung, bei dem wir zentral schauen wollen, dass wir sie möglichst aus einem Guss beschaffen können. Und das hat ganz viele Nebenaufgaben, die diese Kommission dann haben wird, wie sie sich um diesen ganzen Fahrzeugpark, der – da gebe ich Dir Recht – vielleicht jetzt ein bisschen zu gross ist, dass man diesen reduzieren kann auf ein vernünftiges Mass.

Aber da grundsätzlich mit ein paar wenigen Ausnahmen zu verlangen, dass unsere Leute mit dem Bus fahren, das ist schlicht nicht praxistauglich.

Es gibt einzelne Ausnahmen, die wirklich auch mit dem Bus fahren. Die Kontrolle ruhender Verkehr der Stadtpolizei steigt jeweils beim Obertor in den Bus, fährt in ihr Quartier, das sie kontrollieren müssen – die machen das schon. Also dort, wo es möglich ist, kann man das machen. Machen wir schon.

Aber ich bitte Sie, dieses Postulat nicht zu überweisen.

Ratspräsident A. Geering: Damit kommen wir zur Abstimmung.

Wer dieses Postulat überweisen möchte, soll das zeigen mit Handerheben.

Wer nicht überweisen möchte? Enthaltungen?

Damit haben Sie die Überweisung dieses Postulats deutlich abgelehnt.

13. Traktandum

GGR-Nr. 2019.80: Begründung des Postulats M. Wäckerlin (PP) betr. enger sitzen für das Klima

Ratspräsident A. Geering: Begründung des Postulats betreffend enger sitzen für das Klima. Das Wort hat Marc Wäckerlin.

M. Wäckerlin (SVP/PP): Ich nehme Dich natürlich beim Wort, Mike, ich hoffe, dass das, was im Postulat gefordert wird, auch tatsächlich so umgesetzt wird, wie Du gesagt hast. Es gibt ja meistens verschiedene Wege, um ans Ziel zu kommen. Jetzt gehen wir halt Deinen.

Bei diesem Postulat ist ein ähnlicher Gedanke dahinter: Wo kann die Stadt noch sparen bezüglich Klimanotstand, bei sich. Und was natürlich immer CO₂ verbraucht, sind Räume, Räumlichkeiten. Und davon hat die Stadt sehr viele und z.T. sehr grosszügig im Superblock. Da gibt es irgendwie noch Platz, wo man ganze Stadtmodelle ausstellen kann. Ich denke, man könnte durchaus noch ein bisschen enger stuhlen

Zwischenruf Stadträtin Y. Beutler: Nein!

und so vielleicht sogar ein Stockwerk freigeben. Wenn man das anders vermietet, dann wird das besser genutzt und insgesamt haben wir dann da einiges an CO₂ gespart.

Entsprechend bitte ich Euch, im Rahmen des Klimanotstandes auch das zu überweisen.

Ratspräsident A. Geering: Es gibt einen Ablehnungsantrag von der Fraktion Grüne/AL, Christian Griesser.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Die Fraktion Grüne/AL stellt den Ablehnungsantrag. Wir haben vor zwei Jahren den Schlussbericht des Projekt Fokus da im Gemeinderat behandelt und davon Kenntnis genommen. Dort ist detailliert festgehalten, was das Ganze gekostet hat, was das Ganze gekostet hat, wie die Folgekosten aussehen und wie gross die Arbeitsplätze sind. In den Unterlagen zur Volksabstimmung (das war die Weisung 2010.76) sprach man von 14,5 m² pro Arbeitsplatz. Laut Schlussbericht sind es jetzt effektiv nur noch 13,6 m². D.h. fast 1 m² weniger. Das ist unserer Ansicht nach genug eng.

Im Postulat kritisiert Marc Wackerlin weiter die Pausenräume, die Sitzungszimmer und den Eingangsbereich. Gut. Das Projekt Fokus lief unter dem Titel «Synergien nützen an einem gemeinsamen Standort». Und wo, wenn nicht in den Pausenräumen und den Sitzungszimmern, findet dieser informelle und der formelle Austausch zwischen den Bereichen statt? Und im Eingangsbereich hat es meiner Ansicht nach relativ wenige Angestellte, dieser ist nämlich für die Bevölkerung. Und wenn Marc dort unbedingt einen Arbeitsplatz möchte, würde ich dann vorschlagen, dass man einen Teil des Steueramtes dort ansiedelt und seine Steuererklärung jeweils dort bearbeitet. Ich hoffe, wir überweisen dieses Postulat nicht.

M. Wenger (FDP): Diejenigen, die im August 2016 schon dabei waren, konnten mit mir zusammen dort vergleichen. Wir gingen die AXA anschauen und wir haben die Stadtverwaltung angeschaut. Wir haben Folgendes festgestellt: Die AXA ist moderner und grosszügiger, und die Stadtverwaltung ist kleiner, hat aber sehr viel Charme hineingesteckt in das, was sie dort gemacht hat. Für die FDP stimmt das so. Man soll gut arbeiten können. Und ja: Wir wollen keinen Notstand im Arbeitsklima.

M. Zehnder (GLP): Wir von der Grünliberalen haben den Vorstoss länger hin- und herdiskutiert. Es ging dabei auch darum, ob Katrin das Votum halten soll oder ich. Denn bei Katrin wäre es eher ein bernerisch langezogenes «Neeiii» geworden. Bei mir gibt es halt mehr ein Winterthurer «Nei». Wir konnten uns darauf einigen, dass wir Massimo Rocchi zitieren mit «Äuä».

Wir finden, der Vorstoss ist eine Provokation auf Kosten der städtischen Angestellten. Wir unterstützen das nicht.

L. Banholzer (EVP): Dieses Postulat scheint sich eigentlich über die Anliegen der Klimabewegung lustig zu machen, indem es fordert, dass es in der Stadtverwaltung keinen Platz für sogenannt Überflüssiges sein soll. Und das wären dann eben Pausenräume oder solche Sachen. Das können wir leider nicht erst nehmen und lehnen deshalb das Postulat als überflüssig ab.

P. Schoch (SP): Danke vielmals für die Voten gerade vor mir. Auch die SP-Fraktion unterstützt den Ablehnungsantrag natürlich.

Wir bedanken uns aber bei Marc Wackerlin und den Mitunterzeichnenden dafür, dass sie erkennen, dass wir uns in einer Situation befinden, in der Massnahmen zur CO₂-Reduktion definiert und umgesetzt werden müssen. Wir möchten aber klar darauf hinweisen, dass die Anerkennung dieser Situation eben gerade bedeutet, an den wichtigen Stellen anzusetzen und glaubwürdig auf das Ziel Netto Null CO₂ hinzuarbeiten.

Dieser Vorstoss zielt auch unserer Meinung nach klar am Thema, Problem und Ziel vorbei.

Stadtpräsident M. Künzle: Ich lade Marc Wackerlin erneut ein, im Superblock schauen zu kommen. Marc, wir sind Deinem Vorstoss um Zeiten voraus! Das haben wir vor vier Jahren mit dem Umzug in den Superblock bereits gemacht. Wir haben die Leute zusammengenommen aus der ganzen Stadt, wir haben sie zusammengelegt, wir haben sie nah zueinander gesetzt. Und Du darfst gerne mal meinen Arbeitsplatz anschauen kommen: Das sind keine 9 m².

Und es gibt ja neben dem Klimaschutz auch noch einen Mitarbeitendenschutz. Also so nah, dass dann die Finanzministerin mir auf den Schoss sitzen müsste (das war ihr deutliches «Nein» vorhin), so weit wollen wir nicht gehen.
Ich glaube, wenn man schon über Klimaanliegen diskutiert, muss man es auch noch ein bisschen ernst nehmen.

Ratspräsident A. Geering: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Postulat überweisen möchte, soll das zeigen durch Handerheben.

Wer gegen die Überweisung ist, möge die Hand erheben.

Gibt es Enthaltungen?

Damit ist die Überweisung ganz klar und deutlich abgelehnt.

Es ist zehn Uhr. Wir haben in der vergangenen Stunde wesentlich mehr geschafft als in der ersten Stunde nach dem Essen. Zum einen, weil wir zwei Vorstösse ohne Diskussion überweisen konnten, zum anderen, weil die letzten beiden Vorstösse in weniger als 10 Minuten behandelt wurden. In dem Sinn kann ich meine Prognose nach unten korrigieren auf vor elf, wenn wir in diesem Tempo weitermachen.

Das ist nicht der Aufruf, jetzt wieder länger zu sprechen, sondern so weiterzumachen.

14. Traktandum

GGR-Nr. 2019.71: Begründung des Postulats U. Glättli (GLP), Z. Dähler (EDU), M. Gross (SVP) und U. Hofer (FDP) betr. mehr Power für Winterthur

Ratspräsident A. Geering: Begründung des Postulats betreffend mehr Power für Winterthur.
Das Wort geht an Urs Glättli.

U. Glättli (GLP): Die Tendenzen lassen zwar ein bisschen zu wünschen übrig, aber wir sind unverdrossen und versuchen es mit dem Postulat. Als Erstpostulant begründe ich das von den Grünliberalen und den bürgerlichen Parteien miteingereichte Postulat „Mehr Power für Winterthur!“:

Das Postulat regt einen Masterplan zur Nutzung verbliebener Energiepotenziale der KVA-Winterthur und der ARA-Hard an. Es sollen die noch realisierbaren Massnahmen, die zeitliche Planung und Realisierung sowie die Finanzierungsmöglichkeiten mit den Folgen auf den IAFP aufgezeigt werden. Zudem soll geprüft werden, wie die KVA mit einem Holzheizkraftwerk kombiniert werden kann.

Und diese Energiepotenziale gibt es, meine lieben Gemeinderätinnen und Gemeinderäte. All jene, die der ersten „Kontext-Veranstaltung“ der städtischen Werke gefolgt sind, konnten die grossen verbleibenden Potenziale der KVA sehen, hören und spüren. Wer sich auf einzelne Telefone oder singuläre Gespräche mit der Verwaltung verlässt, irrt, wenn er oder sie meint, es gebe keine ungenutzten Energiepotenziale mehr bei der KVA.

Ich habe eingehend mit dem für die Ofenlinie 2 zuständigen Ingenieur gesprochen. Er hat bestätigt, diese Potenziale – die gibt es. Und auch die in der Begründung zitierten kantonalen Grundlagen bestätigen diese Potenziale sehr wohl.

Dann ist es heute eben unsere Pflicht, diesem Vorstoss zuzustimmen. Wir machen hier Sach- und nicht Parteipolitik.

Ratspräsident A. Geering: Es gibt einen Ablehnungsantrag der Grünen/AL-Fraktion, Reto Diener.

R. Diener (Grüne/AL): Ich muss da trotzdem den Ablehnungsantrag stellen, es tut mir leid. Und zwar aus mehreren Gründen.

Zum einen war uns dieses Postulat einfach zu wenig fokussiert. Wir haben das intensiv bei uns diskutiert. Es hat ein paar Aspekte drin, bei denen wir es uns vorstellen könnten, das zu

unterstützen. Wir haben das auch zurückgespiegelt und Dir gesagt. Leider wurde dann gar nichts angepasst. Das ist der 1. Grund.

Der 2. Grund: So wie es jetzt formuliert ist, ist es sehr offen. Es mag sein, dass es solches Potenzial gibt. Ich habe diesen Bericht auch gelesen, ich habe nachgeschaut. Ich bin schon seit 10 Jahren in diesem Rat und bekomme die Politik von Stadtwerk und der entsprechenden Anlagen mit und weiss ungefähr, was gemacht worden ist und was gemacht wird. Und von daher muss ich sagen, es rennt zum einen offene Türen ein, weil da bereits die Sachen gemacht werden, die man machen kann, die man technisch realisieren kann, die man finanzieren kann, die man überhaupt irgendwie nutzen kann. Also es rennt zum einen offene Türen ein, zum anderen ist wahrscheinlich jeweils aufgrund der Technologie und der finanziellen Möglichkeiten nicht mehr möglich.

Wenn Du ein Postulat geschrieben hättest, dass wir unsere Energiepreise erhöhen müssten, um da noch mehr herausholen zu können, dann hätte ich vielleicht eher unterschrieben. Aber das ist ja eine andere Geschichte.

Aus dieser Sicht muss ich sagen, dass ich das einfach nicht so sehe. Ich finde, das Risiko ist sehr gross, dass wir da einen Papiertiger produzieren, der eigentlich nicht wirklich viel Nutzen bringt. Selbstverständlich ist es so, dass vieles diskutiert wird. Ich sähe z.B. bei der KVA nicht unbedingt eine Holzschnitzelanlage. Denn wir wissen ja genau, dass Holzschnitzelanlagen haben ja selber das Problem, dass sie die Maximal- oder Spitzenwärme, die sie produzieren, mit anderer Energie abdecken müssen. Denn das ist auch eine Bandenergie, die Holzschnitzelanlage, die man nicht einfach schnell hoch- und wieder runterfahren kann. Ob das eine geeignete Lösung ist für die KVA, das frage ich mich sehr. Wenn schon, müssten wir bei der KVA die Möglichkeit haben, den Müll auf die Seite zu legen und dann zu brauchen, wenn Mehrbedarf anfällt – nämlich im Winter, wenn wir mehr Energie produzieren müssen. Das wäre sinnvoll. Ich denke, dass ich einmal so ein Teil auf den Weg gebe. Aber da wird auch schon diskutiert darüber, das weiss ich, ich habe auch schon von solchen Ideen gehört.

Fazit: Wir lehnen dieses Postulat deshalb – Entschuldigung, Urs – leider ab.

Z. Dähler (CVP/EDU): Reto hat das Wort eigentlich schon vorweggenommen. Wir rennen hoffentlich offene Türen ein mit diesem Vorstoss. Bei einem Kraftwerk geht es ja auch immer darum, dass man schaut, wie die Effizienz noch gesteigert werden kann. Das ist die Motivation von jedem Ingenieur, wie der Wirkungsgrad in den Anlagemaschinen verbessert werden kann. Ich gehe auch davon aus, dass unsere Ingenieure, die in der KVA arbeiten, dasselbe Interesse haben und immer vorzu daran sind zu schauen, wie mehr Sekundärenergie aus der Anlage herausgeholt werden kann.

Das ist grundsätzlich überall dort möglich, wo es Bewegungs-, Druck- oder Wärmeenergie hat. Und eine Idee, vielleicht zum Mitgeben: Es gibt heutzutage sogenannte thermoelektrische Generatoren, d.h. man kann Heisswasserrohre oder Heissdampfrohre ummanteln mit diesen Generatoren und dann beginnen die Rohre, Strom zu produzieren. Das als Idee, die auch noch möglich wäre für die Zukunft.

Wir von der CVP/EDU-Fraktion unterstützen diesen Vorstoss.

M. Gross (SVP): Winterthur hat eigentlich zwei grosse Werke, die Möglichkeiten zur lokalen Energiegewinnung bieten. Im Laufe der Zeit sind diese Werke natürlich immer umgebaut und optimiert worden und auch zu Produktionsstätten für Energiegewinnung geworden. Mit dem technischen Fortschritt, der sich jetzt aber ergibt, ergeben sich auch ganz andere, neue Möglichkeiten. Und es ist aus unserer Sicht – und deshalb finden wir das Postulat auch gut – jetzt auch angebracht, die schlummernden Potenziale aufzudecken und diese auch zu nutzen. Wir wollen so die grossen Werke, die wir haben, effizient und effektiv für die lokale Produktion einsetzen. Dieses Postulat ist ein guter Weg dazu.

Was wir nicht verstehen, ist eigentlich, dass man es heute Abend nicht schafft, einen eigentlich guten Vorstoss über alle Parteien hinzubringen. Es scheint doch hauptsächlich um Parteipolitik zu gehen. Reto Diener hat kein einziges Argument gebracht, das gegen diesen Vorstoss spricht. Er hat eigentlich nur Sachen dafür gebraucht und ist trotzdem dagegen.

U. Hofer (FDP): Ich muss das auch unterstützen. Offene Türen hat man auch bei vielen anderen Vorstössen gehabt und man hat sie trotzdem überwiesen. Ich kann deshalb auch zusammenfassen: Ohne die Folge einer Zwangsabgabe will man auf der linken Seite nicht mit-helfen, bestehende Potenziale besser zu nutzen. Weil wir das anders gewichten, unterstützen wir den Vorstoss. In welchem Ausmass die KVA da noch realistisch nutzbare Potenziale hat, erscheint uns auch unklar, insbesondere bei der ARA dürfte es einiges an Aufwand bedeuten, wenn man dieses Potential noch nutzen will, das dort noch vorhanden ist. Da es sich aber um ein Postulat handelt, das berechnete Fragen stellt und genau diese Fragen geklärt haben will, gibt es eigentlich keinen Grund gegen dieses Postulat.

F. Landolt (SP): Wir unterstützen den Ablehnungsantrag. Wir hatten ja letztthin eine Führung durch die KVA und das hat mir eigentlich einen sehr guten Eindruck gemacht. Ich hatte nicht den Eindruck, dass da nichts gemacht wird, sondern im Gegenteil, da wird sehr viel entwickelt, getestet und ausprobiert, damit das optimiert wird. Wir möchten nicht einfach einen weiteren Bericht.

Was wir möchten, und das habe ich auch schon verschiedentlich gesagt: Wenn jetzt z.B. von diesem Energieplan, der 2012 beschlossen wurde, da ganz konkret Projekte angeschoben worden wären, dann wären wir dabei gewesen. Das wäre etwas Konkretes gewesen, dann hätte man das gehabt. Aber das wurde nicht gemacht.

So, wie das formuliert ist, ist das sehr breit, das ist sehr offen formuliert. Ich glaube nicht, dass man damit mehr macht als die Verwaltung beschäftigt.

Stadtrat St. Fritschi: Normalerweise versuchen wir, Euch einzuladen zu einem Anlass, damit wir Vorstösse verhindern können. Aber das ist wohl jetzt genau nicht geglückt. Urs Glättli kam zwar spät, aber er kam noch, und er hat in diesem Fall gleich eine neue Idee gefunden, als er die KVA gesehen hat. Das ist auch erlaubt.

Aber wir müssen uns das überlegen, wie beim Forstumgang, wir hatten eigentlich die Idee, dass wir einen Vorstoss verhindern können.

Im Grundsatz ist der Vorschlag ja gut, da verschliessen wir uns nicht. Ich muss aber auch sagen, dass wir das natürlich als Tagesgeschäft sehen, gerade beim neuen Projekt, in dem wir die Ofensanierung in Planung haben. Da gehört das natürlich dazu, dass man dort auch die Optimierung macht und möglichst alle Energien und Wärme, die es noch gibt, verwerten kann.

Das wird auch bei der ARA wieder ein Thema sein, gerade wenn man mit der zusätzlichen Stufe schaut, was es dort noch für Optimierungen gibt.

Klar, es sind offene Türen, aber ich sage nicht, dass Ihr die offenen Türen nicht noch weiter öffnen könnt. Da verschliessen wir uns nicht.

Etwas ist mir noch aufgefallen, Urs. Eigentlich haben wir ja die Anweisung, dass man mit den eigenen Mitarbeitern nicht direkt Kontakt aufnimmt. Hast Du da einen neuen Weg gefunden, dass Du unsere Lieferanten fragen gehst? Oder ist der Ingenieur kein Lieferant?

U. Glättli (GLP): Er hat ja die Führung gemacht.

Stadtrat St. Fritschi: Ah, Du hast gleich dort gefragt. Also, aber wie gesagt: Grundsätzlich ist ja dieser Vorstoss gut und deshalb spreche ich da gar nicht mehr schlecht dagegen. Es ist auch niemand mehr von den Journalisten hier... Ausser doch, einer.

Ratspräsident A. Geering: Wir kommen zur Abstimmung zur Überweisung dieses Postulates.

Wer dieser Überweisung zustimmen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben. Auszählen bitte.

Gegenstimmen? Enthaltungen?

Damit habt Ihr das Postulat mit 27:25 Stimmen überwiesen.

15. Traktandum

GGR-Nr. 2019.75: Begründung des Postulats G. Stritt (SP), Ch. Griesser (Grüne), B. Huizinga (EVP) und S. Gygax-Matter (GLP) betr. keine Investitionen der Pensionskasse Stadt Winterthur in fossile Energien

Ratspräsident A. Geering: Begründung des Postulats betreffend keine Investitionen der Pensionskasse Stadt Winterthur in fossile Energien. Das Wort hat Gabi Stritt.

G. Stritt (SP): Rund 8'000 Milliarden Franken verwalten die Schweizer Pensionskassen. Und 100 Milliarden in der Kohlen-, Erdgas- und Erdölindustrie. Sie finanzieren damit Firmen, die entscheidend zur Klimaerwärmung beitragen. Und es sind die Unternehmungen, die zu den grössten Verursachern der Klimaerwärmung und ihren verheerenden Folgen für Mensch und Umwelt gehören.

Genaue Zahlen fehlen, aber die Anlagen der Pensionskassen im fossilen Bereich dürften umfangreich sein. Im Pariser Klimaabkommen verpflichtet sich die Schweiz, ihre Finanzflüsse klimafreundlich zu gestalten. Das heisst auch, fossile Energien nicht weiter zu finanzieren. Im Gegensatz zu anderen Ländern setzen Bundesrat und Parlament allerdings in der Schweiz auf Freiwilligkeit.

Investitionen in fossile Energien sind nicht nur fragwürdig, sondern wirtschaftlich riskant. Wegen dem rapide zunehmenden Klimawandel rücken die Grundsätze des Pariser Klimaabkommens mehr in den Fokus und damit verbunden – erfreulicherweise – gewinnt die grüne Wirtschaft immer mehr an Gewicht. Und so stehen Unternehmen, die den Ausstieg aus der fossilen zur klimaneutralen Wirtschaft nicht schaffen, langfristig auf der Verliererseite. Die Risiken für die Pensionskassen, die weiterhin in fossile Energien investieren, steigen somit.

Die Klimaallianz Schweiz, die sich für eine gerechte zukunftsfähige Klimapolitik engagiert, dokumentiert u.a. den Prozess der Pensionskassen hinsichtlich der Anlagen mit möglichst tiefem CO₂-Ausstoss und dem Ziel der Schaffung einer kohlenstofffreien Wirtschaft. Die Allianz Schweiz hat die Pensionskassen hinsichtlich der klimaverträglichen Anlagen in drei Kategorien von Rot bis Grün eingeteilt. Rot bedeutet, dass die Pensionskasse nicht transparent ist oder dass sie zwar transparent aber nicht klimakompatibel ist, oder sie hat zwar Absichtserklärungen geäussert, ohne aber substanzielle Resultate präsentiert zu haben, die auf eine Neuzusammensetzung innerhalb des Anlageportfolios, der Basis einer Klimastrategie, beruhen. Auf der anderen Seite der Skala ist die grüne Kategorie von Pensionskassen, die öffentlich erklärt, dass sie nicht in Unternehmen von fossilen Energien investieren, und eine klar ersichtliche, transparente Anlagestrategie verfolgen und die innerhalb des Zeitrahmens die Ziele des Pariser Abkommens erreichen.

Die Pensionskasse von Winterthur gehört zur roten Kategorie. Sie orientiert sich zwar an einem Nachhaltigkeitskonzept, das seit dem 1. Juni 2017 in Kraft ist, und verpflichtet sich, in ihrem Anlagereglement, ihre Anlagen unter Berücksichtigung von ökologischen, ethischen und gesellschaftlichen Kriterien zu erwirtschaften. Doch was heisst das konkret? Das Nachhaltigkeitskonzept basiert auf der Anwendung der ESG-Kriterien, die sich im Ausland als Kollektivinitiative pro Klimaschutz verpflichtet. Zudem ist sie Mitglied der Interessensgruppe ETHOS und diversen Initiativen, die sich für stärkere Massnahmen bei der Umsetzung vom Pariser Klimaabkommen engagieren. Auch bekennt sich die Pensionskasse Winterthur zu den Prinzipien der UN Global Compact.

Das Engagement der Pensionskasse Winterthur ist sicher löblich und zu begrüßen. Allerdings liefern diese Aktivitäten keine Garantie dafür, dass nicht auch Investitionen in fossile Energien getätigt werden, ist doch in Bezug auf die Anlagepolitik keine Klimakompatibilität erkennbar. Und es sind keinerlei Ausschlüsse von Firmen aus Umweltgründen zu finden. Auch die Wirkung dieser Initiative auf Unternehmen von fossilen Energien ist noch unbestimmt.

Soweit bekannt verfügt die Pensionskasse Winterthur auch nicht über eine Klimastrategie für ihre Anlagen, und es findet sich auch kein Hinweis über Anlagen in Obligationen und Aktieninvestitionen.

Sinnvoll wäre eine Analyse der Obligationen und Aktientitel über ein Unternehmensrating, das die Nachhaltigkeit des Unternehmens innerhalb der Branche berücksichtigt. Und ein Branchenrating, das die Nachhaltigkeit der Produkte und der Dienstleistungen fokussiert. Auch ist nicht erkennbar, wo die Pensionskasse Winterthur vom Angebot, das das Bundesamt für Umwelt gemacht hat an diesem Klimatest 2017, beteiligt war, Gebrauch gemacht hat und welches Ergebnis da allenfalls hinsichtlich Klimaverträglichkeit herausgekommen ist. Der Bund ermöglicht nämlich im Rahmen dieser Tests allen Schweizer Pensionskassen und Versicherungen, freiwillig, anonym und kostenlos ihre Aktien- und Unternehmensobligationen-Portfolios auf die Kompatibilität hinsichtlich Klimaverträglichkeit zu testen.

Letzte Woche hat die Pensionskasse informiert, dass sie ihre Anlagenstrategie verändern wird. Es ist zu hoffen, dass diesbezüglich auch das Pariser Klimaabkommen berücksichtigt wird.

Der Stadtrat wird deshalb aufgefordert, sich im Rahmen seiner Möglichkeiten und über die städtischen Arbeitgebervertretungen für mehr Transparenz, für eine Klimastrategie der Anlagen einzusetzen und sich dahingehend zu engagieren, dass bei der Pensionskasse zukünftig auf Investitionen in fossile Energien verzichtet wird.

Wir bitten um Unterstützung dieses Postulates – dies im Interesse des Klimas, aber auch der Versicherten.

Ratspräsident A. Geering: Es gibt einen Ablehnungsantrag: Dani Oswald von der SVP.

D. Oswald (SVP): Als damaliger Präsident der Spezialkommission «Sanierung und Verselbständigung der Pensionskasse» ist es mir noch sehr wohl in den Ohren, was Ihr alle gesagt habt; dass wir eine unabhängige Pensionskasse brauchen, eine politisch unabhängige Pensionskasse, und dass das schlussendlich auch eine Bundesvorgabe ist.

Jetzt ist da das Postulat, das die Arbeitgebervertreter anweisen soll, entsprechend zu handeln. Es ist so, das widerspricht den gesetzlichen Vorgaben nicht, aber es ist schlussendlich eine Schlaumeierei. Man macht es einfach über zwei Schienen und das macht es nicht besser. Das zerstört das Vertrauen in uns Politiker.

Ein 1. Grund, weshalb man das Postulat nicht überweisen darf: Wir haben eine politisch unabhängige Pensionskasse.

Zweitens wissen wir alle: Für die Pensionskasse ist im Moment keine ideale Zeit. Sie haben grosse Herausforderungen mit der Geldpolitik, wo wir ja leiden unter der Gelddruckmaschine der EU. Und wir müssen dort schauen, dass es gesamtwirtschaftlich gut geht in der Schweiz, da haben sie Herausforderungen. Und es kann nicht sein, dass man jetzt den Pensionskassen, ohne das entsprechende Fachwissen (was Euch bei anderen Themen auch immer sehr wichtig ist), in die Anlagepolitik hineinreden will. Schlussendlich ist die Anlagepolitik nicht Sache von uns und nicht Sache des Stadtrates, sondern Sache des Stiftungsrates resp. der entsprechenden Anlagekommission, an die wir auch im Rahmen der Pensionskassendiskussion sehr hohe Erwartungen gestellt haben.

Ausserdem möchte ich nochmals an die Aufgabenteilung erinnern, die herrscht zwischen der Pensionskasse und uns Gemeinderat. Wir haben uns damals entschieden, dass wir für die Finanzierung zuständig sind und nicht für etwas anderes.

Und ausserdem, ganz generell, und da möchte ich mindestens an die Ingenieure unter Euch appellieren: Die Rendite einer Anlage ist nicht die Steuergrösse, sondern die Messgrösse. Die Pensionskasse der Stadt Winterthur ist nicht so gross, dass sie mit ihrer Anlagepolitik das CO₂ steuern kann. Da habt Ihr schlichtweg die Realität aus den Augen verloren.

Und ausserdem, wenn Ihr jetzt sagt, die Anlagepolitik stimme nicht und die sei falsch: Die Pensionskasse war vor der Selbständigung und auch danach noch eine Weile unter politischer Führung, 30 Jahre lang. Ihr habt vorhin gesagt, 30 Jahre lang hätte man nichts ge-

macht und mit Selbstverantwortung ginge es jetzt nicht mehr, man müsse jetzt endlich Gesetze machen. Dann hätte man schon lange Gesetze machen müssen und wir sind dem auch nicht nachgekommen, das Ihr jetzt von den anderen fordert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte abschliessen. Dieses Postulat dürft Ihr wirklich nicht überweisen. Das ist eine falsche Massnahme und hat mit Klimapolitik schlichtweg gar nichts zu tun.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Wir fordern, wie man gehört hat, dass die Pensionskasse Winterthur nicht mehr in fossile Energien investiert. Warum fordern wir das? Das Pariser Abkommen von 2015 zeigt langsam Wirkung. Immer mehr Staaten setzen ihre Zusage zur Dekarbonisierung um. Und jetzt geht eben dieser Sesseltanz los. Investoren, die nach wie vor hartnäckig auf fossile Energien setzen, nehmen ein immer grösseres Risiko auf sich und die letzten, die aussteigen, werden die Dummen sein und den finanziellen Schaden tragen. Deshalb gibt es nur eines: Wir müssen erkennen, dass heute die Klimarisiken auch finanzielle Risiken sind. Und die PK ist verpflichtet, ihre Verluste zu minimieren, eine langfristig erfolgsversprechende Anlagestrategie zu wählen – das verlangt die Sorgfaltspflicht.

Wer heute noch in fossile Energien investiert, riskiert viel. Er riskiert unserer Ansicht nach zu viel. Der Moment, um das zu überprüfen, ist jetzt, wo eben eine Vermögensumschichtung stattfinden soll. Eine richtige.

Und im Übrigen möchte ich darauf hinweisen, dass sämtliche Parteien jeglicher Couleur hier drinnen irgendwann einmal in ihrer Phase schon einmal die Anlagestrategie der Pensionskasse kritisiert haben. Wir machen das heute.

B. Huizinga (EVP): Ich verzichte. Es wurde inhaltlich schon alles gesagt, das für die Überweisung des Postulats spricht.

Ratspräsident A. Geering: Nehmt Euch ein Vorbild! Katrin Cometta.

K. Cometta (GLP): Ich mache es kurz. Ich möchte aber trotzdem daran erinnern, dass in der zweiten Säule in der Schweiz ca. 910 Milliarden Franken verwaltet werden. Und das macht die Pensionskassen sehr wohl zu einer systemrelevanten Anlegergruppe, die die Möglichkeit hat, Märkte und Wirtschaftssysteme zu beeinflussen.

Eine kleine Randbemerkung möchten wir noch anfügen: Im Februar 2019 haben der WWF und Inrate das Pensionskassenrating gemacht. Dort hat man gesehen: Die BVK schneidet im Vergleich zu den 20 beurteilten Pensionskassen der Schweiz überdurchschnittlich gut ab. In diesem Sinne unterstützen die Grünliberalen die Überweisung des Postulates.

U. Bänziger (FDP): Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat ab, auch weil sich die PK im Umsetzungskonzept Nachhaltigkeit seit 2017 verpflichtet, Anlagen nur nach sogenannten ESG-Kriterien zu tätigen und auch die 10 Prinzipien der UN Global Compact zu befolgen. Was ist ESG? ESG ist nicht einfach ein Monothema. ESG steht für Environment, Social und Governance, also Umwelt, Soziales und Aufsichtsstrukturen. Es geht nicht nur um die Umwelt, sondern auch Ressourcenknappheit und Artenvielfalt. Die Kriterien sind bereits sehr fortschrittlich und nicht nur das.

Sondern was heisst denn eigentlich Investitionen in fossile Energien? Wäre denn zum Beispiel ein Kauf also eine Investition in eine Anleihe der Migros möglich? Wie Sie wissen, betreibt die Migros zum Beispiel die Migrol und hat auch einen Fuhrpark von dieselbetriebenen Fahrzeugen. Das Resultat für die Pensionskasse wäre, dass sie zuerst definieren müsste was das heisst überhaupt heisst und es würde sicherlich wesentliche Kosten verursachen, nicht in der Verwaltung der Pensionskassen selbst, sondern in der Umsetzung. Weil zum Beispiel ein effizientes Anlagemittel, wie zum Beispiel ein ETF, dann nicht mehr gekauft werden könnte und die PK wieder Einzeltitel einkaufen müsste.

Die PK macht bereits viel und geht noch wesentlich weiter in ihren Anstrengungen, sich auf ein Thema zu fokussieren.

Ich danke Dani Oswald für das Thema Unabhängigkeit von der Politik.

I. Kuster (CVP/EDU): Das Ziel der Postulanten, die Gelder der Pensionskasse nachhaltig anzulegen, ist richtig. Der vorgeschlagene Weg ist falsch. Die Postulanten schreiben ja selber, dass die Pensionskasse bereits die aktuellen, wichtigen Standards einhält. Das finden auch wir von der CVP/EDU-Fraktion richtig und notwendig. Die Postulanten verlangen vom Stadtrat (Gabi sagte «wir fordern ihn auf»), dass er die Arbeitgebervertreter im Stiftungsrat entsprechend anweist. Das geht aus unserer Sicht nicht und ist zudem auch juristisch äusserst problematisch. Wenn wir vom Gemeinderat dem Stadtrat Anweisungen geben könnten zur Pensionskasse für die Arbeitgebervertreter, dann hätten wir das sicher und dann hätte es schon früher Vorstösse gegeben mit Anweisungen, z.B. zum Umwandlungssatz. Die CVP/EDU-Fraktion lehnt das Postulat ab.

M. Gross (SVP): Ich habe nur eine ganz kleine Ergänzung zu Dani Oswald: Ich finde es super, dass Ihr gegen fossile Energien seid. Das ist für die SVP kein Problem. Wo wir gegen den Klimawandel wollen, das nimmt man nicht auf, das ist Euch Wurst. Aber heute geht es ja um Parteipolitik und nicht um den Klimawandel.

Stadtpräsident M. Künzle: Die Worte von Gabi in Ehren, aber ich glaube, Ihr seid mit mir einverstanden, dass wir einfach momentan andere Sorgen haben mit der Pensionskasse. Und andere Arbeit. Und unsere Geschäftsstelle ertrinkt fast in all der Arbeit, in der sie momentan drin ist. Und jetzt noch, genau in dieser Situation, noch ein Klimakonzept erstellen zu wollen – was sicher schön wäre und vielleicht sogar auch sinnvoll. Tatsache ist einfach: Es ist die falsche Kompetenz. Es ist der Stiftungsrat, der die Kompetenz hat. Es gibt zwar eine gesetzliche Norm, dass wir solche Weisungen machen können. Wir machen diese Weisung an die Arbeitgebervertreter, die Parität ist verteilt. Am Schluss ist es der Stiftungsrat, ist es die Anlagekommission, die die Entscheidungen fällen muss. Jetzt haben wir erst gerade jetzt in diesen Wochen und Monaten eine neue Anlagenstrategie gemacht. Ich glaube nicht, dass der Stiftungsrat unter diesen Umständen, in denen wir momentan drin sind, diese Anlagenstrategie, die er jetzt gerade (nach heissen Diskussionen) geändert hat, wieder ändern möchte.

Ratspräsident A. Geering: Wir kommen zur Abstimmung.
Wer das Postulat überweisen möchte, soll das zeigen mit Handerheben.
Gegenstimmen? Enthaltungen?
Damit ist das Traktandum klar überwiesen.

16. Traktandum

GGR-Nr. 2019.77: Begründung des Postulats U. Bänziger (FDP), M. Bänninger (EVP) und K. Cometta (GLP) betr. Einrichtung eines städtischen Klimafonds bei Nichterreicherung der CO₂-Ziele und Investition in Projekte zum Klimaschutz aus diesem Fonds

Ratspräsident A. Geering: Begründung des Postulats betreffend Einrichtung eines städtischen Klimafonds bei Nichterreicherung der CO₂-Ziele und Investition in Projekte zum Klimaschutz aus diesem Fonds. Das Wort hat Urs Bänziger.

U. Bänziger (FDP): Danke vielmals, dass ich da das Schlusslicht machen kann. Das Postulat ist trotzdem wichtig. Es ist eine Einladung an den Stadtrat zu prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, einen Klimafonds zu schaffen. Ein Klimafonds kann nützlich sein, weil er dazu verwendet werden kann, Mittel aus dem Gebührenhaushalt anzusparen, falls CO₂-Absenckziele nicht erreicht werden. Die angesparten Mittel können folglich dazu verwendet werden, Projekte zum Klimaschutz zu finanzieren.

Wichtig sind für uns zwei Aspekte. Der erste Aspekt ist die Verbindlichkeit. Die Ziele, welche die Bevölkerung uns 2012 vorgegeben hat, sind einzuhalten. Also falls wir die Reduktion nicht schaffen, wird eingezahlt. Es kommt dann eben nicht auf die Motivation des Parlaments an, das eine oder das andere zu tun, die Finanzierung ist verbindlich.

Das ist ein wesentlicher Unterschied zu vorherigen Voten. Wir setzen nicht etwas fest, das nicht verbindlich ist und für das keine Massnahmen skizziert werden.

Der zweite Aspekt ist das Instrumentarium, also die Massnahmen. Das Postulat erwähnt explizit, dass derzeit keine rechtlichen Grundlagen für die Bildung eines solchen Fonds im Gemeindegesetz gibt.

Ebenfalls erkennen wir hier, dass wir Lösungen entwickeln müssen, also nicht schönreden und vom Prinzip Hoffnung leben. Nein, konkret evaluieren, was es heisst, ein Gefäss zu entwickeln, um Investitionen durchführen zu können.

Im Vorfeld der Klimadebatte wurden im Wesentlichen zwei Aspekte des Postulats kritisiert.

Auf der einen Seite wollte man bereits Einschränkungen zu den späteren möglichen Investitionen machen. Also zum Beispiel explizit verlangen, dass keine CO₂-Zertifikate gekauft werden sollen. Und das zweite war die fehlende rechtliche Grundlage, also nach dem Motto: Die Stadt ist die falsche Adressantin.

Die Kriterien, welche mögliche Investitionen erfüllen müssen, sollen zu einem späteren Zeitpunkt im Parlament diskutiert werden. Ich bin überzeugt, dass das auch davon abhängt, welche Rechtsform oder welche Trägerschaft ein solcher Klimafonds überhaupt haben wird.

Wichtig war uns hier, nicht von vornherein Investitionen auszuschliessen, weil wir ganz bewusst die Diskussion zu diesem Thema führen möchten.

Zum Thema falsche Adressantin möchte ich Folgendes sagen: Nirgends im Postulat steht, dass es gilt, einen öffentlich-rechtlichen Fonds nach dem Gemeindegesetz zu bilden. Falls es aber ein solcher Fonds sein soll, ist klar, dass die Adressantin der Kanton sein muss und nicht die Gemeinde. Und wir erwarten dann auch die Unterstützung des Stadtrates, das einzubringen.

Es geht hier darum, Alternativen zu finden, also festzustellen, mit welcher Massnahme wir am Besten zum Ziel kommen.

Nebst Fonds nach Gemeindegesetz gibt auch Alternativen. Gemeinden können sich zur gemeinsamen Erfüllung einer oder mehrerer Aufgaben zu Zweckverbänden mit eigener Rechtspersönlichkeit zusammenschliessen (§73 GG).

§80 GG: „Bei Zweckverbänden, gemeinsamen Anstalten und juristischen Personen des Privatrechts bedarf die Rechtsgrundlage der Genehmigung des Regierungsrates.

Die Aufforderung an den Stadtrat im Postulat ist explizit: „in einem Bericht darzulegen ... welche Massnahmen notwendig sind, um eine solchen Klimafonds bei Nichterreichung der CO₂-Ziele zu schaffen“.

Besten Dank

Ratspräsident A. Geering: Es gibt einen Ablehnungsantrag von der SVP-Fraktion. Marc Wäckerlin.

M. Wäckerlin (SVP/PP): Vielleicht zuerst das Positive. Ich finde es gut, dass Du berücksichtigst, dass man auch von privater und anderer Basis in einen solchen Fonds einbezahlen könnte. Aber insgesamt scheint uns das doch ein bisschen komisch und vage...

So wie man einfach mal irgendwelche Klimaziele vorgeben will, will man irgendwo mal einen Fonds machen. Das scheint uns nicht sehr zielgerichtet zu sein. Also wenn schon irgendwelche Massnahmen ergriffen werden müssen, soll man die Massnahmen halt diskutieren und dann beschliessen und nachher auch entsprechend die Rechnung bezahlen müssen. Was uns natürlich Sorgen macht.

Aber da einfach irgendwie ein Kässeli einzurichten, das schauen wir nicht als sinnvoll an. Entsprechend empfehlen wir die Ablehnung dieses Vorstosses.

Und wahrscheinlich wird es auch rechtlich sehr schwierig sein, so etwas überhaupt zu machen, denke ich. Aber das wird der Stadtrat noch dazu sagen. Es scheint uns nicht sehr realistisch und sehr sinnvoll zu sein.

M. Bänninger (EVP): Wir von der EVP unterstützen diesen Vorstoss, gibt er doch den Klimazielen nochmals ganz andere Verbindlichkeiten.

Es sind keine weiteren Zertifikate, die gekauft werden sollen, sondern es fliessen flüssige Mittel in einen Fonds, der für Projekte zum Klimaschutz eingesetzt werden können soll.

Mit dem Klimafonds von Stadtwerk haben wir ja so zugesagt bereits einen solchen Klimafonds, der in diese Richtung geht. Es wäre durchaus eine Überlegung wert, wie wir diese allenfalls zusammenlegen, oder wie sie sich diese Fonds ergänzen könnten.

K. Cometta (GLP): Wir finden die Schaffung eines Klima-Fonds zur Erreichung der CO₂-Ziele grundsätzlich sinnvoll, wenn man damit wirksame Klimaprojekte finanzieren kann. Wir haben es heute Abend schon gehört. Viele Massnahmen, viele Projekte scheitern ja auch einfach am lieben Geld.

Das Ziel ist klar.

Selbstverständlich kann man immer über den Weg zum Ziel diskutieren. Und jetzt kommt, liebe Barbara, noch der Artikel 87 des Gemeindegesetzes, den vorher Urs schon mal angetönt hat. Dort ist wie die Frage, ob wir überhaupt den rechtlichen Spielraum haben, einen solchen Fonds zu machen – oder muss man kantonal das Gesetz ändern.

Dort hätte es natürlich andere Varianten gegeben. Man hätte von Anfang an eine Behördeninitiative machen können. Der Erstunterzeichner wollte das nicht, weil er der Meinung war, man könne zuerst einmal die breite Auslegeordnung machen. Aber was natürlich auch eine Möglichkeit ist: Wenn der Stadtrat das eine gute Idee findet, dann kann auch der Stadtrat selber eine Behördeninitiative einreichen. So war es nämlich eigentlich gedacht, dieses Instrument. Und in dem Sinn würde ich Euch herzlich dazu einladen.

R. Diener (Grüne/AL): Zu später Stunde kurz und bündig: Die Grüne/AL-Fraktion unterstützt diesen Vorstoss nicht. Wir sehen da wie bereits angetönt den falschen Adressaten. Wir haben auch ein Problem mit dem Konzept, dass es erst wirksam werden soll, wenn wir die Ziele nicht erreichen. Wir haben heute Abend den ganzen Abend darüber gesprochen, dass wir nicht auf dem Zielpfad sind. Ihr habt gleichzeitig gesagt, wir müssten uns gar keine Ziele setzen, wir müssten Massnahmen haben, die wir umsetzen können. Was wollt Ihr denn jetzt? Massnahmen oder Ziele oder ...? Ich komme nicht mehr nach, es wird ein Durcheinander produziert heute Abend. Schon aus diesem Grund lehne ich das ab.

Und wir müssen uns im Klaren sein: Jetzt brauchen wir Massnahmen zum Handeln. Jetzt – und nicht erst, wenn wir die Ziele nicht erreichen. Dann ist es nämlich zu spät, liebe Herren von der Fraktion FDP.

B. Zäch (SP): Urs Hofer hat sich am Anfang der Sitzung beklagt, wir seien nicht auf die FDP zugegangen. Was diesen Vorstoss betrifft, sind wir auf die FDP zugegangen und haben versucht, im Austausch mit Urs Bänziger einen Weg zu finden, um diesen Vorstoss zu unterstützen. Denn wir finden die Schaffung von einem umfassenden städtischen Klimafonds für lokal wirksame Massnahmen eigentlich grundsätzlich eine gute Sache.

Wir sind aber leider nicht zu einem gemeinsamen Ergebnis gekommen. Und wenn ich jetzt diesen Vorstoss anschau und das Gespräch, muss ich einfach resümieren: Wenn es der FDP wirklich ernst wäre mit diesem Vorstoss im Sinne eines a) überparteilichen Vorstosses und b) mehrheitsfähigen Vorstosses, dann hätten wir eigentlich irgendwie zu einem gemeinsamen Resultat kommen müssen.

Die SP-Fraktion lehnt das Postulat ab, weil der Vorstoss zwei Instrumente verwendet, die unserer Meinung nach die falschen Instrumente sind. Erstens: Der Klimafonds soll, so wie er angedacht ist, erst aktiviert werden, wenn die behördenverbindlichen Klimaziele nicht erreicht werden. Zweitens: Der Klimafonds soll in erster Linie nicht für konkrete Massnahmen, sondern für CO₂-Kompensationen eingesetzt werden, zu denen offenbar (die Formulierung ist da ein bisschen unklar) auch CO₂-Zertifikate gehören. Damit wird aber dieser Fonds zu einem reinen Alibi-Vehikel, der keinen echten Beitrag zur Reduktion des CO₂-Ausstosses leistet. Und die lokale Verantwortung dafür nicht wahrnimmt, sondern lediglich verlagert.

Letzte Bemerkung: Auch die Umweltschutzfachstelle im FDP-geführten Departement Sicherheit und Umwelt ist übrigens der Auffassung, dass CO₂-Zertifikate für Klimaschutzmassnahmen auf lokaler Ebene überhaupt nicht sinnvoll sind.

U. Bänziger (FDP): Ich möchte noch Michael Bänninger für den Hinweis danken bezüglich dem Klimafonds von Stadtwerk Winterthur. Keine Angst, Ihr müsst jetzt nicht eine parlamentarische Untersuchungskommission einsetzen. Es gibt nur darum zu sagen: Es gibt verschiedene Möglichkeiten, wie man etwas bewerkstelligen kann. Ich glaube, das ist nicht das richtige Vehikel. Aber die Frage, was ein Fonds ist, lässt sich nicht nur beantworten, indem man das Gemeindegesetz gut liest.

Zum Zweiten muss ich sagen: Einfach einmal präventiv einzahlen ist eines. Aber dann Massnahmen zu ergreifen bei einer Nichterfüllung, das ist dann das andere. Als Sie Ihre Ziele präsentiert haben betreffend CO₂ Null hat man die Ziele festgelegt, aber man hat überhaupt nicht von Massnahmen gesprochen. Es gab keine einzige Massnahme, die Sie dort erwähnt haben. Keine Kosten, keine Auswirkungen für die Bevölkerung und die Unternehmen. Für uns ist das ein valabler Beitrag und wir stehen dazu und wir sind gespannt auf die Diskussion, die auch weitergehen wird, wenn dieses Postulat nicht überwiesen wird.

Stadträtin Y. Beutler: Da ich mich so schonen durfte, freue ich mich, jetzt eine längere Abhandlung machen zu dürfen, um die Kenntnisse zu vertiefen. Es geht um HRM2 gemäss den Vorgaben im Handbuch des Gemeindeamtes, gell, Urs Glättli.

Es ist tatsächlich so, dass das, was mit diesem Vorstoss gefordert wird, nicht möglich ist. Es wird gefordert, dass man einen Fonds aufnet aus freien Mitteln. Das widerspricht dem Grundsatz, dass Mittel, Steuergelder, nicht zweckgebunden werden dürfen. Das ist auch der Unterschied zum Fonds von Stadtwerk. Dort ist es ein Eigenwirtschaftsbetrieb, dort sind es andere Spielregeln als bei uns.

Wir können auch nicht irgendwie Fonds basteln, weil wir finden, es wäre jetzt noch schön, irgendeinen Fonds zu haben. Sondern es ist klar vorgegeben im Gemeindegesetz, zu welchen Zwecken es Fonds geben darf. Ich darf das gerne nochmals sagen. Ich weiss nicht, ich war zwischendurch am Abschlussabend meines Sohnes zwischendurch, der den letzten Tag in der Primarschule hat, deshalb weiss ich nicht, was Du alles genau gesagt hast. Aber: Es gibt Fonds für Ersatzabgaben für Parkhaus- und Parkplatzbauten, den Forstreserven-Fonds, einen Liegenschaften-Fonds und den Wohnraumfonds, den man erst letzthin gegründet hat. Das ist alles, was wir dürfen. Für alles andere braucht es eine gesetzliche Grundlage auf kantonaler Ebene. Um das kommen wir schlicht und ergreifend nicht herum.

Und deshalb ist es relativ einfach, die Antwort zu geben auf das Postulat: Nein, es ist nicht möglich, dass wir einen Fonds gründen können. Was bräuchte es, damit man es machen könnte? Eine gesetzliche Grundlage auf kantonaler Ebene. Und ob und wie man das dann aufnet könnte, kann man nachher auch in diesem Rahmen klären.

Das ist die ganze Antwort, die ich geben kann.

Ja, es gibt eine Behördeninitiative, und das habe ich ja auch im Vorfeld angeregt, dass Ihr das machen könntet. Das hätte ein extrem starkes Signal nach Zürich, wenn der Grosse Gemeinderat sich hier drinnen zusammenrauft. Das hat es übrigens schon einmal gegeben, dass es eine Behördeninitiative gab, die mit Ausnahme einer Kleinstpartei von allen unterschrieben wurde, als es nämlich um die Sozialhilfe ging (und mit Kleinstpartei meine ich nicht die SVP, die haben nämlich auch mitunterzeichnet). Das war ein ganz starkes Zeichen, das wir an den Kantonsrat gesendet haben. Und das, muss ich sagen, das wäre der richtige Weg. Katrin, Du kannst eine gute Tat machen. Du kannst das mitnehmen und an Deinem ersten Tag einreichen. Dann ist es auch gleich am richtigen Ort.

Nicht dass wir als Stadtrat keine Bedeutung hätten, aber ich glaube, wenn der Gemeinderat das als Zeichen auf Zürich sendet, ist das einfach stärker, als wenn wir zu siebt einen Brief schreiben und sagen, es wäre noch schön, man würde...

Ich kann einfach das empfehlen, dass Ihr Euch da zusammenrauft. Wir als Stadtrat verschliessen uns dieser Idee nicht, dass man diesen hat – wir hätten ihn auch gerne. Ich kann

jetzt nicht sagen, wie wir ihn gerne hätten, aber wir wissen immer gute Sachen anzufangen, wenn man uns Geld gibt.

Also, von daher empfehlen wir als Stadtrat Euch, dieses Postulat nicht zu überweisen, das Ziel aber weiterzuverfolgen - aber das mit einem tauglichen Mittel.

Ratspräsident A. Geering: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Postulat überweisen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Gegenstimmen?

Es ist abgelehnt. Das Postulat ist abgelehnt, ausser es würde jemand wünschen, dass man auszählt. Das ist nicht der Fall. Damit ist die Überweisung des Postulates abgelehnt.

Die Traktandenliste ist damit abgearbeitet, um Viertel vor elf. Das ist eine Viertelstunde schneller als meine ursprüngliche Prognose, die ich aufgestellt habe. Ich gratuliere Euch und hoffe, dass wir das auch beibehalten können.

Es ist eine Einladung vorhanden von Katrin Cometta, Lilian Banholzer und Felix Steger an die Ratsmitglieder ins Bloom zum Abschluss ihrer Ratstätigkeit.

Die Sitzung ist damit geschlossen, ich wünsche einen schönen Abend.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Der Präsident:

Der 1. Vizepräsident:

Die 2. Vizepräsidentin:

A. Geering (CVP)

D. Oswald (SVP)

M. Sorgo (SP)